

100 Jahre



DEUTSCHLANDS „GEGLÜCKTE DEMOKRATIE“

Erinnerungstage des
20. Jahrhunderts und
historisch-politische
Bildung

DEUTSCHLAND

Wege
aus der Krise 4

SCHWERPUNKT

Keine Zukunft
ohne Geschichte 28

INTERNATIONAL

Die Zukunft des
Weltwirtschaftssystems 40

2/2009

Erinnerungstage des 20. Jahrhunderts und historisch-politische Bildung

Deutschlands „geglückte Demokratie“

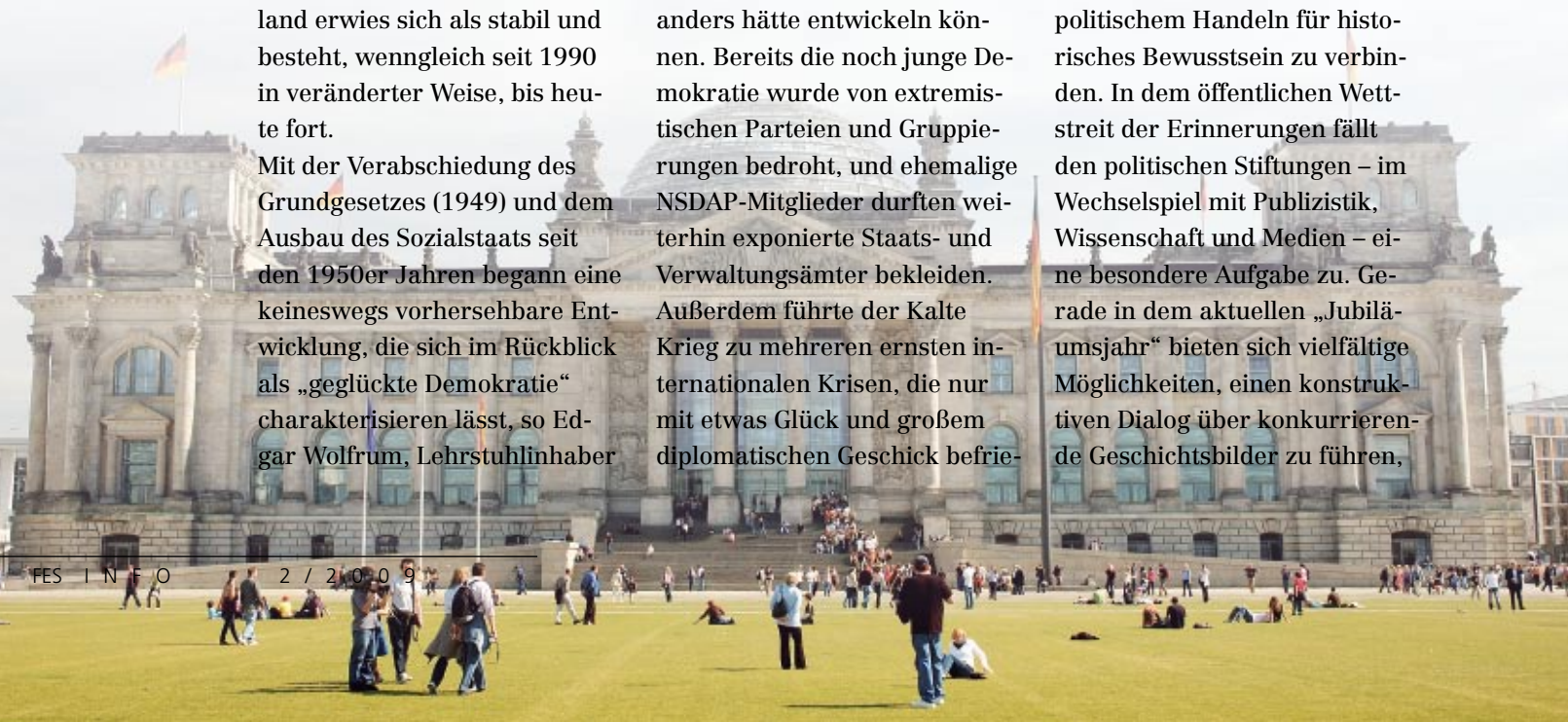
— DAS JAHR 2009 KANN GERADEZU ALS „JUBILÄUMSJAHR“ DER JÜNGEREN DEUTSCHEN VERGANGENHEIT GELTEN: 90 Jahre Gründung der Weimarer Republik, 80 Jahre „Schwarzer Freitag“ und einsetzende Weltwirtschaftskrise, 70 Jahre Beginn des Zweiten Weltkriegs, 60 Jahre Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 40 Jahre Bildung der sozial-liberalen Koalition mit Willy Brandt als erstem sozialdemokratischen Bundeskanzler und schließlich 20 Jahre Friedliche Revolution und Überwindung der deutschen Teilung.

Der Historiker Eric Hobsbawm hat das 20. Jahrhundert treffend als „Zeitalter der Extreme“ bezeichnet. Nicht zuletzt der Weg der Deutschen brachte im Weltkonflikt zwischen Kommunismus und Kapitalismus häufig politische Systemwechsel mit sich, begleitet von massiven Rückschlägen und Katastrophen. Die oben genannten Erinnerungstage weisen darauf hin: Ein um 1900 geborener Deutscher konnte, wenn ihm ein langes Leben beschieden war, Erfahrungen mit fünf deutschen Staaten machen, die unterschiedlicher nicht hätten sein können: Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Herrschaft und DDR. Nur die Bundesrepublik Deutschland erwies sich als stabil und besteht, wenngleich seit 1990 in veränderter Weise, bis heute fort.

Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes (1949) und dem Ausbau des Sozialstaats seit den 1950er Jahren begann eine keineswegs vorhersehbare Entwicklung, die sich im Rückblick als „geglückte Demokratie“ charakterisieren lässt, so Edgar Wolfrum, Lehrstuhlinhaber

für Zeitgeschichte an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, zu Beginn dieses „Jubiläumsjahrs“ im Gesprächskreis Geschichte der FES. Ein vor der Gründung der Bundesrepublik nicht gekannter Zuwachs an Kapital, Mobilität und freier verfügbarer Zeit beförderte im Zuge des sogenannten Wirtschaftswunders den Aufbau eines demokratisch-pluralistischen Gemeinwesens. Die Westdeutschen genossen ihre neue Freiheit und ein hohes Maß an sozialer Absicherung. Niemals zuvor wurde so großer Wohlstand erwirtschaftet. Allerdings signalisiert der Begriff der „geglückten Demokratie“ auch, dass sich die Bundesrepublik Deutschland ganz anders hätte entwickeln können. Bereits die noch junge Demokratie wurde von extremistischen Parteien und Gruppierungen bedroht, und ehemalige NSDAP-Mitglieder durften weiterhin exponierte Staats- und Verwaltungsämter bekleiden. Außerdem führte der Kalte Krieg zu mehreren ernst internationalen Krisen, die nur mit etwas Glück und großem diplomatischem Geschick befrie-

det werden konnten. Es gibt daher keinen Grund, sich bequem und geschichtsselig zurückzulehnen. Auch wenn die Reformpolitik der von der SPD geführten sozial-liberalen Regierung, deren Beginn sich in diesem Jahr zum 40sten Mal jährt, von zahlreichen Bundesbürgern als politisches Aufbruchssignal verstanden wurde, ist Selbstgefälligkeit fehl am Platz. Vielmehr ist eine kontinuierliche Beschäftigung mit der Vergangenheit notwendig. Hier setzt die historisch-politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung an. Ihr Ziel ist es, politisches Handeln aus historischem Bewusstsein auf möglichst allen Gesellschaftsebenen anzuregen und mit politischem Handeln für historisches Bewusstsein zu verbinden. In dem öffentlichen Wettstreit der Erinnerungen fällt den politischen Stiftungen – im Wechselspiel mit Publizistik, Wissenschaft und Medien – eine besondere Aufgabe zu. Gerade in dem aktuellen „Jubiläumsjahr“ bieten sich vielfältige Möglichkeiten, einen konstruktiven Dialog über konkurrierende Geschichtsbilder zu führen,



etwa mit Blick auf den Mauerfall 1989 und den Zusammenbruch des SED-Regimes. Wenn sich historische Akteure mit der interessierten Öffentlichkeit austauschen, können Vorurteile überwunden und alternative Deutungen der Vergangenheit angemessen gewürdigt werden.

So trafen mit der deutsch-deutschen Vereinigung zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten, Geschichtsbildern und Denkmustern aufeinander. Die Verharmlosung und Verklärung der DDR-Geschichte erwies sich in dieser Situation als ebenso wenig zukunftsweisend wie eine westdeutsche Geschichtsdeutung mit dem Drang zur moralischen Belehrung.

Historisch-politische Bildungsarbeit kann auf der Grundlage qualifizierter Forschung in solchen verhärteten Situationen entspannend wirken, indem sie das Geschichtsbewusstsein der Bürger und politischen Entscheidungsträger schärft. Dieser mühsame Prozess zielt auf kritische Aufklärung und die Vermittlung positiver Identifikationsangebote zur Stärkung des individuellen Verantwortungsbewusstseins für eine pluralistische Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung durch eine vielfältige historisch-politische Bildungsarbeit von der Zentrale bis in die Landesbüros aus. Hierfür bilden die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnete Bibliothek und das Archiv der sozialen Demokratie, das in diesem Jahr

Artikel in dieser Ausgabe:

APRIL – MAI – JUNI – JULI 2009

DEUTSCHLAND

Neue Forschungsergebnisse aus dem Zukunftsprojekt der FES: In eine soziale Zukunft	4
Preisverleihung „Das politische Buch“: „Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung“	13
FES-Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung: Thema Arbeitszeit wieder offensiv diskutieren!	14

SCHWERPUNKT

Gesprächskreis Geschichte der FES: Keine Zukunft ohne Geschichte	28
Ausstellung zur SDP-Gründung in der DDR vor 20 Jahren: „Wir haben die Machtfrage gestellt!“	33
Gespräch mit Dr. Christine Bergmann: Eine Frauenbewegung gab es in der DDR nicht	36
40 Jahre Archiv der sozialen Demokratie: Gedächtnis der Arbeiterbewegung	40

INTERNATIONAL

Szenarien in Genf vorgestellt: Die Zukunft des Weltwirtschaftssystems	46
Einwanderung und Asyl in Europa: Baustein der Festung Europa?	50
Die neue Afghanistan-Pakistan-Strategie der USA: Kritik an Europa	66
Thailand: Unterstützung in schwierigen Zeiten	69
Lateinamerika: „Gesellschaft der Angst“	73
Publikationen	74
Impressum	75

seinen 40sten Geburtstag feiert, zusammen mit dem Karl-Marx-Haus in Trier eine unverzichtbare Grundlage. Gestützt auf eigene wissenschaftliche Expertise finden Diskussionsveranstaltungen statt, werden Wanderausstellungen zu historischen Themen mit aktueller Bedeutung konzipiert und allgemeinverständliche Publikationen veröffentlicht, regelmäßig in Kooperation mit Gewerkschaften oder Vereinen wie „Gegen Vergessen – Für Demokratie“. Durch das Inter-

net sind zahlreiche Materialien für die historisch fundierte politische Bildung jederzeit frei zugänglich, und es können breite gesellschaftliche Gruppen und Interessen direkt angesprochen werden.

Dr. Meik Woyke

MEHR ZUM THEMA

Der Vortrag von Edgar Wolfrum als pdf-Datei:
Von der improvisierten zur geglückten Demokratie. Deutschlands schwieriger Weg im 20. Jahrhundert. Bonn 2009
(Gesprächskreis Geschichte, H. 82)
<http://library.fes.de/history/gg.html>

Präsentation der Forschungsergebnisse aus dem Zukunftsprojekt der FES

In eine soziale Zukunft

— „WENN JETZT DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG EIN PROJEKT „ZUKUNFT 2020“ ANGESTOSSEN HAT, dann gibt uns das die Chance, das kommende Jahrzehnt koordiniert anzugehen“.

Mit diesen Worten verortete der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz, das Projekt Zukunft 2020 vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des neuen Jahrzehnts. Auf der Konferenz „Deutschland 2020 – aus der Krise in eine soziale Zukunft“ wurden am 10. Juni in Berlin die zentralen Ergebnisse aus

den wirtschaftspolitischen Studien des Projektes präsentiert.

Das Leitbild dieses Projektes ist soziales Wachstum. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen sollen dank mehr Beschäftigung und höherer Stundenpro-

duktivität steigen. Ein internationaler Vergleich von Wachstumspfaden, den die FES bei The Conference Board in Auf-

trag gegeben hat (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06221.pdf>), zeigt, dass Deutschland insbesondere im Dienstleistungssektor nicht nur hinsichtlich des Beschäftigungsumfanges hinter anderen vergleichbaren Ökonomien (z. B. Schweden oder USA) zurückgeblieben ist, sondern dass auch hinsichtlich der Stundenproduktivität in diesem Sektor noch große Aufholpotenziale bestehen. Dieses unterdurchschnittliche Wachstum der Produktivität im deutschen Dienstleistungssektor hat zu einer schleppenden Einkommensentwicklung und somit zu einer Schwächung der Binnennachfrage beigetragen. Ein Blick auf die Entwicklung anderer Länder zeigt Auswege auf: erhöhte Investitionen in eine modernere Kapitalausrüstung, insbesondere in Informations- und Kommunikationstechnologien und ganz besonders in Erziehung und Bildung.

Welche konkreten Ziele bis 2020 mit entsprechenden Maßnahmen zur Verbesserung des

Sach- und Humankapitals erreicht werden können, zeigt die Modellsimulation, die die FES von Klaus Bartsch Econometrics hat durchführen lassen (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06222.pdf>): Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen könnte gegenüber einem „weiter so“ bis 2020 um zehn Prozent gesteigert werden, die Arbeitslosigkeit durch ca. vier Millionen zusätzliche Arbeitsplätze bis nahe an die Grenze der Vollbeschäftigung gesenkt und die Verteilung deutlich dem schwedischen Modell angenähert werden. Um diese Entwicklung anzuschieben, ist es nötig, dass der Staat als „gesamtwirtschaftlicher Unternehmer“ agiert und selbst in einem hohen Maße in Infrastruktur- und Ausbildungskapital investiert.

MEHR ZUM THEMA

Synopse der Studien aus dem Projekt Zukunft 2020: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06453.pdf>

Videozusammenfassung der Konferenz: <http://www.youtube.com/watch?v=YaU0menJnKg>



Würdigte das „Projekt Zukunft 2020“ der FES: Bundesarbeitsminister Olaf Scholz

FINANZMINISTER PEER STEINBRÜCK TRIFFT AUF AMTSVORGÄNGER HANS MATTHÖFER

Wege aus der Krise

Kann man aus den finanzpolitischen Erfahrungen der ausgehenden siebziger Jahre für den Umgang mit der aktuellen Finanzkrise lernen? Darüber

diskutierten Hans Matthöfer und Peer Steinbrück mit dem Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen und dem Staatssekretär Michael Müller (BMU).

Anlass war das Erscheinen der Biografie Hans Matthöfers, der in den 70er Jahren als Finanzminister der Regierung Schmidt maßgeblich zur

Bewältigung der sogenannten „kleinen Weltwirtschaftskrise“ beigetragen hatte. Der Autor des Buches „Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer“, Werner Abelshäuser, forderte eine Rückbesinnung auf die Finanzpolitik des früheren Ministers und dessen wertebasiertes Wirtschaftskonzept.

In der Debatte betonte Matthöfer die Wichtigkeit von Investitionen des Staates in Zukunftstechnologien, erneuerbare Energien und Bildung gerade in Krisenzeiten.

Peer Steinbrück wies auf das Problem mangelnder Kaufkraft hin: Während große Teile der Wirtschaft zur Zeit zwar weiterhin Gewinne einfahren, sei die Möglichkeit zur Erhöhung der Produktion gleichzeitig begrenzt, weil der breiten Masse schlicht das Geld für neue Pro-

dukte fehle. Daher würden die Gewinne der Wirtschaft nicht arbeitsmarkt- und wirtschaftsfördernd investiert, sondern landeten auf den internationalen Finanzmärkten, wo sie durch mangelhafte Kontrolle zur Instabilität der Märkte beitrügen.

Im sächsischen Zwickau betonte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück bei einer Diskussionsveranstaltung der FES-Leipzig am 19. Mai, dass das Ausmaß der globalen Finanzkrise nicht abzusehen gewesen sei. Dort diskutierte er mit dem Zwickauer Bundestagsabgeordneten Andreas Weigel über Ursachen, Strategien und Wege aus der Weltwirtschaftskrise. Angesichts der Kritik an einer Rettung der Banken zu Lasten der Steuerzahler verteidigte Steinbrück die finanziellen Hilfen, die der Staat bereitstellt: es gelte, ei-

nen „Domino-Effekt“ für verkettete Vermögen kleinerer privater und öffentlicher Anleger zu verhindern. Zur künftigen Kontrolle der Finanzwirtschaft



bedürfe es allerdings „staatlicher Verkehrsregeln“, um Exzessen des Kapitalverkehrs vorbeugen zu können. Derartige Richtlinien würden auf internationaler Ebene auf den Weg gebracht.

Breit angelegter Erfahrungsaustausch zur Finanzpolitik mit dem Finanzminister (Foto: Himsel)

— Krise aus feministischer Sicht

Gibt es nicht genügend Analysen der Krise, Erklärungen und Entwürfe von Gegenstrategien? Schon, aber die verschiedenen Annäherungen aus einer feministischen Perspektive sind noch sehr leise. Umso wertvoller war es, sie einmal in geballter Form zusammenzubringen. Ein breites Bündnis (FAM, FES, Bayernforum, Münchener Frauennetz, die Hochschule für angewandte Wissenschaften München) hatte nach München eingeladen und über 100 Männer und Frauen waren gekommen. Alle Referentinnen waren sich einig, dass die gegenwärtige Krise kein „Betriebsunfall“ des kapitalistischen Systems sei, sondern eine Krise des Systems selbst. Antworten aus der feministischen Perspektive waren aber dann nicht nur grundsätzlich, sondern auch sehr konkret.

Für ver.di-Gewerkschaftssekretärin Sabine Reiner fehlten in den Konjunkturprogrammen die

notwendigen Investitionen in soziale Dienstleistungen. Auch Prof. Dr. Adelheid Biesecker (Uni Bremen) entwarf ein neues Bild der Wirtschaft, die zum guten und nachhaltigen Leben führen soll. Die Finanzwirtschaft sollte nicht dazu beitragen, dass die Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen zerstört werden. Was über den Umfang und die Qualität der überwiegend von Frauen geleisteten Pflegearbeit, sowohl die bezahlte als auch die unbezahlte, bekannt ist, fasste Dr. Barbara Stiegler (Leiterin Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterforschung der FES) zusammen. Das besondere Risiko in Krisenzeiten liege danach nicht nur darin, dass im „Sozialen“ gespart wird, sondern auch darin, dass die andere Logik personennaher Dienstleistungen noch weniger Chancen hat, in die Standards des allgemeinen Wirtschaftens einbezogen zu werden.

— Neues Lesebuch der Sozialen Demokratie erschienen: Sozialstaat und Soziale Demokratie

Der Sozialstaat ist Bedingung von Demokratie und sichert ganze Freiheit. Im Sozialstaat wird der Freiheitsbegriff der Sozialen Demokratie konkret. Er umfasst nicht nur den Schutz vor willkürlichen Übergriffen des Staates oder der Gesellschaft – etwa die Freiheit des Gewissens und der Meinung. Ganze Freiheit bedeutet auch die Freiheit von Not und Furcht, die materielle Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Diesen fundamentalen Zusammenhang zwischen Sozialstaat und Demokratie zeigt das neue Lesebuch der Akademie für Soziale Demokratie auf: „Sozialstaat und Soziale Demokratie“. Dort wird skizziert, welche Gerechtigkeitsbegriffe den Sozialstaat prägen, und erläutert, in welchen Sozialstaatstypen unterschiedliche Länder gesellschaftliche Solidarität organisieren. Das Lesebuch beschäftigt sich mit populärer Kritik am Sozialstaat und zeigt tatsächliche Herausforderungen auf, gibt einen Überblick über die sozialpolitische Programmatik der Parteien und diskutiert im Detail die Sozialstaatsbereiche Arbeit, Rente, Gesundheit, Bildung und Steuern. Für alle, die politisch mitreden und mitgestalten wollen, sind diese Fragen entscheidend. Denn nur, wer weiß, wo er hin

will, wird auch andere für seine Ideen begeistern und seine Ziele erreichen.

Der Anspruch der Lesebuch-Reihe ist es, theoretisch fundiert, aber in knapper und verständlicher Form eine solide Einführung zu den großen Linien und Kontroversen der einzelnen Politikfelder zu geben. Neben einer klaren Sprache bemüht sie sich daher auch um klares Design und die grafische Aufbereitung der theoretischen Inhalte.

Dass die Akademie mit diesem Konzept überzeugt, zeigen nicht zuletzt die Rückmeldungen zu den bisher erschienenen Lesebüchern:

„*Ein informatives Buch. Lesebuch 2 lesen lohnt sich.*“ (Franz Müntefering, Vorsitzender der SPD)

„*Wer, was, wie und vor allem aus welchem Grund: ein kompakter Überblick, der im hektischen politischen Alltag Gold wert ist.*“ (Dianne Köster, Gewerkschaftssekretärin)

„*Gerade zur Zeit der Finanzkrise ist der Band Wirtschaft und Soziale Demokratie der FES unverzichtbarer Stichwortgeber.*“ (Dr. Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion)

Beide Bände per E-Mail oder online:

info@fes-sozialdemokratie.de

www.fes-soziale-demokratie.de

FES FORUM FÜR WISSENSCHAFT UND INNOVATION

Wann gelingen Innovationen?

Was sind die Erfolgsbedingungen für Innovationen? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Konferenz des Berliner FES-Forums für Wissenschaft und Innovation am 7. Mai.

Vorbilder für auf dem Markt erfolgreiche Innovationen gibt es zu Genüge. Edelgard Bulmahn, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, plädiert für ein innovationsfreundliches Steuersystem und die Kapitalversorgung von jungen, dynamischen Unternehmen, die mit den üblichen För-

derinstrumenten nicht immer erreicht werden. Einigkeit bestand darin, dass die Politik Prioritäten setzen müsse. Problematisch sei die Zersplitterung der Zuständigkeiten: auf der Ebene des Bundes zwischen verschiedenen Ressorts, im föderalen System zwischen Bund und Ländern und auf europäischer Ebene zwischen Kommission und Mitgliedstaaten. Viele kleine und mittlere Unternehmen klagen darüber, dass der bürokratische Aufwand umfangreich und das Berichts-

wesen beträchtlich sei. Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand und KMU-innovativ wurde bereits gesteuert. Auf Bundesebene verfolgt die Hightech-Strategie seit 2006 das Ziel der ressortübergreifenden Koordination. Diese Strategie war nach Ansicht von Dr. Georg Licht vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung das richtige Instrument zur richtigen Zeit, vom Anspruch einer „Innovationspolitik aus einem Guss“ sei man aber noch weit entfernt.

Zukunftskonzept ökologische Industriepolitik

Das Konzept der „ökologischen Industriepolitik“ sucht nach Wegen, die Wirtschaftskrise zu lösen, ohne den Klimawandel zu vergessen. Wie können beide Ziele erreicht werden? Zu dieser Frage hatte der Arbeitskreis „Moderne Industriepolitik“ der FES am 29. Juni zur Fachkonferenz in Berlin geladen. Neben Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, und Werner Schnappauf, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der deutschen Industrie, diskutierten auch Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft darüber, wie sich das Konzept der ökologischen Industriepolitik in der Praxis umsetzen lässt. Stärker aus der Krise herausgehen, als Deutschland hineingegangen ist, das ist die Devise, die der ehemalige Bundesfinanzminister und Leiter des Arbeitskreises „Moderne Industriepolitik“, Hans Eichel, in seiner Rede formulierte. Es dürfe nicht darum gehen, zu

„retten, was zu retten ist“ und dabei die längerfristigen Aufgaben hinten anzustellen. Wirtschaftskrise und Klimawandel hingen zusammen und müssten gemeinsam bekämpft werden. Auch Matthias Machnig, Staatssekretär im Umweltministerium, sieht diesen Zusammenhang. Für ihn ist eine intelligente Klimapolitik immer auch Standortpolitik. Der Klimawandel greife sehr viel schneller um sich als das noch vor ein paar Jahren prognostiziert wurde, erklärte er. Deshalb müsse die Industrielandschaft radikal umgebaut werden. Das Ziel sei eine Industriegesellschaft, die fast völlig CO₂-frei agieren kann. „Umweltpolitik wird Investitions- und Beschäftigungspolitik“, zeigte sich Industrievertreter Werner Schnappauf

überzeugt. Klimapolitisch seien Staat und Wirtschaft auf gleichem Kurs. Die Ressourcen schwinden, fossile Brennstoffe verlieren ihren Stellenwert, erneuerbare Energien bekommen Vorrang: „Wir haben gute



Chancen, mit Klimatechnologien einen nächsten Schub der Weltwirtschaft auszulösen.“

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/stabsabteilung/
„Moderne Industriepolitik“

Neben Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, und Werner Schnappauf, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der deutschen Industrie, diskutierten auch Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft über das Konzept der ökologischen Industriepolitik (Foto: Bollhorst)

+++ FES+++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST



+++ „Wer jetzt durchs Land läuft und Steuererleichterungen verspricht, hat entweder keine Ahnung oder er betrügt“, so Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer wirtschaftspolitischen Grundsatzrede vor über 600 Gästen auf dem Gelände der ehemaligen Ilseder Hütte. Aus seiner Sicht werde es als Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise eine Rückbesinnung auf die industriellen Kerne einer Volkswirtschaft und auf die Stärke der innovativen Industriestandorte geben. In den nächsten Jahren werde es einen Strukturwandel in der globalen Wirtschaft geben, hin zu umweltfreundlichen und nachhaltigen Produkten. Schröder unterstrich, dass ein Wirtschaftssystem wiederhergestellt werden müsse, in dem die Wirtschaft ein verantwortlicher Teil der Gesellschaft ist. „Der Staat muss an der Seite der arbeitenden Menschen stehen“, betonte er. +++

FACHKONFERENZ DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Ungerechter Klimaschutz?

Das Klima schützen und sozial gerecht handeln – auf den ersten Blick scheinen sich diese Ziele zu widersprechen. Denn Klimaschutz kostet, das merken vor allem diejenigen, deren finanzielle Mittel begrenzt sind. Klimaziele anzustreben, ist lei-

der noch immer ein Privileg derjenigen, die es sich leisten können. „Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit: Unerreichbar?“ dieser Fragestellung widmete sich eine Fachkonferenz Ende Juni in Berlin.

„Der Klimawandel ist eine verdammt sozial ungerechte Geschichte“, konstatierte dann auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Wer wohne denn in den Stadtteilen mit hoher Lärm-, Staub- und Schwermetall-Belastung? Es seien die Ärmere, deren Lebenserwartung zudem deutlich niedriger sei. Wer mehr für den Klimaschutz tun will, aber wenig Geld ausgeben kann, steckt also im Dilemma.

„Wir werden an Grenzen von Energieeffizienz in privaten Haushalten kommen“, erklärte Hildegard Müller, Vorstand der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft. Denn im Austausch von einem energiefressenden zu einem energiesparenden Gerät liege für die Menschen erst mal kein Gewinn. Sie forderte daher eine Mischung von Programmen zur Energieeffizienz, zum Beispiel auch durch den Einbau effektiverer Strom-Messzähler. Weitere Informationen unter

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/stabsabteilung/„Zukunft der Energie“

Zu den Diskussionspartnern von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zählte auch Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband. (Foto: Bollhorst)



KLIMASCHUTZ ALS MOTOR IN DER WIRTSCHAFTSKRISE

Zauberwort Energieeffizienz

„Der nächste Wachstumszyklus wird grün!“, ist sich Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker sicher. Der weltweit bekannte Umwelt- und Nachhaltigkeitsforscher und preisgekrönte Vordenker erläuterte sehr eindringlich beim 1. Braunschweiger Dialog der FES Mitte Mai seine Überzeugung, dass nur Investitionen in eine nachhaltige Zukunft den Klimawandel aufhalten könnten und ganz nebenbei den einzigen Weg aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise darstellten. Dies könne nur mit innovativen Produkten und einem „New Green Deal“

gelingen, so von Weizsäcker. Zudem müsse durch technische Innovationen und Investitionen in Energiesparmaßnahmen der weltweite Energiebedarf drastisch gesenkt werden. „Effizienz“ heiße das Zauberwort, so von Weizsäcker, und damit ließe sich auch die Wirtschaft ankurbeln, seien es Wärmedämmung und energiesparende Heizlösungen, sei es das 3-Liter-Auto oder das Hybridfahrzeug. Ressourcenproduktivität spiele ebenso eine Rolle wie eine schrittweise Verteuerung der Energie, um Anreize zu schaffen.

Helmut Jäger, Vorstandsmitglied der Deutschen Stiftung Umwelt (DBU), hat mit seiner SOLVIS GmbH in Braunschweig genau diesen Trend erkannt und ist als Vorreiter im Bereich Energiesysteme und Photovoltaik weltweit aktiv. Mehr Unterstützung von der Politik wünschte er sich an diesem Abend und die Bundestagsabgeordnete Carola Reimann betonte das Festhalten am Atomausstieg und den Wunsch nach tragfähigen und zukunftsorientierten Energielösungen.

— CO₂- Speicherung: Gefahr oder Beitrag zum Klimaschutz?

Es klingt nach einer guten Idee: Ein Kohlekraftwerk, das kein CO₂ in die Luft abgibt, sondern es unter der Erde lagert. Die unterirdische CO₂-Speicherung (Carbon Capture and Storage [CCS]) ist nicht nur in Schleswig-Holstein, wo ein solches CO₂-Endlager geplant wird, ein heftig umstrittenes Thema. Dies war für die FES Anlass genug, in Leck/Nordfriesland eine Diskussionsrunde mit Vertretern von RWE, dem BUND und dem Verband der WindEnergie zu organisieren: „(K)eine saubere Sache? Die unterirdische CO₂-Speicherung und die Zukunft der erneuerbaren Energien“. Für die einen ist die CO₂-Speicherung ein unverzichtbarer Schlüssel zur klima-

freundlichen Nutzung fossiler Energieträger und ein innovatives Technologieprojekt. Gegner des Verfahrens zweifeln an dessen Energieeffizienz und an der Sicherheit von Transport und Einlagerung. Außerdem behindere die Investition in CCS die dringend notwendige Energiewende hin zu erneuerbaren Energien. Als Konsens kristallisierte sich an diesem Abend heraus, dass das CCS-Verfahren ohne die nötige Akzeptanz der Bevölkerung nicht eingeführt werden kann. Das für diese Legislaturperiode geplante Gesetz über die Regelung des CCS-Verfahrens wurde inzwischen von der Tagesordnung des Bundestages gestrichen.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG DES MANAGERKREISES BADEN-WÜRTTEMBERG

Energiewende auf dem Weg

Freiburg, die südlichste Großstadt Deutschlands, liegt in der Entwicklung und Anwendung der Sonnenenergie mit an der Spitze in Deutschland, die Notwendigkeit einer Energiewende ist im Bewusstsein der Bevölkerung fest verankert. Mehr als 200 Gäste folgten der Einladung des Fritz-Erler-Forums und des Managerkreises Baden-Württemberg am 3. April zu einer Diskussionsveranstaltung über „Erneuerbare Energien für die Zukunft“. Werner Engelhardt, Sprecher des Managerkreises

Baden-Württemberg, eröffnete die Veranstaltung, in deren Zentrum die Frage stand, wie der Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch bis zum Jahr 2020 verdoppelt werden kann. Für Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, habe Deutschland mit grüner Technologie gute Voraussetzungen, einen Spitzenplatz in der Welt zu behaupten und ökonomisches Wachstum und Nachhaltigkeit zu verbinden. Dr. Bernd-Michael Zinow von der EnBW mahnte jedoch auch Re-

alismus an; auf absehbare Zeit sei man weiterhin auf konventionelle Kraftwerke angewiesen. Wer zu hohe Erwartungen an Erneuerbare Energien stelle, schade ihnen langfristig. Solar-Architekt Rolf Disch sprach sich für die Nullemissionsstadt aus. Er forderte eine Abwrackprämie für ineffiziente Haushaltsgeräte und eine umfassende Sanierung alter Häuser sowie die Auflage, dass Neubauten nicht nur energieneutral sein müssten, sondern sogar Energie produzierten. Laut Professor Weber, Leiter des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme in Freiburg, sind bei der Solarenergie zwar unglaubliche Fortschritte zu beobachten, doch seien politische Rahmenbedingungen notwendig, um die vorhandenen Möglichkeiten umzusetzen und um die Weltführungsposition des Solarpioniers Deutschland in Wissenschaft und Technologie zu festigen.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Inwiefern die Gewerkschaften und die Wissenschaft zur Förderung und Schaffung von Arbeitsplätzen in grünen Technologien beitragen können, wurde auf dem diesjährigen **deutsch-britischen Gewerkschaftsforum**, das traditionell von DGB, TUC, Hans-Böckler-Stiftung, Anglo-German Foundation und der FES-London organisiert wird, lebhaft diskutiert. Deutsche und britische Gewerkschafter und Fachexperten waren am 2. und 3. Juli in Berlin und Frankfurt/Oder zusammengekommen, um die Potentiale der „Green Jobs“ auszuloten. Das Forum wurde vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer eröffnet, der auf die Initiative des DGB und seiner Gewerkschaften zur energetischen Gebäudesanierung im „Bündnis für Arbeit und Umwelt“ verwies. Eine Vorstellung von der Dimension des Themas „Green Jobs“ erhielten die Teilnehmer während einer Betriebsbesichtigung des Windkraftanlagen-Bauers REpower im brandenburgischen Trampe. +++

Verbraucherfreundliche Finanzmärkte sind möglich

In der Finanzmarktkrise haben sich viele vermeintlich sichere Finanzanlagen als spekulatives Spielpapier entpuppt. „Gezockt“ haben damit aber nicht nur gewiefte und vermögende

Anlagestrategen, sondern auch Normalverdiener, die etwa für ihr Alter vorsorgen wollten und ihren Bankberatern folgend ahnungslos in hochriskante Finanzkonstrukte investierten. Wie aus verbraucherpolitischer Sicht die Finanzmärkte reguliert werden müssten, war Thema einer Tagung des Gesprächskreises Verbraucherpolitik der FES am 19. Mai in Köln.

Manfred Zöllmer, MdB und stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, betonte zur Eröffnung, dass eine Verbesserung des Verbraucherschutzes auf Finanzmärkten wesentlich mit zur Überwindung der Krise gehört: Zum

einen werde dadurch langfristig das für funktionierende Märkte notwendige Vertrauen von Anlegern gestärkt, zum anderen wirke ein funktionierender Verbraucherschutz spekulativen Exzessen entgegen. Die Professoren Jürgen Keßler und Hans W. Micklitz, Experten für Verbraucherrecht, sowie Klaus Müller, Vorsitzender der Verbrau-

cherzentrale NRW, machten deutlich, dass verbraucherfreundliche Reformen der Finanzmärkte auf mehreren Ebenen zugleich ansetzen müssen: Das aus verbraucherpolitischer Sicht bestehende Aufsichts- und Informationsvakuum könnte zum Teil durch unabhängige „Watchdogs“ bestehender Verbraucherschutzorganisationen kompensiert werden. Beratung sollte gegen Honorar und nicht Provision stattfinden,

um den Interessenkonflikt zwischen Verbrauchern und Beratern aufzulösen.

Mit einer Zertifizierung von Anlageprodukten nach Risikoklassen, ggf. als Ampelsystem, ließen sich Transparenz und Vergleichbarkeit herstellen. Verbraucher sollten sich vor einer Anlageentscheidung besser vorbereiten, wozu das Wissen über unterschiedliche Finanzprodukte gefördert werden sollte.

MEHR ZUM THEMA

WISO direkt: Markus Caspers: Verbraucherfreundliche Finanzmärkte sind möglich
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06533.pdf>

+++ FES+++ KURZ GEFASST +++

+++ Gerade in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise sei es wichtig, sich auf die eigenen Kräfte zu konzentrieren und lokal zu agieren, sagte Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung Ende April bei einer **Veranstaltung über den Agenda-21-Prozess und die Zukunft der Region Leipzig**. Im Rahmen der Leipziger Agenda 21 würden konkrete Maßnahmen und Projekte wie der Aufbau einer regionalen Energieagentur oder einer kreativen Kulturwirtschaft entwickelt. Zwar seien viele ökologische und soziale Potenziale noch nicht realisiert, jedoch sei man sich einig, dass es keine Zeit zu verlieren gelte, denn es gebe keine Alternative dazu, große Entwicklungen im Kleinen zu beginnen, so der Leipziger Oberbürgermeister. +++

Neue wirtschaftliche Dynamik für Mitteldeutschland

Die Bestandsaufnahme zeigt eine grundlegend positive Veränderung des Gesichts der Wirtschaft in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung, sagte Helmut Herdt, Sprecher des Managerkreises Ost, bei seiner Präsentation des Thesenpapiers „Neue wirtschaftliche Dynamik für Mitteldeutschland“ am 14. Juli in Halle/Saale. Nun gelte es, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Im Vordergrund stünden insbesondere das Erreichen ausgeglichener Länderhaushalte, die Überwindung des regionalen Fachkräft-

temangels und ein intelligenter Umgang mit den Folgen der demografischen Entwicklung. Der Managerkreis Ost spreche sich weiterhin für eine Verbesserung der Kapitalversorgung des Mittelstandes aus. Zudem sollten Existenzgründungen gefördert sowie alternative Finanzierungswege, besonders für junge und kleine Unternehmen, entwickelt werden. Eine weitere Vernetzung von Forschung mit Unternehmen müsse vorgebracht werden. Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn würdigte das Thesenpapier als „fun-

dierten Beitrag für weitere Diskussionen“. Für ihn habe die weitere Förderung von Forschung und Finanzierung von Bildung oberste Priorität. Harald Simons von der Berliner empirica ag unterstrich, dass sich in den neuen Ländern ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum eingestellt habe. „Dass das Thesenpapier positiv auf das Erreichte eingeht, ist eine seiner Stärken“, so Simons.

DAS THESENPAPIER

<http://www.managerkreis.de/thesenpapiere.aspx>

— Hintergrundgespräche des Managerkreises

Wichtige Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft treffen regelmäßig mit dem Steering-Komitee des Managerkreises der FES in nicht-öffentlichen Hintergrundgesprächen zusammen. So war z. B. im ersten Quartal dieses Jahres Deutsche Bank-Chef Dr. Josef Ackermann zu Gast. Mit circa 60 Teilnehmern, darunter u. a. der ehemalige Finanzminister Hans Eichel und die ehemalige Vorstandsvorsitzende der KfW Ingrid Matthäus-Maier, sprach Ackermann über die „Zwänge des Marktes“, Möglichkeiten

des Risikomanagements, überzogene Renditeerwartungen und notwendige Änderungen im Vergütungssystem. Es folgten Termine mit dem SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, bei denen insbesondere die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sowie die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte des SPD-Programms im Vordergrund standen. Den Abschluss der Gesprächsreihe im ersten Halbjahr bildete schließlich ein Treffen mit Peter Struck.

— Wechsel beim Managerkreis

Am 18. Juni 2009 hat das Steering-Komitee des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung einen neuen Geschäftsführer gewählt. Michael Domitra (Bild), der diese Aufgabe für den Managerkreis seit 1991 erfüllte, geht in den Ruhestand. Seine Nach-

folge wird Dr. Werner Rechmann antreten. Der Vorstand und das Steering-Komitee dankten Michael Domitra für sein großes Engagement beim Aufbau des Managerkreises. Außerdem wählte das Steering-Komitee Dr. Thilo Sarrazin als Nachfolger von Werner Müller in den Vorstand des Managerkreises. Werner Müller hatte sein Mandat mit seinem Ausscheiden aus der Evonik AG zur Verfügung gestellt.



(Foto: Zensen)

THILO SARRAZIN BEIM MANAGERKREIS RHEIN-MAIN

Aufschwung kann nicht aus Export erwachsen

Nach einem Monat in der neuen Funktion als Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank waren viele gespannt, welche Antwort der ehemalige



In neuer Rolle: der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin

Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin auf die Frage nach der Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates in der Wirtschaftskrise geben würde. Mehr als 130 Gäste waren der Einladung

des Managerkreises Rhein-Main und des Landesbüros Hessen der FES in die Villa Metzler nach Frankfurt gefolgt. Die Antwort Sarrazins fiel überraschend positiv aus. Nach seiner Ansicht könne der Staat sehr viel leisten. Weitere Konjunkturprogramme und üppige staatliche Hilfen für Unternehmen meinte er damit allerdings nicht. Seiner Analyse zufolge sind die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand ausgeschöpft. Doch die Herausforderung ist aus seiner Sicht auch eine andere. Das globale Wachstumsmodell der letzten zwei Dekaden basierte auf einem eklatanten Handelsdefizit der USA auf der einen, und

gewaltigen Exportüberschüssen vor allem Deutschlands und Chinas auf der anderen Seite. Doch die Logik: Die US-Haushalte kaufen Produkte, China produziert sie und kauft dafür in Deutschland und Japan Maschinen, werde sich nicht wiederbeleben lassen. Wie also soll das neue Wachstumsmodell aussehen? Entscheidend dabei sei insbesondere der private Verbrauch, der sich immer weniger auf physische Güter konzentriere. „Es müssten mehr Dienstleistungen jeder Art, z. B. im Gesundheitsbereich, nachgefragt werden“, so Sarrazin. „Dagegen verblassen alle Konjunkturprogramme.“

— Finanzkrise fast gelöst

„Honourable Excellency, dear Ministers and Colleagues“, die schwedische Präsidentschaft eröffnet die Sitzung des Rates der Europäischen Union. Alle europäischen Wirtschafts- und Finanzminister/innen (ECOFIN) haben sich am 3. und 4. Juli in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts in Berlin getroffen, um konkrete Maßnahmen gegen die internationale Finanzkrise zu beschließen. Sah alles sehr echt aus, als sich nunmehr zum dritten Mal 70 Student/innen des Walter-Hallstein-Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin auf Einladung des Forums Politik und Gesellschaft zum „Model of European Union Conference“ (MEUC) trafen. Thematisch stand in diesem Jahr die internationale Finanzkrise im Fokus der Simulation. Im Vorfeld wurde das Thema aus journalistischer, wirtschaftswissenschaftlicher und politischer Sicht eingekreist, Rollen und Positionen wurden verteilt und erste Hintergrundgespräche geführt. Auch der Verlauf der Sitzungen war nicht allzu weit entfernt von

der Realität: die großen EU-Staaten Deutschland und Frankreich brachten zunächst nach zehnstündigen Verhandlungen einen Gesetzentwurf zu Fall. Nach einem gemeinsamen Abend in der Strandbar und ein paar Stunden Schlaf fand man am nächsten Morgen einen Konsens. Eine Besonderheit war in diesem Jahr die Zusammenarbeit mit der Jugendpresse.

www.politikorange.info

+++ FES+++KURZ GEFASST +++

+++ Die Spitzenpolitiker der bundesweit einzigen rot-grünen Landesregierung, Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD), Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne), der SPD-Fraktionsvorsitzende Carsten Sieling und sein grüner Amtskollege Matthias Güldner, standen im Rahmen des **Bremer Dialogs der FES** rund 200 Bürgern Rede und Antwort. Zur Halbzeit der Legislaturperiode wurde eine Bilanz rot-grüner Landespolitik gezogen und ein Ausblick auf die Aufgaben der kommenden beiden Jahre geworfen. Die Themen Bildung und Finanzen standen im Mittelpunkt der Diskussion. Jens Böhrnsen stellte nachdrücklich heraus, die Schuldenbremse im Grundgesetz sei „alternativlos richtig“, aber nur, wenn sie mit einer „Steuersenkungsbremse“ verbunden werde. +++

„Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung“

Für ihr Buch „Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung – Die Zukunft der Globalisierung“ wurden den Journalisten Harald Schumann und Christiane Grefe am 12. Mai im Berliner Haus der FES der Preis „Das politische Buch“ verliehen.

Harald Schumann ist Redakteur beim „Tagesspiegel“, Christiane Grefe arbeitet im Berliner Büro der „Zeit“. Die neunköpfige, aus Bibliothekarinnen, Bibliothekaren und einem Buchhändler bestehende Jury würdigt den dramatischen Globalisierungsreport der beiden als einen glänzend formulierten Appell, endlich den einzig möglichen Weg zur Vermeidung der Selbstzerstörung zu beschreiten: die Schaffung einer föderalen, friedlichen und solidarischen Weltinnenpolitik.

Eine in ökonomischer und ökologischer Hinsicht vernetzte Welt brauche so schnell wie möglich einen Ordnungsrahmen, damit Globalisierung fair, gerecht und nachhaltig gestaltet werden kann, betonte die Vorsitzende der FES Anke Fuchs in ihrer Begrüßungsrede. Der Festredner Wolfgang Thierse unterstützte den Appell des Buches in einer engagierten, besonders die Rolle der Politiker betonenden Rede. Klaus Hohlfeld, Sprecher der Jury, lobte die entschlossene Offenheit der Autoren, in der sie die Ambivalenz der Globalisierung erläutern, ihre Gefahren, Risiken, aber auch Chancen. In ihrem Dankeswort bekannten die beiden Preisträger, zwischen Hoffnung und Skepsis hin- und hergerissen zu sein, – wobei ihre Skepsis, dass die Weltfinanzkrise nicht als Chan-



Die Preisträger nahmen die Auszeichnung von der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs entgegen.

ce genutzt werde, überwiege. Besonders beunruhigt die beiden die weltweite Schwäche demokratischer Institutionen: „Wenn die Verbindung zwischen Bürgern, Parteien und Parlamenten nicht wieder enger geknüpft wird, dann kann der notwendige, tief einschneidende Wandel zu einer klimaverträglichen und gerechten Gesellschaft nicht gelingen.“

MEINUNGSVIELFALT IN DER MEDIENKRISE

Muss jetzt der Staat ran?

Kommunikationsforscher, Medienpolitiker, Rundfunkrechtler, Journalisten, Gewerkschaftsvertreter und Verlagsmanager breiteten vor dem Publikum der Medien-Konferenz „Meinungs-Vielfalt“ ihre Thesen zur Zukunft der Zeitung aus. Es ging bei dem Treffen, zu dem die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) und die FES Ende April nach Berlin eingeladen hatten, u. a. um die Einbeziehung von Online-Angeboten in künftige Regulierungen

und um das Drama der Lokal- und Regionalzeitungen, von denen Leser wie Anzeigenkunden sich derzeit in Scharen abwenden. Die Möglichkeiten der breiten Öffentlichkeit, zu vielfältigen Informationen, Meinungen, Haltungen und Urteilsfähigkeiten zu gelangen, sind gefährdeter denn je. Von Konzentrations- und Rückzugstendenzen im Zeitungsmarkt sind erste Regionen so bedroht, dass dort demnächst keine eigenständigen Lokalzeitungen mehr erschei-

nen. Ist das Verschwinden der papiernen Zeitungen unaufhaltsam oder kann der regionale und lokale Qualitätsjournalismus gerettet werden? Möglicherweise ist der Staat hier gefordert. Einige Medienexperten und -interessenvertreter plädieren für Steuererleichterungen und Subventionen, andere möchten Stiftungen oder öffentlich-rechtliche Träger ins Boot holen, um die lokalen Medien vor dem Niedergang zu bewahren.

Fachtagung des FES-Gesprächskreises Arbeit und Qualifizierung

Thema Arbeitszeit wieder offensiv diskutieren!

— IM ZUGE DER AKTUELLEN WIRTSCHAFTSKRISE wird Arbeitszeitpolitik vor allem als präventives beschäftigungspolitisches Instrument „wiederentdeckt“.

Notwendig ist – so Andrea Nahles, MdB, Arbeits- und Sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion – jedoch eine breitere arbeitszeitpolitische Debatte. Auf einer Fachtagung, zu der der FES-Gesprächskreis

altersgerecht. In der aktuellen Krise könne Kurzarbeit den Beschäftigungsabbau zwar abfedern, der Strukturkrise sollte allerdings mit einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung, die für untere Lohngruppen einen Ein-

sicherheit in Einklang stehen. Klaus Thomsen stellte seine Erfahrungen mit dem Projekt „Selbstverantwortete Arbeitszeiten im Team“, das in der Reha Klinik Damp durchgeführt wurde, vor. Die Verbesserung der Arbeitszufriedenheit konnte u. a. durch die Flexibilität der Arbeitsgestaltung, Mitbestimmung bei der Dienstplanung und eine größere Vorhersehbarkeit der Dienste erreicht werden.

In der politischen Debatte, die von Roland Wolf, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Jörg Hofmann, IG-Metall Bezirk Baden-Württemberg und Andrea Nahles geführt wurde, war man sich über die Bedeutung flexibler Arbeitszeiten für die Wirtschaft einig. Der Arbeitgebervertreter mahnte u. a. eine Reform der Arbeitszeitrichtlinie und des deutschen Arbeitszeitgesetzes an. Jörg Hofmann und Andrea Nahles plädierten dafür, an die Debatte um die 35-Stunden-Woche anzuknüpfen und die Arbeitszeit unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten wieder offensiv zur Diskussion zu stellen.

MEHR ZUM THEMA

Audiolink zur Tagung und der Link zu den Beiträgen unter:

www.fes.de/wiso/sets/s_aq_vera.htm



Andrea Nahles plädierte in der Diskussionsrunde dafür, die Arbeitszeit unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten wieder offensiv zur Diskussion zu stellen. (Foto: Zensen)

Arbeit und Qualifizierung am 15. Juni nach Berlin eingeladen hatte, standen Ansatzpunkte und konkrete Beispiele für eine moderne Arbeitszeitpolitik im Mittelpunkt.

Der in den 80er Jahren dominierende Trend zu kürzeren Arbeitszeiten wurde in den 90er Jahren gestoppt und von Veränderungen der Lage, Dauer und Verteilung der Arbeitszeit überlagert. Deutschland gehört heute zu den Ländern mit den längsten Wochenarbeitszeiten in der EU. Dr. Hartmut Seifert, Arbeitszeitexperte, bezeichnet diese Entwicklungen weder als familien- noch als

kommensausgleich vorsieht, begegnet werden.

Beispiele aus der Automobilindustrie und dem Gesundheitssektor verdeutlichten, wie eine moderne Arbeitszeitpolitik gestaltet werden kann: Michael Brecht, Betriebsratsvorsitzender Mercedes-Benz Werk Gaggenau, berichtete, dass im Unternehmen eine Vielfalt an Arbeitszeitformen wie Teilzeit, Telearbeit, Familienzeit, Krankenpflege, Sabbaticals, Langzeitkonto, Altersteilzeit etc. existieren. Der Betriebsrat habe durchgesetzt, dass Souveränität und Selbstbestimmung und die Erhöhung der Arbeitsplatz-

Jeder siebte Jugendliche ohne Berufsabschluss

Der Anteil der Jugendlichen ohne Berufsabschluss liegt seit Jahren bei rund 15 %. Eine wichtige Ursache ist, dass der tatsächliche Bedarf an Ausbildungsplätzen bislang viel zu niedrig eingeschätzt wird. Dies zeigt das neue Kurzgutachten „Jugendliche ohne Berufsabschluss“, das am 15. Juni vorgestellt wurde. Gravierende Mängel in der Praxis der Ausbildungsmarktbilanzierung und der sich daraus ergebende fehlende Handlungsdruck führen dazu, dass bislang Jahr für Jahr selbst für ausbildungsreife Jugendliche viel zu wenig Ausbildungsplätze bereitgestellt wurden. Selbst in Zeiten des größten Lehrstellenmangels schienen die Bilanzen zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage nahezu ausgeglichen - der tatsächliche Mangel an Ausbildungsplätzen wurde nicht erkennbar. Denn

seit den Anfängen der Berufsbildungsberichterstattung in den siebziger Jahren ist es üblich, die jährliche Ausbildungsmarktbilanz am Stichtag 30. September zu ziehen. Dann hat das neue Ausbildungsjahr aber bereits begonnen, und viele erfolglose Bewerber sind auf Alternativen wie Praktika, erneuten Schulbesuch, berufsvorbereitende Maßnahmen oder Jobben ausgewichen. Damit gelten sie Ende September als „versorgt“ und bleiben bei der Ausbildungsmarktbilanzierung unberücksichtigt. Die Autoren Elisabeth M. Krekel und Joachim Gerd Ulrich vom Bundesinstitut für Berufsbildung gehen davon aus, dass die Wirtschaftskrise zu einem erneuten Einbruch und Rückgang an Ausbildungsplätzen führen wird. Nach deren Überwindung wird die demografische Entwicklung

jedoch zu einer Umkehrung der Marktverhältnisse führen. Aufgrund von Verrentungen wird der Ersatzbedarf der Betriebe ebenso steigen wie die Zahl der Jugendlichen sinken wird. Die Wirtschaft wird sich somit stärker als bislang auch um benachteiligte Jugendliche kümmern müssen. Das allerdings wird nur gelingen, so Krekel und Ulrich, wenn die Begleitung von Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen kontinuierlich und individuell erfolgt und damit über punktuelle Kontaktaufnahme weit hinausgeht. Deshalb sollten in allen Kommunen Mentorensysteme in Kombination mit regionalem Übergangsmanagement etabliert werden.

MEHR ZUM THEMA

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06430.pdf>

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++

+++ **Weiterbildung – Notstand oder Standortfaktor?** Mit dieser provokanten Frage war die gemeinsam mit dem DGB Bezirk Berlin-Brandenburg gestaltete Konferenz der FES in den Tag gestartet. Und obgleich gut ausgebildetes Personal auf dem Weg aus der Krise von zentraler Bedeutung ist, berichteten Betriebsräte eher vom Notstand, von großer Zurückhaltung gegenüber Fort- und Weiterbildung in ihren Betrieben. Was vor allem fehle, sei ein Klima, in dem es selbstverständlich ist, dass Arbeitnehmer sich fortbilden und Arbeitgeber dies mit Freistellungen und Kostenübernahme unterstützen. Dick Moraal vom Bundesinstitut für Berufsbildung zeigte auf, dass in Deutschland immer noch die Erstausbildung stark fokussiert würde und Veränderungen nur durch kurzfristige, preisgünstige Anpassungen korrigiert würden. +++

+++ Auf dem Bildungsgipfel im Oktober 2008 haben sich Bund und Länder verpflichtet, die **Ausgaben für Bildung und Forschung** bis 2015 auf jährlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Eine Strategieguppe der Länder Berlin und Rheinland-Pfalz entwickelt nun Lösungsvorschläge, wie die Ausgabensteigerung zwischen Bund und Ländern verteilt werden kann. Gemeinsam mit der Senatskanzlei Berlin hat der FES-Arbeitsbereich BerlinPolitik die verschiedenen Aspekte mit dem Bildungssenator Berlins Prof. Dr. Jürgen E. Zöllner, der Chefin der Senatskanzlei Prof. Barbara Kisseler, dem Bildungsexperten Prof. em. Dr. Klaus Klemm und dem Bildungsökonom Dr. Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln diskutiert. +++

Wo geht's lang zum Arbeitsmarkt?

Viele Jugendliche, die aus bildungsfernen oder sozial schwachen Familien kommen, haben aufgrund ihrer schlechteren Startchancen deutlich geringere Perspektiven auf eine weiterführende Bildung, eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz. Im Rahmen der Zukunftswerkstatt des FES-Forums Politik und Gesellschaft und der DGB-Jugend entwickelten rund 200 Jugendliche und Erwachsene Ideen, wie Veränderungsprozesse angestoßen werden können. Dr. Birgit Reißig vom Deutschen

Jugend-Institut schilderte, wie dramatisch sich die gegenwärtige Situation für Jugendliche mit schlechteren Startchancen gestaltet. Die Zeit nach der Schule sei häufig geprägt durch sogenanntes „Maßnahmenhopping“, das für die Weiterqualifizierung der Jugendlichen oft fragwürdig sei.

Die Teilnehmer/innen der Zukunftswerkstatt kamen zu dem Ergebnis, dass eine frühzeitige Begleitung und Förderung der Jugendlichen aus Risikogruppen grundlegend sei. Besonders förderungsbedürftige Jugend-

liche müssten verstärkt an die Hand genommen werden und beispielsweise im Rahmen von Mentoring-Programmen individuell betreut werden. Gerade an den Haupt- und Realschulen müsse es flächendeckend eine intensive Berufsorientierung geben, damit die Jugendlichen realistische Ziele mit Blick auf ihren Werdegang entwickeln könnten. Darüber hinaus müsse es eine engere Verzahnung von Schule und Praxis geben, um Jugendlichen Einblicke in den Alltag verschiedener Berufe zu ermöglichen.

THESENPAPIER DES MANAGERKREISES

Bildung macht reich

Gute Bildung und Ausbildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Dass fast

Über Möglichkeiten und Wege, Jugendliche verstärkt in Ausbildung zu bringen, diskutierten am 17. Juni Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei einer Podiumsdiskussion des Managerkreises der FES. Ausgangspunkt war das Thesenpapier des Managerkreises „Bildung macht reich“, nach dessen Einschätzungen auch nach einem Schulabschluss vielen Jugendlichen die Voraussetzungen für die Aufnahme einer Ausbildung notwendig sind. Reformen im Bildungssystem und mehr Engagement von Seiten der Wirtschaft seien deshalb notwendig. Schulen und Wirtschaft werden aufgefordert, viel stärker als bisher zusammenzuarbeiten, um be-

sonders leistungsschwächere Jugendliche früh auf die Berufswahl vorzubereiten. Gerade größere Unternehmen müssten gezielt Einstiegsprogramme für Jugendliche anbieten, die sonst nur schwer zu vermitteln sind.

Lebhaft diskutiert wurde über die Perspektiven Jugendlicher, die als nicht „ausbildungsreif“ eingestuft werden und dann im sogenannten Übergangssystem landen. Dabei handelt es sich um ein Auffangsystem mit diversen Weiterqualifizierungsangeboten, die aber alle nicht zu einer voll qualifizierenden Berufsausbildung führen. Dieses System müsse grundlegend reformiert werden und in Zukunft zu zertifizierten Abschlüssen führen.



In seinem Eingangsvortrag wies Bundesarbeitsminister Olaf Scholz auf Maßnahmen seines Ministeriums hin. (Foto: Zensen)

ein Fünftel der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren in Deutschland keinen anerkannten Berufsabschluss vorweisen kann, ist daher ein bedrückender Befund.

Pro und contra Privatisierung

Mittlerweile blicken Experten, Mitarbeiter und Bürger auf einen 20-jährigen Erfahrungsschatz bei Privatisierungen von verschiedenen zentralen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zurück. Diese Erfahrungen wurden in den zurückliegenden Monaten in mehreren Expertengesprächen der FES mit Vertretern aus den Dienstleistungsbereichen Stadtwerke und Energieversorgung/ Sparkassen und Landesbanken sowie dem Gesundheits- und Pflegesystem analysiert. Die daraus abgeleiteten Erkenntnisse bildeten den inhaltlichen Rahmen für ein Memorandum, das durch Prof. Wolfgang Gerstlberger (University of Southern Denmark, Odense) und Michael Siegl (FSG Group, Kassel) erstellt wurde. Das Memorandum „Öffentliche Dienstleistungen: unverzichtbarer Baustein der Daseinsvorsorge! - Zwei Jahrzehnte Privatisierung: Bilanz und Ausblick“ des Arbeitskreises Dienstleistungen der FES wurde am 25. Juni bei einer Podiumsdiskussion in Berlin vorgestellt.

Der Publizist und Privatisierungskritiker, Werner Rügemer, bemängelte dabei vor allem, dass viele Kommunen bei Privatisierungen leichtsinnig wesentliche Einfluss- und Kontroll-

möglichkeiten abgeben hätten. Die zentralen öffentlichen Dienstleistungen seien nachfolgend den Gewinninteressen der privaten Anbieter unterworfen worden. Dem steht die Sichtweise gegenüber, dass private Anbieter sehr wohl auch ein Interesse haben, sich langfristig zu engagieren. Nach Ansicht von Francis Kleitz, Vorstandsvorsitzender des Braunschweiger Versorgungsunternehmens BS Energy und Geschäftsführer der Veolia Wasser GmbH, gibt es genügend Möglichkeiten für sinnvolle Kooperationsformen, bei denen die Städte und Gemeinden weiterhin im Besitz ihrer eigenen Infrastruktur bleiben und gleichzeitig auch modernes privates Management zum Nutzen der Bürger Einzug in die öffentlichen Strukturen findet.

Es sei vor allem die chronische Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden, welche die Sicherung von Qualität und Zugänglichkeit der öffentlichen Dienstleistungen gefährdet. Nach Meinung von Ernst Wolowicz, Stadtkämmerer von München, könnten daher weitere Kommunen mittelfristig gezwungen sein, über Privatisierungen nachzudenken, obwohl dies politisch nicht unbedingt gewollt sei. Auch Uwe Foullong,

Vorstandsmitglied der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, betonte, dass die negativen Auswirkungen von Privatisierungen

nur durch eine Verbesserung der Einnahmensituation der öffentlichen Hand beseitigt werden könnten.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel wies darauf hin, dass es mittlerweile durch die zahlreichen europarechtlichen Vorgaben schwierig sei, die national notwendigen Standards bei der Daseinsvorsorge noch selber zu bestimmen. Mehrheitlich sehen die Experten eine klare Notwendigkeit für die weitere Sicherung der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand. Privatisierungen und neue Managementmethoden sollten aber nicht von vornherein verteufelt werden, sondern seien an ihrem Nutzen für die Allgemeinheit zu messen.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Während der Veranstaltung „**Strom, Büchereien, Abwasser. Öffentliche Daseinsvorsorge in einem sozialen Europa**“ aus der Reihe Europapolitische Impulse forderte Sebastian Hartmann, Vorsitzender SPD-Fraktion im Kreistag Rhein-Sieg, am 22. April in Bonn: „In einem sozialen Europa sind Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge diskriminierungsfrei allen Bürgerinnen und Bürgern eröffnet werden.“ +++

MEHR ZUM THEMA

Das Memorandum unter:
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06514.pdf>

— Ablehnung von Privatisierung in der Justiz

Die Ideen von Privatisierungen im Bereich der Justiz, insbesondere in den Gebieten Strafvollzug, bei den Gerichtsvollziehern und bei den Handelregistern, stießen bei dem hochrangigen Publikum aus Justiz und Politik am 11. Mai im neuen Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ber-



(Foto: Himsel)

lin auf wenig Gegenliebe. Die Ziele solcher Bemühungen – Kosten zu senken, Qualität und Bürgerfreundlichkeit zu steigern und die Gerichte zu entlasten, seien in den meisten Fällen nicht realisierbar. Die Beispiele aus Hessen und Sachsen-Anhalt im Bereich der Gefängnis-Privatisierung erscheinen auch unter dem Qualitätsaspekt nicht überzeugend – ebenso wenig wie der Gedanke an privatisierte Gerichtsvollzieher.

Wie ein roter Faden zog sich die Ablehnung von Privatisierungsmaßnahmen in der Justiz durch die Tagung, zu der neben der FES das Bundesjustizministerium und der Deutsche Richterbund eingeladen hatten – von der Eröffnungsrede der Bundesjustizministerin Brigitta Zypries (Bild) bis zur Conclusio durch die Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts Marion Eckertz-Höfer.

DISKUSSIONSPAPIER ZUR ZUKUNFT DES GESUNDHEITSSYSTEMS

Versorgungssysteme für die alternde Gesellschaft

Damit in den kommenden Jahren eine nachhaltige Gesundheitsversorgung gewährleistet werden kann, müssen Änderungen bei der Finanzierung der Gesundheitsleistungen und den Vertragsbeziehungen mit Ärzten und Krankenhäusern ebenso erfolgen wie der Ausbau medizinischer und gesundheitsfördernder Maßnahmen. Die solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens darf nicht eingeschränkt, sondern muss gestärkt werden. Dies ist ein Fazit eines vom FES-Gesprächskreis Sozialpolitik veröffentlichten Diskussionspapiers. Bei dessen Präsentation am 2. Juli forderte der Mitautor Prof. Dr. Eckhard Fiedler von der Universität Köln, die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung aus-

zubauen, unter Einbeziehung auch der Beamten. Die Beitragsbemessungsgrenze müsse heraufgesetzt werden und es sei eine Beitragspflicht für Kapitaleinkünfte einzuführen. Die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern sei aufzuheben, damit größere Gerechtigkeit gegenüber Ehepartnern erfolgen könne, die beide berufstätig sind: vorgeschlagen wird deshalb ein Splitting des gemeinsamen Einkommens mit anschließender Anwendung des Beitragssatzes auf dieses Einkommen.

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering unterstützte diese Vorschläge mit dem Hinweis, dass die anderen Parteien den Weg in eine entgegengesetzte, entsolidarisierte Gesellschaft gehen wollen. Damit wäre der

Weg in eine Mehr-Klassen-Medizin vorgezeichnet.

Prof. Dr. Gerhard Naegele von der Universität Köln forderte, dass endlich der medizinischen und nicht-medizinischen Präventionspolitik zum Durchbruch verholfen werden müsse. Im Bereich der chronischen Erkrankungen könnten dadurch nicht nur drastisch die Leiden verringert, sondern auch die Kosten gesenkt werden. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sieht in der bedarfs- und bedürfnisorientierten Ausrichtung des Diskussionspapiers den richtigen Ansatzpunkt für eine neue Versorgungspolitik.

DAS DISKUSSIONSPAPIER

„Zukunft des Gesundheitssystems: solidarisch finanzierte Versorgungssysteme für eine alternde Gesellschaft:

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06531.pdf>

— Zukunft der Pflege

Fünf Bedarfsgrade statt der bisherigen Pflegestufen beinhalte der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff. Ziel sei eine ganzheitliche Betrachtung, die mehr als bisher den Grad der Selbständigkeit von Pflegebedürftigen bewerte, erläuterte Dr. Marlies Volkmer, MdB und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages, einführend bei einer Leipziger Podiumsveranstaltung der FES zur „Zukunft der Pflege“ am 10. Juni. Mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff seien dem Gesetzgeber von einem Expertengremium wichtige Vorschläge vorgelegt worden, die es nun umzusetzen gelte. Es sei ein neues Begutachtungsverfahren entwickelt worden, das Mobilität, kommunikative Fähigkeiten, Selbstversorgung und die Möglichkeiten der Gestaltung des Alltagslebens in den Mittelpunkt stelle. Klar müsse aber sein, so Volkmer weiter, dass auch

zukünftige staatliche Pflegeleistungen keine Vollversorgung bieten könnten.

Einen sehr würdigen Entwurf nannte die Sächsische Landtagsabgeordnete Margit Wehnert die vorgelegten Vorschläge zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. Wehnert, zugleich Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt in Sachsen, sprach von 125.000 Pflegebedürftigen im Freistaat. Diese Zahl dürfte mit Anwendung der neuen Kriterien noch steigen.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Gesundheit Dr. Matthias von Schwanenflügel erwartet von dem neuen System insgesamt mehr Gerechtigkeit. Dem schloss sich Matthias Steindorf für den sächsischen Paritätischen Wohlfahrtsverband an, warnte aber davor, den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff als eine Vollkaskoversicherung misszuverstehen.

DREI DISKUSSIONSRUNDEN IN HESSEN

Schule als Lebensraum

Die Pisa-Studien und weitere Schul- und Bildungsstudien haben gezeigt, dass im deutschen Bildungssystem einiges im Argen liegt. Doch welche Konzepte sind geeignet, das System so umzugestalten, dass die Schulen in der Lage sind, Kinder und Jugendliche optimal zu fördern? Auf Einladung der FES in Hessen diskutierten Experten aus Wissenschaft und Praxis an drei Standorten über die Zukunft der Schule. Mit Offenbach, Idstein im Taunus und Melsungen im nordhessischen ländlichen Raum wurden dabei drei Orte mit gänzlich unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen gewählt.

Für Gabriele Bellenberg, Professorin für Schulforschung an der Universität Bochum, ist es

erwiesen, dass Ganztagschulen dabei helfen, den Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft aufzubrechen und so auch benachteiligten Schülern eine Chance zu geben. „Das Halbtagsmodell ist überholt – wir müssen Schule als Lebensraum für Kinder und Jugendliche begreifen“, so Bellenberg. Zudem gelte es, möglichst heterogene Klassenverbände zu schaffen, in denen die guten Schüler die schwächeren mitziehen.

Die Professorin plädierte für den Aufbau von Unterstützungssystemen durch die Bundesländer, die es etwa ermöglichen, bei Bedarf zusätzliche Förderlehrer in einzelne Schulen zu schicken. So unterschiedlich die Standorte sind, so un-

terschiedlich stellen sich auch die bildungspolitischen Probleme dar und entsprechend verliefen alle drei Diskussionen: Während in Offenbach eine zentrale Herausforderung für die Schulen die Zusammensetzung der Schülerschaft – viele stammen aus Zuwandererfamilien oder aus bildungsfernen Schichten – ist, stehen die ländlichen Gebiete eher vor dem Problem, dass das gegliederte Schulsystem in Anbetracht des demographischen Wandels kaum noch aufrechtzuerhalten ist. Sowohl in Offenbach als auch im ländlichen Raum wünschen sich Schulleiter ein engmaschiges Netz aus Lehrern, Sozialarbeitern und Psychologen, das eingreift, sobald Probleme auftauchen.

KONFERENZ ÜBER MÄNNLICHKEITSBILDER IM WANDEL

Junge, welche Rolle spielst Du?

Jungen gelten aufgrund ihrer schlechteren Schulleistungen als die neuen Sorgenkinder.

Während Mädchen zielorientiert in ihre Zukunft starten, klammern sich viele Jungs an ein traditionelles Bild vom Karrieremann und Alleinernährer. „Junge, welche Rolle spielst

Du?“, fragten daher das Forum Politik und Gesellschaft der FES und das Projekt „Neue Wege für Jungs“ am 16. Juni im Rahmen einer gemeinsamen Konferenz in Berlin.

Man könne Jungs aber nicht pauschal als Verlierer des Bildungssystems bezeichnen, betonte die Erziehungswissenschaftlerin Prof. Dr. Barbara Koch-Priewe in ihrem Eingangsvortrag. Zwar weisen Jungen zum Beispiel beim Lesen deutliche Schwächen auf, dafür sind sie in Mathematik und Naturwissenschaften den Mädchen mindestens ebenbürtig. In der Schule sollte die individuelle Entwicklung von Jungen und Mädchen jenseits von Geschlechterstereotypen stärker

gefördert werden. Dazu zählt auch, Schüler/innen bereits früh ein Bewusstsein für Diskriminierungen zu vermitteln. Gerade unter Jugendlichen wird ein von der Norm abweichendes Verhalten häufig mit Hänseleien sanktioniert. Unterschiedliche männliche und weibliche Rollenmodelle sollten deshalb bewusst zur Diskussion gestellt werden, sagt der Salzburger Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Edgar Forster. Einig waren sich die Teilnehmer/innen darin, dass eine phasenweise Trennung der Geschlechter bei der Überwindung von Stereotypen hilfreich sein könne.

DOKUMENTATION

www.fes.de/forumpug/inhalt/doku

FES-TAGUNG ZUM FEMINISMUS IM 21. JAHRHUNDERT

Fehlt es an politischem Bewusstsein?

„Was bedeutet Feminismus für unterschiedliche Generationen von Frauen“, wollte die Tagung des Forum Politik und Gesellschaft der FES „Feminismus im 21. Jahrhundert“ am 27. Juni in Berlin wissen.

Die verschiedenen Entwicklungsstadien der Frauenbewegung seit den 1970er Jahren erläuterte die Geschlechterforscherin Prof. Dr. Ilse Lenz. Ein Verdienst der Frauenbewegung seien zum Beispiel die verbesserten Bildungs- und Berufschancen für Frauen. Auch der Umstand, dass viele junge Menschen heute ganz selbst-

verständlich in einer gleichberechtigten Partnerschaft leben wollen, ist maßgeblich auf das Wirken der Frauenrechtlerinnen zurückzuführen. Gleichwohl gibt es immer noch viele Ungerechtigkeiten zu beklagen: Frauen verdienen zum Beispiel immer noch deutlich weniger als Männer und die Kindererziehung wird vor allem von den Müttern geleistet. „Geschlechtergerechtigkeit muss aber auf der gesamten gesellschaftlichen Bandbreite etabliert werden“, forderte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Elke Ferner. Nicht

zuletzt müssten die Frauen ein politisches Bewusstsein für die Ungleichheiten entwickeln. Zwar erfreut sich der Feminismus in letzter Zeit einer hohen Zustimmung. Viele halten Geschlechterpolitik für prinzipiell richtig, sind aber gleichzeitig der Meinung, dass sie persönlich davon nicht tangiert werden. „Es fehlt der jüngeren Frauengeneration gelegentlich am notwendigen politischen Bewusstsein“, stellte die Journalistin und Buchautorin Meredith Haaf fest.

DOKUMENTATION

www.fes.de/forumpug/inhalt/doku

Hindernisse für die neuen Väter

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2010 familienfreundlichstes Land Europas zu werden. Erste Erfolge in Politik und Wirtschaft zeigen sich beispielsweise beim Ausbau der Kinderbetreuung und des Elterngeldes oder in der Arbeitswelt, wo Unternehmen zunehmend mit Familienfreundlichkeit werben. Und doch wünschen sich viele Beschäftigte noch mehr Angebote. Dies gilt insbesondere für die sog. „neuen Väter“, die besondere Aufmerksamkeit verdienen: Schließlich sind gerade sie aufgerufen, nicht mehr nur Ernährer, sondern auch Erzieher zu sein. Doch diejenigen, die dies wagen, stoßen immer wieder auch auf Hindernisse. Unter dem Titel „Unternehmen Vereinbarkeit“ fragte das FES-Forum Politik und Gesellschaft am 22. April in Berlin daher danach, ob die Arbeitswelt „Reif für die neuen Väter?“ ist.

Welche Erfahrungen machen besonders sie, wenn sie Familie und Beruf vereinbaren möchten und was können Unternehmen für eine väterfreundliche Arbeitswelt und -kultur tun? Väter stellten 2008 immerhin ca. 15 % aller Elterngeldempfänger. Zu den Gründen, dass jedoch immer noch eine Mehrheit der Männer beim „Wagnis Rollenwandel“ zögert, zählt u. a. der fehlende Mut, moderne Rollen zu leben. Bei den Frauen sieht das anders aus, betonte Dr. Christina Klenner, Referatsleiterin der Frauen- und Geschlechterforschung im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung: Während sich 80 % der Frauen eine egalitäre Aufteilung der Familienarbeit wünschen, sind es bei den Männern nur 40 %. In den Köpfen herrsche bei vielen noch das „Alleinernährermodell“ vor. Der Bundestagsabge-

ordnete Dieter Steinecke macht auch strukturelle Ursachen für diese bisherige Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit aus: So seien es vor allem die Entgeltunterschiede zwischen den Partnern, die oft dazu führen, dass eher die Mütter die Elternzeit nutzen.

Wie das „Unternehmen Vereinbarkeit“ auch für Väter gelingen kann, zeigten die Ansätze mehrerer Unternehmen. Durch die „Vereinbarkeit“ gewinnen alle: Eltern, insbesondere Väter, erwerben neue Kompetenzen wie z. B. Chaosmanagement, Belastbarkeit und Teamfähigkeit zu Hause, die sie ins Unternehmen einbringen können. Die familienfreundliche Betriebskultur sorgt für eine höhere Motivation und Loyalität der Mitarbeiter/innen und selbst Führungsposition und Elternschaft wird als vereinbares Projekt denkbar.

— Politik, die sich wirklich um Familien kümmert

Ein grundlegendes Dilemma der Familienpolitik liege in dem Versuch, sowohl zwischen Familien und Kinderlosen als auch zwischen armen und reichen Familien ausgleichen zu wollen, so Dr. Barbara Thiessen vom Deutschen Jugendinstitut im Rahmen eines Expert/innenworkshops am 1. Juli in Berlin. „Unsere Gesellschaft geht ohne funktionierende Familien vor die Hunde“, ist Prof. Dr. Christiane Dienel, Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales in Sachsen-Anhalt, überzeugt. Deswegen, so Dienel, verdienen Familien eine Politik, die sich wirklich um Familien kümmert. Für Dienel müsse die Entscheidung für Kinder

Menschen aller sozialen Schichten und in allen Lebenslagen gleich leicht gemacht werden. Manuela Schwesig, Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, forderte dagegen sich vor allem um die Familien zu kümmern, die sich bereits für Kinder entschieden haben. Dazu gehört für sie die Vision, dass irgendwann alle Kinder Zugang haben müssen zu gesunder Ernährung, zu Bildung, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zum sozialen Leben.

*Zusammenfassung der Ergebnisse unter:
[www.fes.de/forumpug/inhalt/
publikationen.php](http://www.fes.de/forumpug/inhalt/publikationen.php)*

Open Space
für Jugendliche

Tabuthema Familienkonflikte

— „ICH IN MEINER FAMILIE – ZWISCHEN WUNSCH & WIRKLICHKEIT“. Es war ein Novum und ein Wagnis für das Forum Politik und Gesellschaft, ein so persönliches Thema in der Open-Space-Reihe für Jugendliche aufzugreifen.

Erhellendes beim Theaterworkshop: Gespielt wird der Unterschied zwischen Gesagtem und Gedachtem in einer Diskussion zwischen Eltern und Kind. (Foto: Hütsch-Seide)

Um so überraschender war die überwältigende Offenheit der Jugendlichen, über zum Teil sehr persönliche Erfahrungen zu sprechen.

Open Space das Bedürfnis, darüber zu sprechen, besonders groß war. Bemängelt wurde, dass Eltern zu wenig Zeit für ihre Kinder hätten, ihnen zu

wenig Aufmerksamkeit zukommen ließen. Andere Themen, die den Jugendlichen unter den Nägeln brannten, waren z. B. sexueller Missbrauch, alleinstehende Elternteile und Scheidungskinder sowie Teenagerschwangerschaften. Ein Highlight war der durch eine Schau-

Den Fragen und Forderungen der Teilnehmer/innen des Open Space stellten sich anschließend die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag, Kerstin Griese und Sabine Walther, Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes Berlin. Als besonders dringend empfanden die Schülerinnen und Schüler den Ausbau der Schulsozialarbeit.

Wie beim Open Space üblich, fand auch dieser seinen offiziellen Abschluss zwei Monate später bei einem Nachtreffen. Eine intensive Diskussion des Themas Kinderrechte drängte sich hierfür förmlich auf, hatte sich doch beim Open Space herausgestellt, dass die jugendlichen Teilnehmer/innen erstaunlich wenig über ihre Rechte wussten. Mit großem Enthusiasmus erarbeiteten sich die Schülerinnen und Schüler die wichtigsten Eckpunkte der UN-Kinderrechtskonvention.



Immer wieder waren Erfahrungen mit Konflikten im familiären Umfeld bei den Open-Space-Veranstaltungen der vergangenen Jahre eingebracht worden. Insbesondere das Thema Vernachlässigung war ein Dauerbrenner. Und so war es auch nicht verwunderlich, dass auch bei diesem

spielerin einberufene Theaterworkshop, in dem die Schüler/-innen ihre Erfahrungen szenisch darstellten. Die besten Szenen wurden im Plenum vorgeführt, unter anderem eine über den Unterschied zwischen Gesagtem und Gedachtem in einer Diskussion zwischen Eltern und Kind.

KONFERENZ IN BERLIN

Erst Kita, dann Familienzentrum

Schaffung und Erhalt von nachhaltigen sozialen Infrastrukturen für Kinder zählen zu den wichtigsten Aufgaben einer zukunftsorientierten Fa-

milienpolitik. Der gesetzliche Auftrag für Kindertageseinrichtungen umfasst daher mittlerweile nicht nur die Erziehung und Bildung von Kindern,

sondern auch das Zusammenwirken mit anderen kind- und familienbezogenen Angeboten. Das Land Berlin hat ein Konzept vorgelegt, das flächen-

deckend die Entwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren vorsieht. Vor diesem Hintergrund haben das Forum Politik und Gesellschaft der FES und der Berliner Beirat für Familienfragen am 26. Mai eine Konferenz organisiert, die den Handlungsbedarf deutlich machen sollte sowie einen Austausch von Erfahrungen über gelungene Beispiele ermöglichte.

Kindertageseinrichtungen, so die wissenschaftliche Sachverständige beim Berliner Beirat, Prof. Dr. Katharina Spieß, seien ein guter Ansatz, um koordinierende, synchronisierende und kompensatorische Angebote in der Familienpolitik zu bündeln. Familienzentren ließen mittelfristig eine „Bildungsrendite“ erwarten, die höher als die bisheriger Ansätze der infrastrukturellen Familienförderung

sei. Berlin, so der zuständige Referatsleiter Sven Nachmann bei der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, verfüge mit knapp 2000 Kitas über einen guten Ausgangspunkt. In einer ersten Stufe sei geplant, 100 Kitas zu Familienzentren zu erweitern.

DOKUMENTATION

<http://www.fes.de/forumug/inhalt/publikationen.php>

EIN WORKSHOP ÜBER DIE HEIMAT

Unter die Oberfläche blicken

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen ist längst Alltagsrealität in Deutschland, dennoch knirscht es an der ein oder anderen Stelle. Sensibilisierung für andere Kulturen ist deshalb ein Lernziel gerade für junge Menschen. Doch bevor Jugendliche tolerant und offen aufeinander zugehen können, gilt es, sich mit der eigenen Identität und Kultur – der eigenen Heimat – aus-

einanderzusetzen. Zu diesem Zweck lud das Forum Jugend und Politik 60 Schülerinnen und Schüler der Klassen 7 bis 9 Ende Juni zu dem neuen Bildungsformat „Heimspiel“ nach Bonn ein.

Zunächst ging es um erste oberflächliche Eindrücke und die Missverständnisse, die entstehen können, wenn man sein Gegenüber auf den ersten Blick bewertet und beurteilt. Gearbeitet wurde dabei

mit der Metapher eines Eisberges: Oberhalb der Wasseroberfläche werden im Eisberg sichtbare Merkmale einer Person abgebildet, unterhalb die unsichtbaren Charaktereigenschaften, Vorlieben, Werte und Überzeugungen. Mit einem Eisberg kollidiert man meist unter der Wasseroberfläche; das wissen die Schülerinnen und Schüler auch noch zehn Jahre nach dem Filmstart der „Titanic“. Im nächsten Schritt entwickelten alle einen eigenen persönlichen Eisberg. Ein wenig Überwindung kostete es da schon, seinen Klassenkameraden bisher unbekannte Seiten von sich zu zeigen und einen Blick unter die eigene Oberfläche zu gestatten. Von der eigenen Person ging es ins eigene Stadtviertel. In kurzen Szenen stellten die Jugendlichen das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen im eigenen Viertel dar und erarbeiteten Strategien im Umgang mit Vorurteilen.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Welche Funktion haben Ministerrat und Europäisches Parlament? Wie werden Gesetze gemacht? Weshalb sind Verhandlungen auf europäischer Ebene schwierig und langwierig? Auf der Suche nach Antworten schlüpfen die Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule Cham Ende Juni bei der FES in die Rollen von Ministern und Parlamentariern und übernahmen die Aufgabe, eine Kosmetikrichtlinie zu erlassen. Die Schüler machten es sich nicht leicht. Bevor eine Entscheidung herbeigeführt werden konnte, waren zahlreiche Diskussionen, Verhandlungen und Abstimmungen nötig. +++



Rechtsextremismus in den Kommunen – was tun?

Die Frage wird angesichts der politischen Realität in der Bundesrepublik immer brennender: Wie geht man mit rechtsextremen Personen und Organisationen im Dorf, im Landkreis oder in der eigenen Stadt um? Ganz konkrete Hilfe bietet das neue „Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“, herausgegeben vom Forum Berlin der FES. Dr. Rainer Strobl von der Gesellschaft proVal aus Hannover unter-

strich während der Vorstellung des Handbuchs am 12. Juni, dass rechtsextreme Meinungen innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft nicht zu verhindern seien. Beim Kampf gegen Rechtsextremismus müsse es darum gehen, dass rechtsextremes Gedankengut nicht von breiten Teilen der Bevölkerung als *normal* empfunden werde. In manchen Kommunen Deutschlands sei aber genau das zu beobachten. Ziel von Aktionen gegen rechts müsse

immer sein, deutlich aufzuzeigen, dass die NPD trotz demokratischer Legitimation ihrer Abgeordneten eben keine demokratische Partei sei. Es müsse deutlich bleiben, dass die Leugnung von Nazi-Verbrechen nicht *normal*, sondern eine Straftat sei.

MEHR ZUM THEMA

Das Handbuch als pdf-Datei unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++

+++ Was tut man, wenn man in einem Nazi-Hetzsong verbal mit einer Kugel bedacht wird? Die TV-Moderatorin Mo Asumang, in Kassel geborene Deutsche mit ghanaischen Wurzeln, drehte als Reaktion ihren ersten Dokumentarfilm – über sich selbst. „Roots Germania“ ist eine Spurensuche nach den eigenen Wurzeln, der eigenen Identität. Wo ist man denn zu Hause, wenn die Eltern aus zwei verschiedenen Kulturen kommen? Asumang macht sich auf den Weg zu sich selbst und findet dabei ganz nebenbei die deutsche Seele. Das FES-Landesbüro Niedersachsen hatte sie in das Kommunale Kino Hannover eingeladen, um nach der Filmvorführung mit den Gästen zu diskutieren, über **Fremd sein, Fremdenhass und Heimat**. Die Diskussion geriet ähnlich wie der Film – sehr persönlich, sehr offen, sehr unkonventionell. +++

+++ „Politik ist machbar!“: Unter diesem Motto hatte das Julius-Leber-Forum in Hamburg zu der Veranstaltung **„Politik! – Wie funktioniert das eigentlich?“** eingeladen. Eingeladen waren alle, die sich immer schon gesellschaftspolitisch einbringen wollten, aber noch nicht den ersten Schritt gewagt haben. Die 20 Teilnehmer/innen lernten nicht nur die Grundlagen der Politik

Hamburgs kennen, sondern konnten auch erfahren, wie Kompromisse funktionieren und welche Mitwirkungsmöglichkeiten es gibt. +++

+++ Popmusik stand im Mittelpunkt einer zweitägigen **Musikwerkstatt**, bei dem sich 20 Schülerinnen und Schüler der Abendrealschule Bonn Ende April damit auseinandersetzten, inwiefern Kultur sich in verschiedenen Musikrichtungen widerspiegelt. Popmusik bietet eine gute Möglichkeit, sowohl über die Texte wie auch über die musikalischen Stile Interkulturalität zu thematisieren sowie über die eigene kulturelle Prägung bewusster nachzudenken. Den unterschiedlichen kulturellen Einflüssen und Botschaften wurde in Instrumenten, den Rhythmen und Sängern, der Sprache und in Videoclips nachgespürt. Danach ging es selbst ans Texten und Komponieren und was viele zunächst nicht für möglich gehalten hatten - am Ende des Workshops stand ein Song aus einer Vielfalt von Pop-Rock über Rap und Metal bis zur orientalischen Folklore. Die Musikwerkstatt ermöglichte den Jugendlichen, sich im wahrsten Sinne des Wortes Gehör zu verschaffen.

Das Video hierzu auf dem FES-You-Tube-Kanal www.youtube.com/fesonline +++

„Räderrasseln und Maschinenklang ist der Arbeit mächtiger Gesang“

National gesinnter Schriftsteller oder glühender Patriot?: Am gebürtigen Nürnberger Karl Bröger scheiden sich noch heute die Geister. Bröger (1886-1944) war einer der meistgelesenen Arbeiterdichter des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Er engagierte sich in der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung und wurde von den Nationalsozialisten im Juni 1933 in das KZ Dachau verschleppt. Bröger war ein glühender Verfechter der Weimarer Demokratie und warnte in zahlreichen Zeitungsartikeln und Vorträgen vor den Gefahren des aufkommenden Nationalsozialismus. Gleichwohl ist er als Lyriker und Schriftsteller bis heute nicht unumstritten. Gelegentlich neigte er zu einer starken Betonung des Nationalen. SA und Hitlerjugend sangen Lieder

nach Texten, die Karl Bröger dem Kampf um die erste deutsche Demokratie gewidmet hatte.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Nürnberger Karl-Bröger-Gesellschaft veranstalteten im Oktober 2008 ein wissenschaftliches Symposium, um mehr Klarheit in die Diskussion um Bröger und die Umstände zu bringen, unter denen er lebte. Das Resümee: Karl Bröger hat mit seinem Werk die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterbewegung unterstützt und den arbeitenden Menschen ein literarisches Denkmal gesetzt. Er war kein Widerstandskämpfer, machte sich aber nie mit dem Nationalsozialismus gemein und widersetzte sich allen Vereinnahmungsversuchen. Der Tagungsband mit den Vorträgen des Bröger-Biografen Dr. Gerhard Müller, von Prof. Dr.



Peter Lösche und Prof. Dr. Hermann Glaser sowie des Nürnberger Historikers Dr. Alexander Schmidt liegt jetzt vor.

Porträt Karl Brögers von Hans Werthner (mit freundlicher Genehmigung der Museen der Stadt Nürnberg, Gemälde- und Skulpturensammlung)

TAGUNGSBAND

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/regensburg/06486-20090716.pdf>

NEUE VERANSTALTUNGSREIHE DES JULIUS-LEBER-FORUMS

Der politische Film

Die Welt beobachten und darstellen. Dabei Stellung beziehen und die Zuschauer anregen, Positionen zu überdenken - das ist der politische Film. Dabei

werden gesellschaftlich und politisch relevante Themen aufgegriffen. Grund genug für das Julius-Leber-Forum der FES, eine Reihe zum politischen Film

gesellschaftspolitischen Inhalten gezeigt und diskutiert. Zum Auftakt dieser Reihe stellten Wolfgang Landgraeber, Programmgruppenleiter Gesellschaft und Dokumentation beim WDR, Robert Krieg, Autor und Regisseur, und Karin de Miguel, Videoaktivistin, anhand von Filmausschnitten vor, wie der politische Film im Kino, Fernsehen und Internet platziert werden kann.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Erhard Eppler hat der „Politik aufs Maul geschaut“ und ein kleines Wörterbuch zum öffentlichen Sprachgebrauch verfasst. Anhand von 47 Stichworten arbeitete er in ironisch-nachdenklichen Kurzsays die ursprüngliche Bedeutung der Begriffe heraus. Wie kein anderer versteht er es, die jeweiligen politischen Interessen, die hinter bestimmten Begriff stehen, zu verdeutlichen. Amüsant und unterhaltsam, tief sinnig und nachdenklich, so trug Eppler während einer Lesung der FES am 6. Juli in Hannover beispielhaft drei Begriffe aus seinem Wörterbuch vor: Leistungsträger, Marktstaat, Gerechtigkeit. +++

zu beginnen. Vier bis sechs mal im Jahr werden von nun an in Hamburg Filme mit

EHEMALIGE STIPENDIATINNEN UND STIPENDIATEN DER FES TREFFEN FRANK-WALTER STEINMEIER

Mit dem Außenminister im Dialog

„Sie sind ja alle sehr diskussionsfreudig“, bescheinigte Außenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier den ehemaligen und derzeitigen Stipendiat/innen der FES bei einem Treffen der Abteilung Studienförderung am 24. Juni

Über zwei Stunden dauerte die intensive Diskussion, die Frank-Walter Steinmeier mit dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten akademischen Nachwuchs führte. (Foto: Himsel)



in Berlin. Dies sei eine Voraussetzung, um in den ständigen Dialog zwischen verschiedenen Positionen und Ideen zu treten und für die eigenen Grundwerte zu werben. Der gesellschaftspolitische Diskurs und der offene Gedankenaustausch sind auch Ziel der Treffen ehemaliger Stipendiatinnen und Stipendiaten. An diesem Abend mit dem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier, moderiert von Patrik Baab, Redakteur beim NDR und Mitglied des Ehemaligen-Beirats der FES, nahmen rund 500 ehemalige und derzeitige Stipendiat/innen sowie Vertrauensdozent/innen teil. Über zwei Stunden dauerte die intensive Diskussion, in der der ehemalige Sti-

pendiat Steinmeier auch deutlich machte, welche lebensentscheidende Bedeutung für ihn eine Förderung der FES hatte. Mit dem Treffen wurde zudem erfolgreich das FES-Mentorenprogramm beworben, das unter der Schirmherrschaft von Frank-Walter Steinmeier steht. Diesen fachlichen und politischen Austausch zwischen aktuellen und ehemaligen Stipendiaten unterstützt er „aus voller Überzeugung“, wie er sagt, denn auch hier stehen die Vernetzung, Weitergabe von Erfahrungen und aktive Auseinandersetzung im Mittelpunkt. Bundesweit sind mittlerweile über 1000 Mentoren-Mentee-Paare miteinander verbunden.

SYMPOSIUM DES KARL-MARX-HAUSES UND DES TRIERER ZENTRUMS FÜR AMERIKA-STUDIEN

Beschleunigung und Rebellion?

Die Frage nach Freiheit durch Mobilität und Technik stand im Mittelpunkt einer Tagung des Karl-Marx-Hauses in Trier am 26. Juni. Wohin führen Beschleunigung, Innovationen und Fortschritt? Die Jahre der McCarthy-Ära in den USA gelten zwar als „bleierne“ Zeit, gleichzeitig aber auch als goldenes Zeitalter des Kapitalismus; zentrale Stichworte dafür sind Motorisierung, Entwicklung des Konsumverhaltens, von Freizeit und Medien bei gleichzeitiger Verunsicherung der Menschen und Rückzug ins Private. Charakteristisch für die USA in der

McCarthy-Ära war ein spezifischer Antikommunismus, der die Form eines Kreuzzuges hatte. In der Frühphase des Kalten Krieges wurden Ängste angeheizt: Der Atombombentest der Sowjetunion und Jahre später der Sputnik-Schock, der Sieg Maos im chinesischen Bürgerkrieg mit der nachfolgenden Gründung der Volksrepublik China - man erlebte die Etablierung des sowjetischen Imperiums in Form des Stalinismus. Aus verschiedenen Blickwinkeln sollten während des Symposiums Diskurse über Marx und Marxismus beleuchtet wer-

den. Ein indirekter Rückgriff auf Marx und seine Kategorie der „Entfremdung“ wurde am Beispiel der Werbung einer Automarke aufgezeigt: Darin war Motorisierung die Antwort auf die „Entfremdung“ in den damals entstehenden Vorstädten. Wenn zudem „Rebellion“ eine wichtige Chiffre der Zeit war, sollte damit aufgezeigt werden, dass in diesem Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg die politischen Projekte verschwanden, dass an die Stelle von „linken“ Projekten die Rebellion trat, die ohne ideologische Richtung war: Rebellion als Lifestyle.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Bundeskanzlerin Angela Merkel empfing am 25. Juni die Teilnehmer der „**Deutschen Islamkonferenz**“ (DIK) anlässlich der letzten Plenarsitzung und dankte ihnen für ihre mehrjährige Arbeit. Die DIK war 2006 als erster institutionalisierter Dialog zwischen Staat und Islam eingerichtet worden. 15 Staatsvertreter trafen sich in vier Plenarsitzungen mit 15 muslimischen Vertretern, darunter die fünf größten muslimischen Verbände und zehn „unorganisierte“ Muslime. Während von staatlicher Seite und den meisten muslimischen Verbänden der Dialog als konstruktiv und vertrauensbildend eingeschätzt wurde, hielten Kritiker die DIK für gescheitert, weil die wirklich wichtigen Themen weitgehend ausgeklammert worden seien. Die FES wurde von Dr. Johannes Kandel, dem Leiter des Referats Interkultureller Dialog, vertreten. +++

+++ „Die Bellheimer legen los“, titelte SZ Online einen Bericht über die Lesung Erhard Epplers aus seinem Buch „**Eine Partei für das zweite Jahrzehnt: die SPD?**“ Hans-Jochen Vogel und Erhard Eppler machten ihrer Partei bei der Buchpräsentation des Vorwärts Verlages, der Münchner VHS und des BayernForums der FES Mut. Beide forderten mehr Selbstbewusstsein, mehr interne Diskussionen und mehr Kritik: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, wer zu früh kommt, den bestrafen die Parteifreunde.“ +++

+++ Es war bereits die **16. Fachtagung Radverkehrsplanung und -förderung**, die das BayernForum der FES gemeinsam mit dem ADFC Bayern in Weiden veranstaltete. Die wirtschaftliche Bedeutung des Fahrradtourismus belegte dabei die Landtagsabgeordnete Annette Karl mit Ergebnissen der Radreiseanalyse. Weitere Beiträge setzten sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Radverkehrsförderung anhand von Beispielen in München und Regensburg auseinander, Bürgermeister Troppmann aus Neustadt an der Waldnaab referierte über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Beispiel des Radweges von Paris nach Prag. +++

+++ Mit einem bunt gemischten Publikum aus Pädagogen, Künstlern, Journalisten und Politikern diskutierte der Vizepräsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse (Bild) in



der Stuttgarter Musikhochschule über Kultur als immer wichtiger werdenden Wirtschaftsfaktor. Auf dem vom **Landesbüro Stuttgart der Friedrich-Ebert-Stiftung** organisierten Forum bedauerte er die unveränderte soziale Selektivität bei

der kulturellen Teilhabe und forderte deshalb, „Kultur“ als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. +++

+++ Unternehmen wie Ford oder Lufthansa schreiben sich das Management von Vielfalt auf die Fahnen, die Bundesregierung beendete Ende 2008 die zweijährige bundesweite Kampagne **hh**, Universitäten bieten Studiengänge zu „Managing Gender und Diversity“ an. Doch was hat dieses Konzept für Non-Profit-Organisationen zu bieten? Dieser Frage gingen die Teilnehmer/innen eines zweitägigen Seminars der Akademie Management und Politik auf den Grund. Bei der Entwicklung von Organisationen soll Diversity Management ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld schaffen – für Menschen unterschiedlichen Alters, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, körperlicher Behinderung, Religion und sexueller Orientierung. In einem solchen Arbeitsumfeld soll jede und jeder die eigenen Potentiale voll entfalten können. Auch nach außen bietet eine „Politik der Vielfalt“ eine Chance: die gezielte Ansprache von Kunden, Unterstützern, Mitgliedern oder Wählern ist eine Zukunftsaufgabe, der sich viele Organisationen stellen müssen. +++

Gesprächskreis Geschichte
der FES

Keine Zukunft ohne Geschichte

— DER HISTORISCHE ARBEITSBEREICH DER FES hat im Rahmen des groß angelegten Projekts „Zukunft 2020“ aller Stiftungsabteilungen einen Bogen von der Geschichte in die unmittelbare Gegenwart und darüber hinaus geschlagen. Ausgewählte sozialdemokratische Reformvorhaben der letzten Jahrzehnte wurden neu beleuchtet und auf ihr utopisches Potenzial für heutige Problemkonstellationen befragt.

Eine Veranstaltung des Gesprächskreises Geschichte widmete sich den Zukunftsentwürfen von August Bebel und Karl Kautsky bis zum Orientierungsrahmen '85. Der Schwerpunkt lag dabei auf den (sozialdemokratischen) Planungshoffnungen und -enttäuschungen der 1960er und 1970er Jahre. Damals wie heute stand die Sicherung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit auf der politischen Agenda, ebenso wie die Schaffung von Chancengerechtigkeit in allen Lebensbereichen.

Schon im 19. Jahrhundert galt Bildung unter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als wichtige Voraussetzung für Emanzipation und gesellschaftliche Teilhabe, wie eine weitere Veranstaltung des Gesprächskreises Geschichte unterstrich. In dieser Tradition stand Willy Brandt, als er 1969 in seiner ersten Regierungserklärung ankündigte, Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung an die „Spitze der Reformen“ zu stellen. Dabei handelte es sich aus Sicht der Sozialdemokratie um eine Zukunftsinvestition, die mehr soziale Gerechtigkeit vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung schaffen sollte.

Ein dritter, bereits in Planung befindlicher Gesprächskreis Geschichte wird die Wahrnehmung von ökonomischen Kri-

den?

Die Veranstaltungen des Gesprächskreises Geschichte finden in Bonn und Berlin statt.

15. November 1959/2009: 50 Jahre Godesberger Programm der SPD

Im Allgemeinen heißt es, der Erfolg des Godesberger Programms von 1959 sei der Wendepunkt von der Stagnation der SPD in den 1950er Jahren zur Regierungsbeteiligung und Kanzlerschaft Willy Brandts seit 1969 gewesen. Der langjährige Parteivorsitzende Erich Ollenhauer wird in diesem Zusammenhang häufig als Vertreter des reformbedürftigen sozialdemokratischen „Apparats“ und Traditionalist charakterisiert, der gegen die Parteireform opponierte.

Anlässlich des 50. Jahrestags des Godesberger Programms erscheint im Herbst 2009 eine Broschüre des Gesprächskreises Geschichte, die die Rolle Ollenhauers in der innerparteilichen Diskussion neu beleuchtet. Zudem wird das Ineinandergreifen von Organisationsreform und programmatischer Entwicklung veranschaulicht.

sen im 20. Jahrhundert und die hiermit verbundenen Zukunftsängste der Bevölkerung in den Blick nehmen. Der angestrebte Vergleich erstreckt sich von der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise über die massive Rezession der 1970er Jahre bis zu gegenwärtigen Entwicklungen. Lässt sich aus der Geschichte lernen und welche sozialdemokratischen Handlungskonzepte können helfen, die aktuelle Krise zu überwin-

Die dazugehörige Schriftenreihe „Gesprächskreis Geschichte“ erscheint seit 1992 und weist über 80 Bände auf.

MEHR ZUM THEMA

Die Schriftenreihe als Volltext: <http://library.fes.de/history/gg.html>

Anmeldung und Einladungen zum Gesprächskreis unter: Doris.Fassbender@fes.de.

Wert und Wirkung für die Demokratie

Die Feststellung, dass die Kulturstadt Weimar zwar viele Traditionen pflegt, am wenigsten aber diejenige, die mit der Entstehung der Weimarer Republik verbunden ist, führte schon 2006 zum Start des Projektes „Weimar und die Republik“ durch das FES-Landesbüro Thüringen. Die Verbindung, die den Namen Weimars wohl am stärksten in der Welt bekannt gemacht hat, nämlich die Tagung der Deutschen Nationalversammlung im Frühjahr 1919, schien den Weimarem eher peinlich zu sein. In Weimar wurde damals unter extrem schwierigen Bedingungen die erste staatliche Demokratie in Deutschland errichtet. Der schlechte Ruf der Weimarer Republik rührt im Wesentlichen von ihrem katastrophalen Ende her. Dieser Ruf berücksichtigt nicht – so die herrschende Meinung in der Forschung – dass das Scheitern

keineswegs schon im Entstehen der Republik und der Reichsverfassung angelegt war. Im Jubiläumsjahr 2009 sollte eine wissenschaftliche Konferenz die Weimarer Verfassung nicht mehr nur als negatives Beispiel für das Grundgesetz behandeln, sondern untersuchen, welche Traditionen der Demokratie in Deutschland durch sie geschaffen wurden. Renommiertere Juristen, Politologen und Historiker wie Christoph Gusy, Detlef Lehnert, Wolfram Pyta, Markus Llanque, Eberhard Eichenhofer und Michael Dreyer stellten einerseits den Stand der Forschung dar und analysierten andererseits, wie die Weimarer Verfassung bis heute nachwirkt. Für die allermeisten Teilnehmer brachte die Konferenz eine ganz neue



Beurteilung der Weimarer Verfassung. In vielen Einzelpunkten, die sich gerade aus deren programmatischem Charakter ergeben, hat sie fortschrittliche Traditionen in Deutschland geschaffen, z. B. in der Sozialpolitik und im Arbeitsrecht, aber auch im Bildungswesen und bei Formen der direkten Demokratie. Schirmherrin der Konferenz war Bundesjustizministerin Brigitte Zypries.

— Lange Nacht der Sozialen Demokratie

Auf den Tag genau 60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland folgten am 23. Mai über 300 Personen der Einladung zu einer „Langen Nacht der Sozialen Demokratie“ in das Bonner Haus der FES. Hier hatten die Besucher unter anderem die Gelegenheit, verschiedene Ausstellungen und das Archiv der Sozialen Demokratie zu besichtigen. Kern der „Langen Nacht“ war eine Diskussion über den Zustand unserer Demokratie. „Demokratisches Engagement bleibt erste Bürgerpflicht“, betonte Prof. Horst Ehmke in diesem Zusammenhang. Er wies aber darauf hin, dass die Demokratie keine Lebensversicherung sei. Die Selbstachtung gebiete es jedem Bürger, sich nach seinen Möglichkeiten poli-

tisch zu engagieren, „statt nur politisch dahinzugehen“. Die Journalistin Renate Faerber-Husemann bekannte sich dazu, Angst davor zu haben, dass das Land in Klassen zerfalle, etwa in Bezug auf die Einkommensverteilung oder Bildungschancen. Wichtig für die Demokratie sei, dass die politisch Verantwortlichen nicht abgehoben agierten: „Die Leute müssen das Gefühl haben, es tut sich was.“ Serge Embacher, Verfasser der Studie „Demokratie! Nein danke?“, konstatierte eine allgemeine demokratische Ermüdung. Einen Ausweg sieht er darin, „das Demokratische neu zu erfinden“. Eine neue Beteiligungskultur und eine engere Verknüpfung von Politik und Bürgergesellschaft sind sein Rezept.

DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND

Mit 60 in bester Verfassung?

Wie es sich für eine Universitätsstadt gehört, wurden zur Feier der Republik am 24. Mai in Freiburg keine Sonntagsreden gehalten, sondern es gab kontroverse Diskussionen, angestoßen durch die FES. So widersprach der Freiburger Staatsrechtler Prof. Murswiek der These des Sozialbürgermeisters der Stadt, Ulrich von Kirchbach, dass die Weimarer Republik vor allem wegen Mängeln in der damaligen Verfassung in die Tragödie des Dritten Reiches mündete. Die Entwicklung hin zum 2. Weltkrieg und der Nazidiktatur lag weniger an Mängeln der Verfassung als an der damaligen historischen Situation und der Weltwirtschaftskrise, so der Staatsrechtler. Auch der lange

Frieden in der Bundesrepublik kann laut Murswiek nicht in erster Linie dem Grundgesetz zugutegehalten werden, sondern ist doch eher der Westintegration sowie den Lehren aus den Schrecken des 2. Weltkrieges geschuldet.

Als entscheidender Faktor für den Erfolg des Grundgesetzes gilt seine Überwachung durch das Bundesverfassungsgericht. Andreas Vosskuhle, Vizepräsident des Verfassungsgerichts, betonte: „Der Karlsruher Einfluss auf die Verfassungswirklichkeit ist kaum zu überschätzen.“ Immer öfter suche die Politik in umstrittenen Bereichen – wie zum Beispiel den Auslandseinsätzen der Bundeswehr – Hilfe von den Verfassungsrichtern. Dieses Verfah-

ren habe sich bislang bewährt, auch wenn damit der Einfluss des Gerichts in die politischen Entscheidungsabläufe immer stärker geworden sei.

Trotz der gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Verfassungsgericht und Politik zeigte sich Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt, mit der Arbeit des obersten Gerichts sehr zufrieden. Für die Gewaltenteilung im Sinne des Grundgesetzes sei damit eine ideale Lösung gefunden. Das Podium, dem auch der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde sowie der Abgeordnete Peter Weiß angehörten, war sich am Ende einig: mit dem Grundgesetz ist Deutschland in bester Verfassung!

BILDBAND ZUR GESCHICHTE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN BUNDESTAGSFRAKTION 1949-2009

Vom Mangel an Bildern zur Bilderflut

60 Jahre Demokratiegeschichte der Bundesrepublik dokumentiert ein von dem FES-Historiker Prof. Dr. Friedhelm Boll herausgegebener opulenter Bildband. Präsentiert werden historische Highlights der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion: ihre führenden Kräfte, ihr Auftreten im Parlament, die dramatischen Redeschlachten, die Wahl der Bundeskanzler, und gelegentlich auch die Auslandskontakte der Parlamentarier. Aber auch die Alltagsarbeit der Fraktion, die Enge des Bonner Provisoriums, die

Arbeit in Berlin sowie die Fraktionssitzungen und das Aufkommen der internen Strömungen werden ins Bild gesetzt. Der Bildband zur Geschichte der SPD-Bundestagsfraktion ist ein absolutes Novum. Bei wohl keiner Institution der parlamentarischen Demokratie klaffen politische Bedeutung einerseits und öffentliche Wahrnehmung andererseits so weit auseinander wie bei den Fraktionen des Deutschen Bundestages.

Sie sind der Ort, an dem alle Fragen der Nation besprochen und entscheidungsreif gemacht werden, bevor sie im Plenum des Parlaments öffentlich beraten und beschlossen werden. Daher wird eine Parlamentsfraktion mit Recht als „Zentrum der Willensbildung“, als zentrale „politische Werkstätte“ betrachtet, wie Johannes Rau es einmal formulierte.

Dokument aus dem Jahr 1991: Die „Meute“ der wartenden Journalisten belagert den Fraktionssaal, anlässlich der überraschenden Wahl Hans-Ulrich Kloses zum Fraktionsvorsitzenden. Im Bildzentrum: Hans-Ulrich Klose, Hans-Jochen Vogel und Peter Struck. (Foto: Jupp Darchingner)



Eine Politikerin in der neuen Republik

Im Jahr 2009 jährte sich die Gründung der Bundesrepublik Deutschland zum 60. Mal, und Bundestagspräsidentin a. D. Annemarie Renger wäre 90 Jahre alt geworden. Dies nimmt der historische Arbeitsbereich der FES zum Anlass, sie mit einer Ausstellung zu ehren, die im Oktober in Berlin eröffnet wird. Das Leben der engagierten Sozialdemokratin war auf vielfältige Weise mit der Demokratie in Deutschland verknüpft. Annemarie Renger steht exemplarisch für eine selbstbewusste Frau, die sich in einer Männerdomäne durchgesetzt hat.

Renger, geboren am 7. Oktober 1919 in Leipzig, stammte aus einem sozialdemokratischen Elternhaus. Als Annemarie Renger 1945, bereits Witwe, eine Rede von Kurt Schumacher las, bewarb sie sich als Sekretärin bei ihm. Sie wurde SPD-ParteiSekretärin, Kurt Schumachers Reisebegleiterin, Vertraute und Haushälterin. So leitete sie, als Frau der ersten Stunde, 1946 das Verbindungs-

büro der SPD in Berlin. Nach dem Tod Kurt Schumachers 1952 begann sie ihre eigene politische Karriere. 1953 wurde sie in den Deutschen Bundestags gewählt.

Annemarie Renger wurde 1961 Mitglied des SPD-Bundesvorstandes und musste erleben, wie in Berlin die Mauer gebaut wurde. 1969 wurde Willy Brandt neuer Regierungschef und Renger parlamentarische Geschäftsführereिन der SPD (1969 - 1972).

Am 13. Dezember 1972 schrieb sie selbst Geschichte; als erstes SPD-Mitglied und als erste Frau wurde sie deutsche Bundestagspräsidentin. In ihrer Amtszeit bemühte sie sich um internationale Kontakte, vor allem nach Polen, Israel, zur UdSSR und den USA.

Am Tag des Mauerfalls am 9. November 1989 leitete Annemarie Renger als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages gerade eine Plenarsitzung, und musste nach eigenen Worten „ihre Stimme festigen“ und „kämpfte mit ihren Gefühlen“,



Dokument aus dem Jahr 1992: Annemarie Renger in der Kurt-Schumacher-Ausstellung anlässlich dessen 40. Todestages (AdsD)

als sie qua Amt dieses historische Ereignis verkündete. Nach 37 Jahren als Mitglied des Deutschen Bundestages trat sie zur ersten gesamtdeutschen Wahl nicht mehr an. Renger erhielt 1991 für ihre politischen Verdienste die Ehrendoktorwürde der hebräischen Ben-Gurion-Universität; zahlreiche weitere Auszeichnungen folgten. Sie blieb immer noch politisch aktiv als Vorsitzende vieler Organisationen. Am 3. März 2008 starb Annemarie Renger, sie wurde 88 Jahre alt und war 63 Jahre lang SPD-Mitglied.

Chronist der Bonner Republik

Der Bonner Fotograf Josef Heinrich „Jupp“ Darchinger dokumentierte die Geschichte der Bundesrepublik seit ihren Anfängen. Sein unverkennbarer Stil hat den Fotojournalismus entscheidend geprägt.

Am Ende seiner aktiven beruflichen Zeit hat Jupp Darchinger Ende 2007 sein fotografisches Werk an die Friedrich-Ebert-Stiftung übergeben - eine hochqualitative Fotosammlung bedeutender Persönlichkeiten

und Ereignisse der deutschen Zeitgeschichte. Der gesamte Bestand wird als „Fotoarchiv Jupp Darchinger im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung“ geschlossen aufbewahrt, elektronisch

verzeichnet und damit für Forschung und Medien zur Verfügung gestellt. Das Archiv umfasst ca. 1,6 Millionen Negative, rund 60.000

Adenauer über Ludwig Erhard bis zu Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl; Parteitage und Gewerkschaftskongresse, Staatsbesuche, in-

ternationale Kongresse oder SPIEGEL-Gespräche. Aber auch zahlreiche Aufnahmen von Personen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gehören zum umfassenden Spektrum der Fotos.

Die gesamte Fotosammlung wird kontinuierlich gesichtet, verzeichnet, inhaltlich erschlossen und digitalisiert, so dass druckfähige Dateien zur Veröffentlichung angeboten werden können. Zusammen mit den inhaltlichen

und formalen Bildbeschreibungen werden die Dateien in dem Archivsystem Faust verzeichnet. Für professionelle Nutzer wie Redaktionen und Verlage werden die Fotos zur Veröffentlichung in Printmedien, Internet und TV seit November 2008 auch online bei picturemaxx angeboten (Name in i-picturemaxx: Darchinger/AdsD).

MEHR ZUM THEMA

Die Nutzung der Fotos aus dem Fotoarchiv Jupp Darchinger ist kostenpflichtig. Die Nutzungshonorare richten sich nach der Bildhonorarliste der Mittelstandsgemeinschaft Foto-Marketing (MFM).

Kontakt:
Fotoarchiv Jupp Darchinger:
darchinger-info@fes.de



Der Kanzler und sein Fotograf:
Helmut Schmidt und Jupp Darchinger

Positive und 30.000 Dias. Berühmt geworden ist Jupp Darchinger als der Fotograf der Bonner Republik. Fast alle bedeutenden politischen Personen und Ereignisse hat er fotografiert: von Konrad

Adenauer und Kurt Schumacher aus der Feder bedeutender ausländischer Schriftsteller, Stephen Spender und Stig Dagerman. Gegen die Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit und die Restauration der 50er Jahre kämpften Arno Schmidt und Alfred Andersch. Belustigt registrierten die Zuhörer, dass die Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll und Günter Grass in ihren Romanen „Billard um halb zehn“

— Die junge Republik im Spiegel der Literatur

Zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland fand in der Münstereifeler Kurt-Schumacher-Akademie kurz nach dem Verfassungstag eine literarisch-musikalische Geburtstagsfeier statt. Der Akademieleiter Helmut Mörchen präsentierte einen literarischen Bilderbogen vor allem über die in Vergessenheit geratenden ersten drei Jahrzehnte der alten Bundesrepublik Deutschland. Im bis auf den letzten Platz besetzten Vortragsaal präsentierte Mörchen zuerst frühe und wenig bekannte Portraits der Gründerfiguren Konrad Adenauer und Kurt Schumacher

und „Örtlich betäubt“ die Lust am Kuchenessen („Kuchenfresswelle“) zur Metapher der Wirtschaftswundergesellschaft erhoben.

DDR-Literatur spielte in einer Veranstaltung zum Geburtstag der alten Bundesrepublik West keine Rolle, aber zwei Texte von Geno Hartlaub und Marie Luise Kaschnitz pointierten die zwischenmenschlichen Schwierigkeiten, die sich bei den deutsch-deutschen Begegnungen damals ergeben konnten. Schluss- und Höhepunkte bildeten drei Texte zum Stichwort „Bonn am Rhein“: hier kamen Wolfgang Koeppen mit seinem berühmten Roman „Das Treibhaus“ und Heinrich Böll mit „Frauen vor Flusslandschaft“ zu Wort. Der jüngste der an diesem Geburtstagsabend vorgestellten Autoren, John von Düffel, hat die Signatur „Bonn am Rhein“ auf der Verfassungsurkunde zu einer nachdenklichen und witzigen Betrachtung zum Anlass genommen, dass ein vergleichbares „Berlin an der Spree“ unvorstellbar ist.

Ausstellung zur
SDP-Gründung in der DDR
vor 20 Jahren

„Wir haben die Machtfrage gestellt!“

— IM HERBST 1989 setzte sich die ostdeutsche Bevölkerung mit friedlichen Mitteln gegen die SED-Diktatur durch und erkämpfte die deutsche Einheit in Freiheit. Das Archiv der sozialen Demokratie konzipierte eine Wanderausstellung, die die Entwicklung von der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR bis zur Vereinigung mit der westdeutschen SPD und zur Deutschen Einheit nachzeichnet.

Für die meisten Westdeutschen unbemerkt, hatte sich seit Beginn der 1980er Jahre in der DDR ein Netzwerk oppositioneller Gruppen gebildet. Aus diesen Gruppierungen heraus machte sich eine kleine Gruppe engagierter Bürger daran, der Alleinherrschaft der SED eine neue Partei entgegenzusetzen. Die am 7. Oktober 1989 in Schwante gegründete „Sozialdemokratische Partei in der DDR“ (SDP) stellte die Legitimität der SED-Herrschaft und ihres absoluten Machtanspruchs auf alle Bereiche des Lebens in Frage - stellte die Machtfrage. Und sie setzte der SED-Diktatur die Perspektive und Vision der parlamentarischen Demokratie, des Rechtsstaats sowie einer sozialen, demokratischen und ökologischen Bürgergesellschaft entgegen.

Bei der Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung am 28. Mai im Berliner Haus der FES hob der Mitgründer der SDP und heutige SPD-Bundestagsabgeordnete Steffen Reiche vor allem die frühe Anerkennung und Unterstützung durch die bundesdeutsche Sozialdemokratie hervor. So hatte das Präsidium der SPD bereits am 9. Oktober 1989 die Gründung der Sozialdemokratischen Par-

tei in der DDR begrüßt und sich mit den Menschen, die sich in der DDR „zur Friedenssicherung und den übri- gen Prinzipien des demokratischen Sozialismus bekennen“ solidarisch erklärt. Keine zwei Wochen später, am 25. Oktober 1989, erklärte der SPD-Parteivorstand während eines Besuchs Reiches in Bonn, dass die Kontakte zwischen der SPD und ostdeutscher SDP Vorrang hätten. Die Ausstellung „Wir haben die Machtfrage gestellt! SDP-Gründung und Friedliche Revolution 1989/90“ widmet sich auf insgesamt 30 Tafeln der Gründungsgeschichte und der praktischen Politik der Sozialdemokratie in der DDR bzw. den neuen Bundesländern in den Jahren 1989 und 1990. Darüber hinaus verdeutlicht ein Rückblick den diktatorischen Charakter des SED-Regimes und rückt die sozialdemokratische Deutschlandpolitik seit den 1960er Jahren sowie den Neuanfang der Opposition in der DDR seit den 1970er Jahren ins Blickfeld. Mit dieser Ausstellung wird die tragende Rolle der deutschen Sozialdemokratie während der



Die Gründungsmitglieder der am 7. Oktober 1989 gegründeten „Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ (SDP)

Friedlichen Revolution und im Prozess der deutschen Einigung herausgearbeitet.

Gezeigt wurde die Ausstellung des Historischen Forschungszentrums u. a. auch an mehreren Orten in Sachsen. Auftakt war das jährliche Gedenken an den Geburtstag Herbert Wehners am 11. Juli in Dresden, an dem neben der Witwe Grete Wehner u. a. auch der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Peter Struck sowie Prof. Dr. Richard Schröder, 1990 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der freigewählten Volkskammer der DDR, teilnahmen.

MEHR ZUM THEMA

Anfragen zu Ausstellung und Katalog an: doreen.mitzlaff@fes.de

Verwerfungen und Ungerechtigkeiten verhindern

Der politische Kurs der SPD-Führungsgremien während der Friedlichen Revolution in der DDR und der politischen Auseinandersetzung um die Gestaltung des Wegs zur Deutschen Einheit in den Jahren 1989/90 steht im Zentrum des Buches, das auf der Grundlage der Aktenbestände des Archivs der sozialen Demokratie erarbeitet wurde. Der Band dokumentiert die Zeit vom Sommer 1989 bis zum Oktober 1990 mit großenteils unveröffentlichten Dokumenten des Präsidiums und des Parteivorstandes der SPD. Insbesondere in den Sitzungsprotokollen spiegelt sich neben den rasch wechselnden Tagesereignissen der enorme Druck wider, unter dem politische Entscheidungen in dieser Umbruchphase getroffen werden mussten.

Der Zusammenbruch des SED-Regimes, die Öffnung der Mauer und die von Tag zu Tag sich verändernde Situation in der DDR lösten in der SPD grundsätzliche Diskussionen über Tempo und Formen des Ein-

gangsprozesses aus. Daneben ging die SPD – von Hans-Jochen Vogels Fünf-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vom November 1989 bis zu den frühzeitig vorgetragenen Konzepten zur Währungsunion von Ingrid Matthäus-Maier und Wolfgang Roth – immer wieder mit eigenen Vorschlägen in die Offensive. Mit der Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR besaß sie im Gegensatz zu den anderen Parteien frühzeitig eine unbelastete Partnerorganisation.

Die Frage der Zustimmung oder Ablehnung des Vertrags zur Währungsunion stellte die SPD im Sommer 1989 vor eine innere Zerreißprobe. Hauptanliegen der SPD war es, die zu erwartende Arbeitslosigkeit so gering wie möglich zu halten, den Betrieben den Übergang in die Marktwirtschaft zu erleichtern, auf die Einführung bundesdeutscher Sozial- und Umweltstandards in der DDR zu dringen und soziale Verwerfungen und Ungerechtigkeiten, z. B. bei den offenen

Vermögensfragen, zu verhindern. Auch die Offenlegung der Finanzierung der Einheit gehörte zu den vorrangigen Forderungen der SPD. Gegenüber dem Bundeskanzler, der den Ostdeutschen raschen Wohlstand und den Westdeutschen die Verschonung von finanziellen Belastungen versprach, war die SPD damit in einer ungünstigeren Position. Der Rückblick zeigt, dass es ihr dennoch gelungen war, in intensiven Verhandlungen mit der Bundesregierung alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die ihr als Oppositionspartei zur Verfügung standen, um Korrekturen an den Vertragswerken durchzusetzen und die sozialen Folgen der deutschen Einheit abzumildern.

DAS BUCH

Ilse Fischer (Hrsg.), Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90. Mit einer historischen Einführung und Fotos, ca. 390 S., Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

— Neue Ostpolitik als Schrittmacher

Markus Meckel, im Oktober 1989 Mitgründer der Sozialdemokratischen Partei im ostdeutschen Schwante und nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft letzter Außenminister der DDR, diskutierte mit dem Historiker Prof. Dr. Bernd Faulenbach über die neue Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition und deren Bedeutung für die Überwindung der Spaltung Europas. Neben dem unübersehbaren Beitrag von Willy Brandt und Egon Bahr zur Gestaltung einer

europäischen Friedensordnung wurden unterschiedliche Deutungsvarianten und Perspektiven beleuchtet: der KSZE-Prozess und die Auseinandersetzungen über den von Bundeskanzler Helmut Schmidt beförderten NATO-Doppelbeschluss ebenso wie die Entspannungspolitik der Sowjetunion, die Michail Gorbatschow mit seinem Eintreten für Glasnost und Perestroika in den achtziger Jahren durchsetzte.

Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung

Die Erhebung der Menschen im Herbst 1989 gegen das ebenso verhasste wie unfähige SED-Regime könne zurecht als die erste wirklich erfolgreiche Revolution der Deutschen gelten, sagte der Historiker Prof. Bernd Faulenbach zu Beginn des 20. Bautzen-Forums am 7. und 8. Mai, das unter der Überschrift „Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung“ stand. Faulenbach stellte die Friedliche Revolution in die Tradition deutscher Freiheitsbewegungen, wie die 1848er Revolution und die Novemberrevolution von 1918. Nach der Zerschlagung des NS-Staates durch die Alliierten könne man in Westdeutschland von einer geglückten Demokratie sprechen. In Ostdeutschland habe man die nach Moskauer Vorbild installierte kommunistische Diktatur erst nach über 40 Jahren abschütteln können. Auf die besondere Bedeutung der Bautzen-Foren als wissenschaftliche Konferenz, als Treffpunkt für ehemals politisch Verfolgte und als generationenübergreifender Ort des Austausch

sches wies Martin Dulig, Vorsitzender der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag, hin.

Ein Podiumsgespräch fragte nach dem Verhältnis von Bundesrepublik und DDR in Zeiten des Kalten Krieges. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Dr. Klaus Schütz betonte, dass es ihm immer darum gegangen sei, sich einerseits vom diktatorischen Osten abzugrenzen, aber gleichzeitig den Menschen hinter der Mauer zu helfen. Dem entsprach auch die Tätigkeit von Jan Hoesch, der in der Ständigen Vertretung der BRD in Ostberlin den Häftlingsfreikauf mit der DDR abwickelte. Die DDR habe den Freikauf kritischer Menschen zur Devisenbeschaffung betrieben. So hätten von 1964 an bis 1990 insgesamt 33.755 Freikäufe für 3,5 Milliarden DM stattgefunden. Letztlich hätten aber weder der staatliche Menschen-

handel noch die zunehmende Abschiebung von Ausreisewilligen zur Stabilisierung der DDR beigetragen, sondern eher einen Sog erzeugt, dem der Arbeiter- und Bauernstaat letztlich erlegen sei.

Die abschließende Diskussion beschäftigte sich mit der Rolle der Blockparteien im Herrschaftssystem der SED. Der ehemalige DDR-Bürgerrechtler und spätere Bundestagsabgeordnete Konrad Weiß verwies auf die ungenügende Beschäftigung der Ost-CDU mit ihrer Blockpartei Vergangenheit. Der SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Gerlach kritisierte die Doppelmoral der Christdemokraten, die beispielsweise in den Neunzigern mit ihrer „Rote-Socken-Kampagne“ von der eigenen Verantwortung ablenkten. Die konstruktive Aufarbeitung der Rolle der Blockparteien sei durch politische Interessenkonflikte belastet, die bis in die Gegenwart reichten, so der Dresdener Historiker Prof. Klaus Dieter Henke.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Herman Brill (1895 – 1959) ist einer der wichtigsten Thüringer Politiker des 20. Jahrhunderts. Am 22. Juni erinnerte das FES-Landesbüro in Erfurt im Rahmen einer **Gedenkveranstaltung** mit dem SPD-Landesvorsitzenden Christoph Matschie an Brills 50. Todestag. Hermann Brill war in der Weimarer Republik Abgeordneter im Thüringer Landtag und im Reichstag. Seit 1934 war er Mitglied der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“, seit 1938 in Haft, zuletzt in Buchenwald. Hier war er Vorsitzender des Volksfrontkomitees und Verfasser des „Buchenwalder Manifest“. Nach der Befreiung wird er von der amerikanischen Besatzungsmacht zum Ministerpräsidenten in Thüringen ernannt, anschließend von den Sowjets und der Gruppe Ulbricht davongejagt. Er flieht in den Westen, engagiert sich in Hessen und nimmt ganz wesentlichen Einfluss sowohl auf den Entwurf des Grundgesetzes als auch später als Bundestagsabgeordneter auf grundlegende Gesetze der Bundesrepublik. +++

Gespräch über die Situation von Frauen in der DDR

Eine Frauenbewegung gab es nicht

— Welche politische und ökonomische Rolle hatten Frauen in der DDR und wie haben sie die Wende vor 20 Jahren erlebt? Dr. Christine Bergmann trat 1989 der SPD bei, war Bürgermeisterin von Berlin, Senatorin für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen und Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Heute ist sie Mitglied des Vorstands der FES. Die Leiterin des Forums Politik und Gesellschaft, Anne Seyfferth, befragte Christine Bergmann.

AS: Das Forum Politik und Gesellschaft der FES bietet seit zehn Jahren Foren für Debatten zu aktuellen Themen der Gleichstellungspolitik an. Auf unserer Podiumsdiskussion anlässlich des 20. Jahrestags der Quotenregelung in der SPD hast Du gesagt, das Thema Quote gibt es für Dich erst seit der Wende. Auch in der DDR waren Frauen nicht gleichberechtigt in den politischen Führungsgremien vertreten. War Quote für ostdeutsche Frauen kein Thema?

CB: Eine öffentliche frauenpolitische Debatte gab es nicht. Was Gleichberechtigung ist, wurde festgelegt. Die Quoten-Debatte haben wir immer nur als Zuschauerinnen im Westfernsehen erlebt. Politische Führungsämter waren aber ohnehin nur für absolut systemkonforme Menschen, in der Regel SED-Mitglieder oder Mitglieder der Blockparteien, erreichbar. Da ohnehin keine kritische Einflussnahme möglich war, waren solche Ämter auch nicht erstrebenswert, weder für Männer noch für Frauen.

AS: Das Forum Politik und Gesellschaft hat die bisherigen drei Bilanzen der „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ zum Anlass genommen, die weiterhin eklatante Benachteiligung von Frauen in der Privatwirtschaft zu thematisieren. Wie war das in der DDR?

CB: Auch in Ostdeutschland waren die schlecht bezahlten Berufe überwiegend Frauenberufe. So haben die Ostfrauen auch weniger Rente als die Ostmänner. Aber die Unterschiede waren nicht so groß wie in den alten Bundesländern. Und die heutigen

Lohnunterschiede bei den Geschlechtern liegen in Ostdeutschland bei 10 bis 12 Prozent, nicht bei 23 oder 25 Prozent wie im Bundesdurchschnitt. Eine Führungsposition war in der Regel verbunden mit Mitgliedschaft in der SED oder in der Blockpartei und damit war das für einige sowieso erledigt, das traf Männer und Frauen. Vollerwerbstätig und ökonomisch unabhängig zu sein, ist unsere Sozialisation, unser Frauenbild. In der gesamtdeutschen Gesellschaft wurden Frauen plötzlich mit einem anderen Frauenbild konfrontiert, mit dem der „Zuverdienerin“. Um die selbstverständliche Akzeptanz der Erwerbsarbeit von Frauen und Müttern müssen wir nun wieder kämpfen.



AS: Als Bundesfrauenministerin hast Du Dich sehr stark für die Verabschiedung des Gewaltschutzgesetzes engagiert. Wie seid ihr in der DDR mit dem Thema umgegangen?

CB: Das war ein absolutes Tabu-Thema in der Öffentlichkeit. Es passte nicht in die heile sozialistische Gesellschaft. Aber es gab natürlich häusliche Gewalt. Frauen haben keine Hilfe erhalten in dieser Situation. Oft blieben ja auch geschiedene Paare mit Gewaltproblemen noch sehr lange zusammen, weil sie einfach keine Wohnung bekamen. So war das 1990 in Ostberlin eröffnete erste Frauenhaus über Nacht voll.

AS: *Mit unserer Arbeit begleiten wir auch die Debatte um den „neuen Feminismus“. Wie seid ihr in der DDR mit dem Begriff Feminismus umgegangen?*

CB: Eine Frauenbewegung gab es nicht. Es gab einen offiziellen Frauenverband, aber den haben wir als Frauen nicht ernst genommen, denn er war ein verlängerter Arm der Partei. Natürlich haben wir uns Alice Schwarzer im Fernsehen angeguckt und gedacht, dass eine solche Diskussion auch bei uns fällig wäre. Das in der DDR gelebte Gleichberechti-

gungsmodell ist ja nicht wirklich an die Rollenbilder gegangen. An den Männerbildern ist nicht gekratzt worden. Sozialpolitische Maßnahmen waren immer für die Frauen, nicht etwa für die Familien oder für die Männer und Frauen. Hier gab es einen ganz erheblichen Nachholbedarf nach der Wende. Und in der Auseinandersetzung gab es auch viele Spannungen zwischen Ost- und Westfrauen. Heute wissen wir, wie unterschiedlich wir in Ost und West sozialisiert wurden und können damit jetzt lockerer und selbstverständlicher umgehen.

AUF SPURENSUCHE 20 JAHRE NACH DEM MAUERFALL

„Alles Geschichte, alles vorbei ...?“

Wenn man heute die ehemalige deutsch-deutsche Grenze passiert, dann ist davon vielerorts nichts mehr erkennbar. Mensch und Natur haben sich zurückgeholt, was ihnen vom DDR-Regime entrissen worden war. Mit zwei Busexkursionen zur ehemaligen innerdeutschen Grenze im Raum Helmstedt forschte das FES-Landesbüro Brandenburg nach, was von den Zeiten der Teilung zumindest äußerlich übriggeblieben ist und welche Erinnerungen noch vorhanden sind. Zwei der letzten baulichen Zeugnisse der Teilung und des deutsch-deutschen Gegeneinanders sind die „Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“, Relikt der größten DDR-Grenzübergangsstelle an der Autobahn Hannover-Berlin, und das „Grenzdenkmal Hötensleben“, ein von Ostdeutschen vor dem Abriss bewahrter DDR-Grenzstreifen mit Mauer und Wachtürmen bei Helmstedt.

Der Besuch dieser Orte ließ unterschiedliche Erfahrungen deutlich werden: Für Bundesbürger und West-Berliner

wurde die Grenze im Zuge der sozialliberalen Entspannungspolitik ab Anfang der siebziger Jahre zunehmend durchlässiger. Der Transit von und nach West-Berlin wurde zu einer kalkulierbaren Größe. Für die Masse der DDR-Bewohner indes blieb die innerdeutsche Grenze ein unüberwindbares Hindernis. Die meisten mussten bis zum Rentenalter warten, um in den Westen reisen zu können.

Die Schikanen und Drohkulisen des DDR-Grenzregimes bis 1989 wurden auf allen Stationen der Exkursion deutlich: in den Passkontrollbaracken von Marienborn, die damals von der Stasi bemannt waren, und auch auf dem „Grenztruppen-Führungsturm“ mit freiem Schussfeld auf Hötensleben, wo die Häuser teilweise nur einen Steinwurf von den Grenzanlagen entfernt standen. Aber

20 Jahre später saßen Ost und West dann gemeinsam in einem Bus und tauschten Erinnerungen aus: von Einkäufen im DDR-„Intershop“ und den Essen bei „Mitropa“ über Ra-



darfallen der DDR-„Volkspolizei“ bis hin zum monotonen Rhythmus beim Befahren der Betonplatten der alten „Reichsautobahn“. Die Jüngeren unter den Teilnehmern hörten schweigend zu. Auch wenn Marienborn und Hötensleben ihnen nur kleine Einblicke in den DDR-Grenzalltag erlaubt hatten, so waren doch viele von ihnen sichtlich bewegt und nachdenklich.

Spurensuche beim letzten erhaltenen Rest des DDR-Grenzstreifens in der Nähe von Helmstedt

LEBENSWELTEN JUNGER MENSCHEN IN DER DDR

Goodbye DDR

140 Schülerinnen und Schüler aus Berlin, zwölf Zeitzeugen und jede Menge spannende Geschichten aus der Vergangenheit: Das waren die Zutaten der Jugendkonferenz „Goodbye DDR“ des Forum Politik und Gesellschaft am 30. Juni. Deutschland feiert 20 Jahre friedliche Revolution und die meisten Jugendlichen wissen wenig über die DDR. Diese Wissenslücken können nicht in wenigen Stunden geschlossen werden, aber es könnte Interesse geweckt und Lust

gemacht werden, auf Nachforschen, Lesen und Nachfragen. Im Rahmen eines World Cafés wurden vier Themenbereiche ausgewählt, die möglichst nah am Lebens- und Erfahrungsbezug junger Menschen liegen. Zeitzeugen berichteten über Schule und Ausbildung, Musik und Jugendkultur, Revolution und Aufbruch und Repression und Überwachung. Über die starke Kontrolle der Punkszene in der DDR berichtete Michael Boehlke von der Punkband „Planlos“. Matthias Melster

schilderte seinen gescheiterten Fluchtversuch, der im Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen endete. Elke Urban leitet das Schulmuseum in Leipzig und gab einen sehr plastischen Einblick in den DDR-Schulalltag. Pfarrer Dusdal und die Leiterin des FES-Forums Berlin, Dr. Irina Mohr, berichteten aus der Wendezeit, wie sich Opposition organisierte, Zeitungen herausgebracht wurden und wie man nach dem Mauerfall am Aufbau einer neuen Gesellschaft arbeitete.

PRAXISSEMINAR FÜR DEN JOURNALISTENNACHWUCHS

Einheit, wa!?

„Selbermachen!“ lautet die Devise der Angebote für junge Medienmacherinnen und Medienmacher, die bei praxisorientierten Seminaren in der Auseinandersetzung mit politischen Themen medienpolitische Kompetenz und journalistisches Handwerkszeug erwerben können. Gemäß dieses Prinzips haben Nina Bobkova und Sabine Kurz, Teilnehmerinnen des Seminars „Einheit, wa!? Junge MedienmacherInnen erkunden Berlins Straßen und Köpfe 20 Jahre nach der friedlichen Revolution“, den folgenden Seminarbericht verfasst:

„50 Jahre Sandmännchen. Nicht nur das Sandmännchen feiert Geburtstag. Auch der Verkäufer vor dem Berliner DDR-Museum feiert dieses Jahr ein eher trauriges Jubiläum: zehn Jahre Verkauf von Ostalgieprodukten an Touristen.

Seit Monaten schon beschäftigt sich Deutschlands Medienlandschaft aus gegebenem Anlass mit dem großen Thema Wiedervereinigung und Mauerfall. Und immer wieder taucht die Frage auf, die jede/r versucht, zu beantworten, was jedoch niemandem ganz gelingt: Gibt es endlich ein vereintes Deutschland, nicht mehr nur geografisch und politisch, sondern auch mental gesehen? Ist die berühmte und oft zitierte „Einheit in den Köpfen“ schon erreicht?

Wir machten uns auf, diese Fragen aus einem anderen Blickwinkel zu sehen, nämlich mit Be-

achtung des Einflusses der Medien auf die Einheit. Das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Junge Presse Berlin hatten zu einem einwöchigen Seminar geladen, das entlang des Themas „Innere Einheit“ journalistische Grundlagen vermitteln und die Herstellung einer eigenen Zeitung ermöglichen sollte. Viele Gespräche mit Zeitzeugen boten die



seltene Gelegenheit, einen differenzierten, facettenreichen Eindruck der deutschen Geschichte und Gegenwart, fernab von allen Geschichtsbüchern, zu bekommen.

Mit Journalist/innen wie Robert Ide und Claudia Rusch diskutierten wir über die Rolle der Medien im Wiedervereinigungsprozess, und mit u. a. Prof. Dr. Bernd Faulenbach von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und Dr. Wolfgang Thierse, MdB, debattierten wir über einen angemessenen Umgang mit dem Erbe der SED-Diktatur. Wie steht es um den Prozess des Zusammenwachsens, in Deutschland und in der ehemals geteilten Stadt Berlin? Der Präsident des Abgeordnetenhauses Berlin, Walter Momper, erstattete eindrücklich Bericht über den 9.

November, den er als Regierender Bürgermeister direkt an einem Grenzübergang erlebte.

In der diskussionsfreien Zeit drängten sich eigene Recherche und Textarbeit; Leute mussten interviewt, Fotomotive ausgewählt werden. Die Erfahrungen reichten von ungeplanten Verzögerungen von Interviewterminen, angeregten Diskussionen mit Touristen und Bewohner/innen der Stadt bis hin zu augenöffnenden Streitgesprächen wie zum Beispiel mit dem Direktor der Berliner Stadtmission, den wir im direkten Dialog mit dem Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen erleben durften.“

DAS ARBEITSERGEBNIS

<http://library.fes.de/pdf-files/do/06488.pdf>

20 JAHREN INTEGRATIONSPOLITIK IN DEN OSTDEUTSCHEN LÄNDERN

Annäherungen und Besonderheiten

Mit einem historischen Rückblick auf die Ausländerpolitik der DDR und später dann der ostdeutschen Länder leitete Almuth Berger, im Jahr 1990 für sieben Monate Staatssekretärin und Ausländerbeauftragte beim Ministerrat der DDR, eine Fachkonferenz des Gesprächskreises Migration und Integration der FES am 29. Mai in Potsdam ein. Bereits als Pfarrerin war sie in der DDR in der Friedensbewegung und Ausländerarbeit aktiv und gründete 1988 die erste nicht staatliche Begegnungsstätte für In- und Ausländer in Ost-Berlin. Die Vertragsarbeitnehmer aus „befreundeten“ sozialistischen Staaten (Mosambik, Vietnam und Angola) lebten relativ isoliert und unterlagen restriktiven rechtlichen Auflagen. Auch bereits zu DDR-Zeiten gab es fremden- und ausländerfeindliche Haltungen. Almuth Berger war Mitglied der Arbeitsgruppe

Ausländerfragen im Rahmen des zentralen Runden Tisches, die Ende '89/Anfang '90 Leitlinien für eine neue Ausländerpolitik entwickelte. Als Ausländerbeauftragte der DDR führte sie Verhandlungen mit den Herkunftsländern der Vertragsarbeitnehmer über Bedingungen der Rückkehr und des Verbleibs. 1990 übernahm Berger das Amt der Ausländerbeauftragten der Landesregierung Brandenburg, das sie bis 2006 innehatte. In ihre Amtszeit fielen auch die Attacken und Gewaltexzesse gegenüber Asylbewerbern in den 90er Jahren. Aufklärung und das Werben für ein friedliches Zusammenleben gehörten deshalb zu den vordringlichen Aufgaben ihres Amtes.

Aktuelle Zahlen zum Stand der Integration in den ostdeutschen Ländern präsentierte Prof. Dr. Karin Weiss, Nachfolgerin von Almuth Berger in Branden-

burg. 5 % der Bevölkerung in Ostdeutschland haben einen Migrationshintergrund (16 % in Gesamtdeutschland). Bemerkenswert ist der gute Schulerfolg der jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland. Im Vergleich zu Westdeutschland liegen die Anteile der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die weiterführende Schulen besuchen, wesentlich höher. Dennoch sind sie doppelt so häufig arbeitslos wie diejenigen ohne Migrationsgeschichte.

In vielen Bereichen der Integrationspolitik gibt es nach 20 Jahren Vereinigung eine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland. Die praktischen Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten aber, dass es nach wie vor spezifische ostdeutsche Bedingungen und Besonderheiten gibt, die bei der Integrationspolitik beachtet werden müssen.

40 Jahre Archiv der
sozialen Demokratie

Gedächtnis der Arbeiterbewegung

— UNTER DEN ARCHIVEN DER POLITISCHEN STIFTUNGEN in Deutschland ist das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der FES dasjenige mit den ältesten, aber mit über 45 km Aktenmaterial auch dasjenige mit den umfangreichsten Beständen.



Willy Brandt legte 1969 in Bonn den Grundstein für das Archiv der sozialen Demokratie.

Vor allem der in den letzten Jahren hinzugekommene Bereich der Gewerkschaftsarchive komplettiere die Überlieferung der Quellen der Arbeiterbewegung, betonte der Geschäftsführer der FES, Dr. Roland Schmidt, zum Auftakt eines Fachworkshops am 17. Juni in Bonn. Das AdsD beherberge nicht nur die Quellen zur Entwicklung der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, sondern ebenso die zum Verständnis der Geschichte der Gewerkschaften. In seinem Grußwort untermauerte der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Archivarinnen und Archivare (VdA),

Prof. Dr. Robert Kretschmar, das hohe Ansehen, welches das AdsD unter den Berufskollegen aus allen Archivsparten genießt. Dass das AdsD auch die Aufgabe übernommen hat, die Gewerkschaftsarchive zu bewahren, zeigt, dass es nicht nur ein Parteiarchiv, sondern im eigentlichen Sinne das Archiv der deutschen Arbeiterbewegung ist.

40 Jahre AdsD waren auch Anlass für die Leiterinnen und Leiter der Archive der politischen Stiftungen in der Bundesrepublik, während des Workshops über Aufbau und Arbeit ihrer Spezialarchive zu berichten. Dabei wurde deutlich, dass aus den zumeist aus den Parteiarchiven hervorgegangenen Stiftungsarchiven inzwischen Spezialarchive von national wie international anerkanntem Ruf geworden sind.

Seit 1969 hat sich nicht nur die Quellenlage im AdsD wesentlich erweitert, sondern auch die öffentliche Aufmerksamkeit. Die Stiftungsarchive stellen die archivalischen Überlieferungen von Parteien, Verbänden und politischen Mandatsträgern zur Verfügung und sind daher für die historisch-politische Forschung immens wichtig. Die Gemein-

samkeiten in der Aufgabe und Zielsetzung der politischen Stiftungsarchive wurden im Rahmen des Fachworkshops deutlich. Als quellenspezifische Überlieferungsträger für politische Entscheidungsprozesse und Handlungsabläufe der Parteien sind die Stiftungsarchive für die historische und politikwissenschaftliche Forschung unentbehrlich und stellen mit ihren umfangreichen Quellen eine zentrale Überlieferung zur Erforschung und Pflege der demokratischen Kultur dar. In den letzten zehn Jahren haben sich die Dienstleistungen des AdsD für Forschung und Bildungsarbeit weiterentwickelt. Präsentationen im Internet ermöglichen es, Neuerwerbungen sowie Projekte schnell und unkompliziert bekannt zu machen. Der Zugang zu Online-Bestandsübersichten sowie zu einer Archivdatenbank gehört inzwischen zum Standardangebot.

ADSD ONLINE

Auf den Seiten www.fes.de/archiv finden sich aber auch Downloadangebote und umfangreiche Zusatzinformationen zum Archiv und zu historischen Ereignissen u. a. im Historischen Stichwort und im Newsletter des Archivs.

— „Gewerkschaftsforschung“ im Archiv der Sozialen Demokratie

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der in diesem Jahr seinen 60. Geburtstag feiert, gehört zu den ältesten und wichtigsten Bündnispartnern der Friedrich-Ebert-Stiftung, in allen gesellschaftspolitischen Bereichen. Deshalb wurde im August 2008 in der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte eine Projektstelle „Geschichte der Arbeit, Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften“ mit dem Ziel eingerichtet, historische und politikwissenschaftliche Forschungen zu gewerkschaftlichen Themen an universitären und anderen interessierten Forschungs- und Bildungseinrichtungen anzuregen und den Austausch zwischen der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung und den aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zu verbessern. Damit verbunden ist die Schaffung neuer Kommunikationsstrukturen und Informationsplattformen. Unterstützt wird diese Arbeit von der Hans-Böckler-Stiftung, die ihrerseits die Geschichte der Gewerkschaften in ihre Forschungsförderlinie aufgenommen hat.

Der aus dem Projekt entstandene Expertenkreis „Gewerkschaftsforschung“ diskutiert in

diesem Jahr vor allem die zeithistorische Rahmung gewerkschaftlichen Handelns, kooperative Prozesse und die Geschichte der Arbeitsbeziehungen in Deutschland seit 1945. In diesem Zusammenhang findet vom 8. bis zum 9. Oktober eine FES-Fachtagung in Bonn statt: „Arbeitswelten und Arbeitsbeziehungen als Gegenstand historischer Forschung – neue Perspektiven auf die Gewerkschaftsgeschichte“.

Für den DGB die ihm angeschlossenen Gewerkschaften und die Friedrich-Ebert-Stiftung wird mit dem Projekt „Gewerkschaftsforschung“ ein weiterer wichtiger Zugang eröffnet, um gemeinsame Traditionslinien zu pflegen, sozial- und gesellschaftspolitische Begriffe und Inhalte zu präzisieren und neue gemeinsame Ziele zu formulieren.

Zu den Kooperationspartnern und Unterstützern des Projekts gehören nicht nur der DGB, die IG Metall und verd.i, sowie die Hans-Böckler-Stiftung, sondern auch renommierte universitäre Forschungsinstitute.

— Das Archiv der sozialen Demokratie

Das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) ist die zentrale Aufbewahrungsstätte für Quellen aller Art zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. In Form von Fotos, Plakaten, Flugblättern, Ton- und Filmaufnahmen finden sich im AdsD umfangreiche Materialien, die für Veröffentlichungen, Fernsehsendungen und für wissenschaftliche Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. Beim Schriftgut zählen das Sichern, Erhalten, Auswerten und Präsentieren des ungedruckten Erbes von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu den hauptsächlichen Aufgaben. So können über 1.100 Personenbestände, die Akten der SPD-Bundestagsfraktion von 1949 bis 2002 die Akten des SPD-Parteivorstandes und seiner Unter-

gliederungen eingesehen werden. Die Gewerkschaftsakten, die in den letzten zehn Jahren nahezu vollständig übernommen wurden, reichen zurück bis zu denen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) aus dem frühen 20. Jahrhundert.

Zusätzlich werden in dem Themenportal zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung grundlegende historische Informationen und digitalisierte Quellen angeboten. Daneben leistet das AdsD mit Wanderausstellungen und den dazugehörigen Katalogen Beiträge zur historisch-politischen Bildung. Die regionale Einsetzbarkeit macht es möglich, an die betreffende Ausstellung Gesprächsreihen und Dialogveranstaltungen anzudocken, die das jeweilige Thema in einen lokalen Zusammenhang stellen.

www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/bestand.htm



Erschließungsprojekte für Gewerkschaftsaktien

Vor etwa zehn Jahren hat die Arbeitsgruppe Gewerkschaften/Europa/Friedensbewegung des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) Überlegungen angestellt und Projektanträge entwickelt, wie übernommene sehr große Aktenbestände der deutschen Gewerkschaften erschlossen werden können. Schließlich gelang es, die Gewerkschaften davon zu überzeugen, dass die Unterstützung zur zügigen und systematischen Bereitstellung ihrer Dokumente und Argumentationszusammenhänge ihnen selbst von Nutzen ist.

Das „Pilotprojekt“ zu dieser Serie war die Erschließung des historischen IG-Metall-Archivs. Anfang 2004 waren 25.730 Akteneinheiten geordnet und verzeichnet und neben den Datenbankeinträgen 60 Findbücher entstanden.

In einem mehrjährigen Erschließungsprojekt gelang es seit 2004, auch die Altakten der ver.di-Gründungsorganisationen DAG, HBV, IG Medien und ÖTV zu erschließen. Es folgte die Industriegewerkschaft Bau- und Agrar-Umwelt. Dieses Projekt wurde 2008 abgeschlossen. Die jüngsten Vereinbarungen in

dieser Reihe sind die Erschließungsprojekte Gewerkschaft der Polizei und Gewerkschaft Transnet.

In Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung gelang es, zwei Bestände europäischer Gewerkschaftsorganisationen zu ordnen und zu verzeichnen: zunächst das Aktengut des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes und zum zweiten die Archivalien der Vorläuferverbände der Europäischen Föderation der Gewerkschaften des Lebens-, Genussmittel-, Landwirtschafts- und Tourismussektors und verwandter Branchen.

— Das Wikipedia-Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der historische Arbeitsbereich der Friedrich-Ebert-Stiftung verfolgt im Rahmen eines Projekts das Ziel, die Wikipedia-Einträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu überprüfen und gegebenenfalls zu erweitern und zu korrigieren. Zwar braucht die ehrenamtlich aufgebaute Internet-Enzyklopädie qualitative Vergleiche mit herkömmlichen Lexika nicht mehr zu scheuen und erfreut sich deswegen großer Beliebtheit, doch nicht alle Artikel genügen den wünschenswerten Qualitätskriterien. Wikipedia enthält mitunter sachliche Fehler und diskussionswürdige historische Einordnungen. Neben dem Problem der vorsätzlichen Desinformation birgt die Enzyklopädie zudem die Gefahr, dass sich mittelfristig Halbwissen durchsetzt, da auch von Autoren mit ausgeprägten Fachkenntnissen verfasste Artikel immer wieder von der Nutzergemeinschaft verändert werden können. Auf der einen Seite lebt das Internet-Lexikon von dieser Flexibilität, andererseits wird dadurch nicht immer der erreichte Wissensstand abgebildet.

Mehrere Gespräche mit dem Vorstand von Wikimedia Deutschland e. V., dem Trägerverein der Online-Enzyklopädie, sind überaus positiv verlaufen, weitere Kooperationsmöglichkeiten werden ausgelotet. Durch die kontinuierliche Artikelpflege und konstruktive Mitarbeit soll das Vertrauen der Wikipedia-Autoren gewonnen und die Friedrich-Ebert-Stiftung als zwar politische, aber dem Pluralismus und den Regeln der Wissenschaft verpflichtete Organisation bekannt gemacht werden. Kontakt: meik.woyke@fes.de

(Foto: Wikipedia)



Die Digitalisierungsprojekte der Bibliothek der FES

Alles muss wiederfindbar sein

— „DIE DIGITALISIERUNG DER KULTURELLEN ÜBERLIEFERUNG wird nicht mehr als neue Technik, sondern als Normalfall verstanden“, so die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu den zentralen Aufgaben von Bibliotheken, Archiven und Museen.

Der Internetdienstleister Google sucht mit Hilfe großer staatlicher Bibliotheken „die Informationen der Welt zu organisieren und allgemein nutzbar zu machen“. Allerdings: Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Überlieferung bleiben bei diesen Kooperationsprojekten in der Regel unberücksichtigt. Die große kulturelle Überlieferung in der Tradition der Arbeiterbewegung droht damit ins Abseits zu geraten: Was nicht im Netz zu finden ist, das gibt es nicht.

Die Bibliothek der FES hat sich schon deshalb sehr früh die Aufgabe gestellt, zentrale Dokumente der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu digitalisieren und gut aufbereitet und erschlossen ins Internet zu stellen. Dort befinden sich bereits die beiden großen sozialdemokratischen Theoriezeitschriften „Sozialistische Monatshefte“ und „Neue Zeit“, die den Aufstieg der Sozialdemokratie zur großen demokratischen Massenpartei begleiteten. Herzstücke der Überlieferung der sozialdemokratischen Nachkriegspresse im Internet stellen die beiden bedeutenden sozialdemokratischen Pressedienste „Sozialdemokratischer Pressedienst“ (1946 - 1995) und die „Pressemitteilungen der SPD“ (1958 - 1998).

Eine Reihe weiterer spezialisierter Online-Editionen ergänzen die Projektpalette. Sie reicht von den „Sozialistischen Mitteilungen“, dem Mitteilungsblatt des Exilvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPA-DE), bis hin zu den „Monatsberichten über die Entwicklung in Polen“, herausgegeben vom Ost-Bü-

ro der SPD. Wer den Volltext des „Godesberger Programms“ sucht, wird auf einer eigenen programmatischen Internetseite der Bibliothek der FES fündig. uf der gleichen Seite ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung mit all ihren programmatischen Erklärungen seit ihrer Gründung präsent. Weitere gewerkschaftliche Online-Editionen dokumentieren die Nähe der deutschen Sozialdemokratie zur Gewerkschaftsbewegung. Die digitalisierte Theoriezeitschrift „Die Arbeit“ (1924 - 1933) gilt als beste Quelle zur Geschichte der Arbeitsbeziehungen der Zwischenkriegszeit in Deutschland. Mit Hilfe der Hans-Böckler-Stiftung wandelte die Bibliothek der FES die „Gewerk-

schaftlichen Monatshefte“ in maschinenlesbare Texte um. Auch das seit 1961 jährlich erscheinende Archiv für Sozialgeschichte wurde komplett retrodigitalisiert und steht frei

— Bibliothek der Friedrich Ebert-Stiftung

Mit 780.000 Bänden eine der größten sozialwissenschaftlich-historischen Spezialbibliotheken weltweit ist die Bibliothek das „gedruckte Gedächtnis“ der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften; über 50.000 Zeitschriftentitel; Förderung durch die DFG als Sondersammelgebietsbibliothek für Parteien und Gewerkschaften; Vernetzung mit zahlreichen Virtuellen Fachbibliotheken und nationalen und internationalen Datenbanksystemen.

zugänglich im Netz (mit Ausnahme der jeweils aktuellen drei Ausgaben). Das Archiv für Sozialgeschichte wird von der FES herausgegeben und ist eine der großen, international anerkannten geschichtswissenschaftlichen Fachzeitschriften. Es widmet sich der neueren Gesellschaftsgeschichte Deutschlands, Europas und Nordamerikas. Die digitalisierten Quellentexte entfalten ihre Wirksamkeit dadurch, dass sie mit allen nationalen und internationalen Datenbanken, Portalen und Suchmaschinen systematisch verlinkt sind.

MEHR ZUM THEMA

Das Internetportal zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: www.fes.de/hfz/arbeiterbewegung

Digitale Geschichtsquellen auf einen Blick

Der historische Arbeitsbereich der Friedrich-Ebert-Stiftung sichert, erhält, präsentiert und wertet das gedruckte und ungedruckte Erbe von Sozialdemokratie und Gewerkschaften aus. Mit dem vor kurzem frei-



Traditionsfahne der SPD aus dem Jahre 1873 (Foto: AdSD)

geschalteten „Portal zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ steht neuerdings ein weiteres leistungsstarkes Informationsmedium und Rechercheinstrument im Internet zur Verfügung: www.portal-arbeiterbewegung.de/.

Das Internetportal, das kontinuierlich erweitert wird, versammelt Textdokumente, Archivdatenbanken, Online-

Zeitschriften, Bestandsverzeichnisse und Netz-Quellen zur Geschichte und Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung. Kurze, leicht verständliche Texte führen in die verschiedenen „Epochen“ vom Vormärz bis zur deutsch-deutschen Vereinigung 1990 ein. Über die Anfänge der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung sowie das „Sozialistengesetz“ (1878) finden sich ebenso Informationen wie über die Novemberrevolution und das politische Wirken von Repräsentanten der Arbeiterbewegung in Staat, Partei und Verwaltung während der Weimarer Republik. Breiten Raum nehmen zudem die Verfolgungserfahrungen unter der nationalsozialistischen Herrschaft und der Widerstand dagegen ein. Für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg richtet das „Portal zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ den Fokus auf die vier Besatzungszonen, die 1949 gegründeten beiden deutschen Staaten und den Sonderstatus von Berlin.

Es liegen digitale Geschichtsquellen zu mehr als 20 besonders relevanten und interessanten Stichwörtern vor, darunter: Marx und Engels, Gewerkschaften, soziale Reformen, internationale Arbeiterbewegung, Biografisches, Frauenbewegung und sozialistische Gruppen und Parteien. Darüber hinaus werden zentrale Ereignisse, die auch in der Chronologie zu finden sind, wie die Friedliche Revolution 1989/90 historisch eingeordnet, und dazu passende Materialien und Internetlinks bereitgestellt.

Nicht zuletzt bietet das Portal die Möglichkeit, eigenständig Quellen und Links zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einzustellen. Hierfür ist eine Anmeldung erforderlich.

E-MAIL-ADRESSE

Die E-Mail-Adresse der Redaktion lautet: Portal.Arbeiterbewegung@fes.de.

— Informationen gegen das Vergessen – DDR-Geschichte in der „FES-Netz-Quelle: Geschichte und Politik“

20 Jahre nach dem Mauerfall und der Vereinigung beider deutscher Staaten werden zwei besorgniserregende Entwicklungen deutlich:

- die Kenntnisse über Staat, Gesellschaft, politische Verfolgung und Unterdrückung in der ehemaligen DDR sind gering und nehmen eher ab;
- es entwickelt sich, besonders in Ostdeutschland, eine Wahrnehmung nach dem Motto: Es war ja nicht alles schlecht!

Es tritt zunehmend in den Hintergrund, in welchem Ausmaß vor allem die SED Staat, Wirtschaft und Gesellschaft lenkte und kontrollierte. Zu Recht fordert deshalb der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Minister Wolfgang Tiefensee, im Juni 2009, dass die Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht nachlassen dürfe. Insbesondere die Schulen sollten sich stärker mit Alltag und Entwicklung der DDR sowie mit der Friedlichen Revolution 1989/90 beschäftigen.

Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit der „FES-Netz-Quelle: Geschichte und Politik“ seit dem Jahr 2000 ein Instrument geschaffen, themenorientiert eine Auswahl von Publikationen und Dokumenten im Internet anzubieten. Mit der „FES-Netz-Quelle: Geschichte und Politik“ werden besonders Lehrer, Schüler und Studenten sowie die Erwachsenenbildung angesprochen – auch zum Thema „DDR-Geschichte“: <http://library.fes.de/library/netzquelle/ddr/index.html>

Von einleitenden Texten über „Regime und Opfer“, „Politischer Widerstand“, „SPD in der DDR“ (ab 1989) bis zu „Deutschlandpolitik“ steht ein breites Informationsangebot zur Verfügung.

Ausgehend von den Beständen der Bibliothek einerseits und den thematischen Anforderungen der Unterrichtsrichtlinien für die Fächer Geschichte und Politik sowie den Anforderungen der gesellschaftspolitischen Erwachsenenbildung andererseits werden zeit- und sozialgeschichtliche wie auch gesellschaftspolitische Publikationen angeboten und begleitend kommentiert. Die digitalisierten Publikationen werden ergänzt durch themenbezogene Veranstaltungskalender und -hinweise sowie durch Listen mit Fachliteratur und Links, die zu weiteren Recherchen im OPAC (Online-Katalog) der Friedrich-Ebert-Stiftung wie auch in anderen Informationsquellen im Internet anregen sollen.

40 JAHRE BIBLIOTHEK DER FES

Die Welt der Ortsvereine

Seit ihrer Gründung im Jahr 1969 sammelt die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung neben klassischen Verlagsveröffentlichungen der Sozial- und Zeitgeschichte schwerpunktmäßig die Veröffentlichungen der deutschen Sozialdemokratie.

Dabei werden nicht nur die Publikationen des Parteivorstandes und der Landesverbände gesammelt, im Gegensatz zu anderen Bibliotheken werden hier auch die vielfältigen Zeitungen, Festschriften, Broschüren, Wahlprogramme etc. einer großen Zahl regionaler und lo-

kaler SPD-Untergliederungen (Ortsvereine, Ortsverbände, Ortsbezirke, Stadtverbände, Stadtbezirke, Ratsfraktionen etc.) aktiv beschafft und anschließend in überregionalen und nationalen bibliothekarischen Datenbanken nachgewiesen.

Einen besonderen Zuwachs erhielt dieser Bestand im Jahr 1997 durch die Übernahme der „Zeitgeschichtlichen Sammlung“ sowie 2000 der „Sammlung Ortsvereinszeitschriften“ aus dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Aufgrund ihrer hervorragenden Arbeit und Bestände auf diesem Gebiet hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft der Bibliothek der FES kürzlich den Status einer Sonder-Sammelgebietsbibliothek zuerkannt für die Sammlung in- und ausländischer (westeuropäischer) Partei- und Gewerkschaftsliteratur.

Heute sind ca. 12.000 SPD-Ortsvereine mit ihren Veröffentlichungen im Katalog nachgewiesen, insgesamt ca. 7.000 Zeitungen und 4.000 Einzelveröffentlichungen mit Erscheinungsjahren ab 1949.

Inzwischen wurde ein neuer Spezialkatalog ins Netz gestellt, um einen besseren Zugang zu diesen seltenen, historisch wertvollen und für die Lokalgeschichte interessanten Veröffentlichungen zu ermöglichen.

MEHR ZUM THEMA

http://library.fes.de/inhalt/ueberuns/info_spdort.htm

Am 16. Juni 2009 wurde Professor Dr. Michael Schneider als Leiter des Historischen Forschungszentrums mit einer Festveranstaltung verabschiedet. Der renommierte Historiker Professor Dr. Richard J. Evans, Cambridge, beleuchtete in einem

Vortrag eines der Hauptforschungsgebiete des Jubilars, das Verhältnis von „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“ während der nationalsozialistischen Herrschaft.



Szenarien in Genf
vorgestellt

Die Zukunft des Weltwirtschaftssystems

— WIE KÖNNTE DIE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG IM JAHRE 2020 AUSSEHEN und welche Entwicklungen könnten dazu führen? Was sind die „treibenden Kräfte“ und möglichen Überraschungsfaktoren, die diese Entwicklungen beeinflussen?



Wird die aktuelle Wirtschaftskrise dazu führen, dass eine grundlegende Reform der Weltwirtschaftsarchitektur stattfinden kann? (Foto: Günter Menzel - Fotolia.com)

Dies waren die Ausgangsfragen für ein Szenario-Projekt des FES-Büros Genf, dessen Ergebnisse am 18. Mai vorgestellt wurden und die aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ungeahnte Aktualität erhielten. Als das 25-köpfige Szenario-Team aus 17 Ländern im April 2008 seine Arbeit aufnahm, stand man erst am Beginn der Krise, doch wurden schon damals die Stimmen immer lauter, die eine grundlegende Reform der Weltwirtschaftsarchitektur und der sie tragenden internationalen Organisationen forderten.

Die Szenarien stellen weder Vorhersagen noch konkrete Handlungsanleitungen dar. Vielmehr geht es bei der Szenario-Methode darum, unterschiedliche, plausible Bilder der Zukunft zu entwerfen. Un-

ter diesen Prämissen hat das Genfer Team vier Szenarien herausgearbeitet, die mit plakativen Titeln und Graphiken (in diesem Falle aus dem Tierreich) versehen wurden.

- Szenario 1 unter der Bezeichnung „Verrotteter Nationalpark“

beschreibt eine Welt, in der trotz der schwersten Krise seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts „business as usual“ betrieben wird, mit der Folge, dass die drängenden Probleme der Weltwirtschaft, aber etwa auch die Auswirkungen des Klimawandels, nur unzureichend in Angriff genommen werden. Die internationalen Wirtschaftsorganisationen (Welthandelsorganisation – WTO, Internationaler Währungsfonds – IWF, Weltbank), wie wir sie heute kennen, existieren zwar im Jahre 2020 noch, werden aber an Bedeutung verlieren.

- Szenario 2 ist „Marsch der Elefanten“ betitelt und beschreibt eine Welt der regionalen Blöcke, in der die internationalen Wirtschaftsor-

ganisationen völlig irrelevant geworden sind. Handelsfragen werden zwischen den großen Blöcken geregelt, die Rolle von IWF und Weltbank ist weitgehend auf regionale Banken übergegangen. Auch die UNO gibt es noch, doch werden die wichtigsten globalen Probleme in einem „Weltrat der Regionen“ behandelt, wobei es durchaus auch zu Konflikten zwischen einzelnen Blöcken kommen kann.

- Szenario 3 unter dem Titel „Gesetz des Dschungels“ sieht die Welt im Jahre 2020 auf dem Weg in den Abgrund. Aufgrund der sich lange hinziehenden Wirtschaftskrise kommt es zu Protektionismus, populistischen Bewegungen und teilweise aggressiver Außenpolitik ähnlich wie in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Kriege um Ressourcen und das Streben nach Einflusszonen kennzeichnen die Lage. Die internationalen Wirtschaftsorganisationen existieren nicht mehr, die UNO hat ihre Bedeutung verloren; stattdessen wird die Welt von wechselnden Koalitionen beherrscht, die aber ihre drängenden Probleme nicht zu lösen vermögen.

- Szenario 4 zeichnet als „Harmonisches Naturreservat“ eine

Welt des „wahren Multilateralismus“, in der aufgrund der sich verschärfenden Krisensituation sich die Führer der Welt dazu aufgefordert haben, ein neues und wirkungsvolles internationales System zu schaffen. An die Stelle der UNO sind eine „Global Governance Assembly“ und ein „Global Council“ mit weitreichenden Vollmachten

getreten. Ebenso sind die internationalen Wirtschaftsorganisationen durch effizientere Institutionen ersetzt worden. Die Weltprobleme, wie Klimawandel und Ressourcenknappheit, werden wirkungsvoll in Angriff genommen.

Die Präsentation der Szenarien fand im Rahmen eines Symposiums der UN-Konferenz

für Handel und Entwicklung (UNCTAD) statt, das von deren Generalsekretär, Supachai Panitchpakdi, und dem Generaldirektor der Weltarbeitsorganisation (ILO), Juan Somavia, eröffnet wurde.

DIE STUDIE

www.fes-globalization.org/geneva/publications.htm

— Regelwerke gegen die Krise

Das multilaterale Handelssystem und damit die Welthandelsorganisation (WTO) stehen vor immensen Herausforderungen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise haben den Druck deutlich erhöht und viele Länder haben protektionistische Maßnahmen ergriffen, um ihre heimische Wirtschaft zu schützen bzw. wieder zu beleben. Vor diesem Hintergrund haben die FES-Büros Genf und Kairo in Kooperation mit der WTO Mitte Mai mehr als 50 Vertreter von NGOs, Gewerkschaften und aus der Wissenschaft sowie Wirtschafts- und Regierungsrepräsentanten aus Ägypten, Jordanien, Kuwait, Marokko, Qatar,

Tunesien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Algerien, Libanon und Jemen zur Diskussion mit Vertretern des WTO-Sekretariats in die ägyptische Hauptstadt eingeladen. Viele Teilnehmer des Seminars betonten, dass die Existenz eines globalen Regelwerkes mit funktionierenden Umsetzungs- und Sanktionsmechanismen, wie die WTO sie bietet, dramatischere Auswirkungen der Krise auf den internationalen Handel bisher verhindern konnte. Ein vergleichbares multilaterales Regelwerk sei im internationalen Währungs- und Finanzbereich ebenfalls dringend nötig.

VERANSTALTUNG ÜBER DAS INTERNATIONALE WÄHRUNGS- UND FINANZSYSTEM

Ist eine Reform möglich?

Die Finanzkrise eröffnet Möglichkeiten für ökonomische Strategien, die zu einer faireren Entwicklung und ausgeglichenerem Wachstum führen könnten. Die Arbeit der UN-Expertengruppe zu Reformen des internationalen Währungs- und Finanzsystems, deren Vorsitz Nobelpreisträger Professor Joseph Stiglitz innehat, könnte entscheidende Anstöße für institutionelle Reformen geben, die auch politisch konsensfähig sind. In einer gemeinsamen Veranstaltung der FES-Brüssel und EURODAD (European Net-

work on Debt & Development) wurden die Vorschläge mit einem Brüsseler Fachpublikum diskutiert. Drei Mitglieder der Stiglitz-Kommission, die die zentralen Vorschläge des Gremiums vorstellten, waren eingeladen: Yaga Venugopal Reddy, ehemaliger Gouverneur der Landeszentralbank Indiens und Yu Yongding, Direktor des Institute of World Economics and Politics (China) sowie François Houtart, Sonderbeauftragter des Vorsitzenden der UN-Vollversammlung. Empfohlen werden kurzfristige Maßnahmen

(1% der Konjunkturprogramme der Industrieländer zur Unterstützung der Entwicklungsländer) sowie langfristige Maßnahmen, wie die Reform der Bretton-Woods-Institutionen und die Einrichtung eines neuen globalen Reservesystems, unabhängig vom Dollar, um so ein globales finanzielles Gleichgewicht herzustellen.

Fazit der Diskussionsrunde: Die Vorschläge der Stiglitz-Kommission sind ehrgeizig und es ist nicht sicher, ob der politische Wille für deren Umsetzung tatsächlich vorhanden ist.

DEBATTE ÜBER NEUES KLIMAABKOMMEN

Klimawandel und Menschenrechte

Mit wachsender Sorge verfolgen das in Genf ansässige UNO-Menschenrechtssystem, aber auch die Menschenrechtsorganisationen aus dem Nichtregierungs-bereich die Bedrohungen, die von der globalen Erwärmung für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte großer Teile der Weltbevölkerung ausgehen. Wie werden

weltkatastrophen, aber auch schleichenden und dauerhaften Umweltveränderungen das Recht der Menschen auf Nahrung und Wasser sowie auf einen angemessenen Wohnraum schützen können? In welcher Weise wird den Menschenrechtsverletzungen, die in vielen Ländern bereits Realität sind, in den Klimaverhandlungen Rechnung getragen und wie werden die Lasten zwischen den Verursachern und den Leidtragenden verteilt?

Am 2. Juni organisierte die FES gemeinsam mit ihrer Partnerorganisation CIEL (Center for International Environmental Law) eine Debatte im Umweltsekretariat in Bonn, die den Dialog zwischen der Umweltbewegung, den Menschenrechtsorganisationen und den Klimaverhandlern zu stärken suchte.

Staaten, insbesondere in den Entwicklungsländern, bei Um-

In der Podiumsdiskussion erklärten die fünf internationalen

Experten, dass ein neues Klimaabkommen nur dann nachhaltig sein kann, wenn Menschenrechtsstandards von vornherein eingebaut werden. Die überwiegende Mehrheit der Vertragsstaaten des UN-Klimarahmenabkommens ist auch gleichzeitig Mitglied der wichtigsten Menschenrechtsabkommen und hat damit die Verpflichtungen akzeptiert, die Menschenrechte von Individuen zu achten, unabhängig davon, ob es sich dabei um die eigenen oder um Bürger fremder Staaten handelt.

Ein Workshop im Rahmen der Jahresveranstaltung des „Global Humanitarian Forum“ unter der Leitung Kofi Annans behandelte Fragen der Verantwortlichkeit und der Haftung von Staaten und Unternehmen gegenüber möglichen Schadenersatzansprüchen für durch Klimawandel verursachte Menschenrechtsverletzungen.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++

+++ Die WTO habe aktiv auf die Finanzkrise reagiert und ein Überwachungssystem etabliert, das protektionistische Tendenzen in WTO-Mitgliedern offenlegt, so der Pressesprecher der WTO, Keith Rockwell, im Rahmen eines **Informationsseminars**, welches das Genfer Büro der FES für Journalisten aus elf französischsprachigen Entwicklungsländern vom 29. Juni bis 3. Juli durchführte. Der Botschafter der Elfenbeinküste, Guy Alain Emmanuel Gauze, wies auf die Probleme kleiner Entwicklungsländer hin: „Es ist unmöglich, bei allen wichtigen Verhandlungen, die in den internationalen Organisationen in Genf stattfinden, präsent zu sein. Es müssen klare Prioritäten gesetzt werden, wozu die WTO zweifellos zählt.“ +++

+++ Ingrid Matthäus-Maier hatte bei einem Empfang anlässlich der **Good Jobs – Green Jobs Konferenz** in Washington, DC die Gelegenheit, hochrangige Repräsentanten der US-Politik zu treffen. Zu den Gesprächspartnern der früheren Vorstandschefin der KfW und Vorsitzenden des FES-Kuratoriums gehörten die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, und James P. Hoffa, Präsident der US-Transportgewerkschaft Teamsters. +++



Vision einer atomwaffenfreien Welt

Einigkeit herrschte zwischen den Podiumsgästen der FES-Reihe Sicherheitspolitisches Forum NRW in der Einschätzung, dass durch die Initiative des US-Präsidenten Barack Obama im Jahr 2009 ein „window of opportunity“ in Sachen Abrüstung und Rüstungskontrolle aufgestoßen wurde.

Die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen machte Rolf Mützenich, MdB, in der Veranstaltung am 28. April in Bonn deutlich. Eindringlich plädierte er dafür, die Chance zu nutzen, Rüstungskontrolle und Abrüstung international vertraglich fortzuschreiben und abzusichern und unterstützte zudem die Forderung des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier nach einem Abzug ameri-

kanischer Nuklearwaffen von deutschem Boden.

Peter Gottwald, Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, konstatierte, dass die Vision einer kernwaffenfreien Welt nur in einem Dreiklang erreicht werden könne: vollständige Abrüstung der Nuklearwaffenstaaten, Verzicht der Nichtbesitzerstaaten auf den Aufbau eines Nuklearwaffenarsenals, kontrollierter Zugang zur zivilen Nutzung der Kerntechnologie.

Werner Heidemann, Referatsleiter „Rüstungskontrolle, Abrüstung, Nichtverbreitung, VN und OSZE“ im Bundesministerium der Verteidigung, betonte die zwischen Staaten vereinbarte Kontrolle von Streitkräften und deren Bewaff-

nung durch stichprobenartige Überprüfung als erfolgreiches Element der Rüstungskontrolle. Deutschland sei vor allem operativ gut aufgestellt und anerkannt bei Aufgaben der Rüstungskontrolle im konventionellen Bereich. Eher kritisch beleuchtete Marc von Boemcken, Bonn International Center for Conversion, die weltweiten Bekenntnisse zu Abrüstungsvorhaben. Werde Abrüstung als Reduzierung der Ressourcen, die in den Militärapparat investiert werden, verstanden, so sei seit Mitte der 1990er Jahre ein erneuter Aufrüstungstrend zu beobachten. Er resümierte, dass weltweit kein Trend zu einer echten Abrüstung, wohl aber zu einer Umrüstung zu verzeichnen sei.

— Internationales Haus der FES in Berlin eröffnet

Nach nur 18 Monaten Bauzeit fand am 24. Juni die offizielle Eröffnung eines weiteren Tagungs- und Verwaltungsgebäudes in Berlin-Tiergarten statt. An der Festveranstaltung nahmen Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer als Gastredner teil. In dem Haus in der Hiroshimastraße 28, das die zum Teil aus Bonn übersiedelten internationalen Arbeitsbereiche der FES beherbergt, stehen auf rund 8500 m² Bruttogeschossfläche Konferenz- und Seminarkapazitäten mit modernster Technik für bis zu 1000 zusätzliche Veranstaltungen pro Jahr zur Verfügung. Das Gebäude verfügt zudem über etwa 100 Büroräume unterschiedlicher Größe. Dieser, von dem Berliner Architekten Professor Bernd Albers entworfene, Neubau sowie das bereits seit 1999 bestehende FES-Tagungszentrum in der Hiroshimastraße 17,

stellen gemeinsam einen einzigartigen Rahmen für eine Vielzahl von Angeboten der politischen Bildung und des internationalen Dialogs dar.

Kunst am Bau: Bei der Eröffnung des neuen Hauses wurden im Eingangsbereich auch sieben Säulen enthüllt, die die internationale Arbeit der FES symbolisieren.



Konferenz über den Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl

Baustein der Festung Europa?

— DER FRANZÖSISCHE STAATSPRÄSIDENT NICOLAS SARKOZY hatte eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik der EU zu einer zentralen Aufgabe der französischen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2008 erklärt.

Mit der Verabschiedung der Rückführungsrichtlinie für „illegale Migranten“ durch das europäische Parlament und der Annahme des Europäischen Paktes zu Einwanderung und Asyl durch den Europäischen Rat im Oktober 2008 scheint dieses Ziel erreicht. Das Ergebnis ist jedoch höchst umstritten. Vor allem Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Parteien des linken Spektrums lehnen den Pakt als menschenrechtswidrig ab. Diesen Streitpunkten gingen im Rahmen einer Podiumsdiskussion der FES Experten der nationalen und europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik nach. Prof. Dr. Mehdi Lahlou, ein Vertreter der marokkanischen Zivilgesellschaft und Berater verschiedener marokkanischer

Ministerien sowie europäischer und internationaler Institutionen, bezichtigte die westlichen Industrieländer, durch gezielte Fehlinformationen, etwa falsche Statistiken seitens der Weltbank, Afrika beim Kampf

gegen illegale Einwanderung unverhältnismäßig unter Druck zu setzen. Mit dem „Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl“ näherte sich die EU dem zwischenzeitlich als unrealistisch verworfenen Konzept der Nullmigration wieder an. Sicherheitspolitische Ausgaben seitens der EU, die darauf abzielten, Einwanderung aus Afrika stark zu reglementieren, stünden in keinem Verhältnis zu dringend benötigten wirtschaftlichen Unterstützungszahlungen sowie sozialen Initiativen.

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Lale Akgün, unter anderem stellvertretende Vorsitzende der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung sowie stellvertretende migrations- und europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion,

stimmte Prof. Lahlous Kritik an Europas Haltung in vielerlei Hinsicht zu. Jahrzehntlang habe die EU ihre selektive Einwanderungspolitik forciert. Ein Strategiewechsel, der Migrationspolitik mit Entwicklungspolitik verzahne, sei deshalb dringend notwendig. Der in der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland tätige Politikwissenschaftler Gerald Roskogler bewertete den Vorwurf der selektiven Einwanderung anders. Aufgrund der europäischen Demographie müsse seitens der EU eine aktive und gezielte Einwanderungspolitik betrieben werden. Dem Phänomen des Brain-Drains könne man mit der Institutionalisierung befristeter, zirkulierender Migration begegnen. Somit könnten die Entsendungsländer von der Expertise ihrer Elite mit Zeitverzögerung profitieren. Grundsätzlich müsse Migration als Bereicherung und nicht als Bedrohung verstanden werden.

Michael Kleinhans vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge merkte an, dass Migration generell reduziert werden müsse, da die große Zahl von Migranten die verfügbare Arbeit bei weitem übersteige und dadurch die Ausbeutung illegaler Einwanderer begünstigt würde.

— Arbeitskreis Europa der FES: Für einen Kurswechsel

Das Mandat der derzeitigen Europäischen Kommission läuft im Herbst dieses Jahres aus. Die Barroso-Kommission hat die EU überwiegend verwaltet, anstatt Reformmotor zu sein. Die neue EU-Kommission wird sich daran messen lassen müssen, ob sie über das derzeit geforderte Krisenmanagement hinaus einen langfristigen Paradigmenwechsel hin zu einer sozialen, nachhaltig wirtschaftenden und global handelnden EU einleitet. Der Arbeitskreis Europa der FES hat die bevorstehende Neubesetzung zum Anlass genommen, einen Forderungskatalog zu zentralen Themen europäischer Politik herauszugeben. Behandelt werden neun Themen, die in der Laufzeit der neuen Kommission auf der europäischen Agenda stehen sollten: die soziale und wirtschaftliche Dimension Europas, Steuern, Finanzmärkte, Daseinsvorsorge, Energie und Klima, Bürgerrechte und Sicherheit, Migration und Integration,

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik. Die Autorinnen und Autoren haben zu jedem Thema eine kurze Problemanalyse erstellt, geben einen Überblick über bisher ergriffene Maßnahmen und entwerfen auf dieser Grundlage konkrete Forderungen an die neue Kommission.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Berliner Arbeitskreises, der seit 2005 besteht, kommen aus wissenschaftlichen Instituten, Verbänden, Ländervertretungen, Bundesministerien und dem Deutschen Bundestag. Der Arbeitskreis verfügt somit über fundierte Expertise zu vielfältigen Themen europäischer Politik, führt aber aufgrund der unterschiedlichen Schwerpunkte seiner Mitglieder keine „Insiderdebatten“.

DIE PUBLIKATION

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06371.pdf> (auch in englischer und französischer Übersetzung)

SEMINAR DER FES-BRÜSSEL

Wie sozial kann Europa sein?

Mit dem Verweis auf die Erfordernisse der Globalisierung wird von den Menschen in Europa schon seit längerem immer mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und in der allgemeinen Lebensgestaltung erwartet. Diese Entwicklung geht mit einer immer ungleicheren Vermögens-, Einkommens- und Chancenverteilung in der Gesellschaft einher und führt für Teile der Bevölkerung zunehmend zu prekären Lebensverhältnissen. Durch die EU-Binnenmarktliberalisierung erfahren die Märkte zwar eine größtmögliche Freiheit, andererseits wird zuneh-

mend versucht, Wettbewerbsvorteile durch die Absenkung von Lohn-, Umwelt- und Sozialstandards zu erzielen. Die Europäische Union ist gefordert, hier gegenzusteuern, Sozial- und Lohndumping zu verhindern sowie einen faireren Wettbewerb zu gewährleisten und sich nicht nur auf Minimalstandards zu verständigen.

Einige Instrumente zur Stärkung der sozialen Dimension sind allerdings schon vorhanden: Zum einen wirkt die EU regulativ im Bereich der Sozialpolitik über verbindliche Gesetzgebung, aber auch über

die europäischen Struktur- und Kohäsions-

fonds, die z. B. die Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern finanzieren. Ferner existieren Instrumente freiwilliger europäischer Zusammenarbeit ohne endgültige rechtliche Bindung. Wie die sozialen Gestaltungsmöglichkeiten der EU weiter ausgebaut und genutzt werden können, wollte ein Seminar der FES in Brüssel vom 27. bis 29. April ergründen.

Als bemerkenswert beurteilten die 15 Multiplikatoren aus Kommunalpolitik, Betriebsräten, sozialen Einrichtungen und Arbeitsvermittlungen, dass der Handlungsspielraum von den unterschiedlichen EU-Institutionen so gegensätzlich eingeschätzt wurde und dass die Abstimmung zwischen ihnen teilweise mangelhaft sei.

EXPERTENRUNDE IN LONDON

Lehren aus der Wahlschlappe

Angesichts des schlechten Abschneidens der sozialdemokratischen Parteien bei den Europawahlen 2009 organisierte das FES-Büro in London, gemeinsam mit dem britischen Abgeordneten und ehemaligen Europaminister Denis MacShane, am 30. Juni eine Expertenrunde im House of Commons, um Lehren aus dieser Wahlschlappe zu ziehen.

Der ehemalige britische Europaabgeordnete Richard Corbett schilderte zwei mögliche Analysen. Die erste Schlussfolgerung führt das schwache Ergebnis der Mitte-Links-Par-

teien auf nationale politische Probleme zurück. Die zweite Beurteilung der Wahlergebnisse ist beunruhigender - als Zeichen für den Fall der Popularität der Sozialdemokratie insgesamt. Professor Andrew Gamble von der Universität Cambridge konstatierte, dass die Mitte-Links-Parteien es nicht geschafft haben, die Wähler zu überzeugen. Und das, obwohl der Neoliberalismus angesichts der Weltwirtschaftskrise in Verruf geraten ist. Nach Meinung Denis MacShanes ist ein Grund für die Krise der Sozialdemokratie

der Mangel an überzeugenden Führungskräften sowie der Mangel an Visionen für Europa. Profitieren vom schlechten Abschneiden der Labour Party konnten die europaskeptischen Parteien wie UKIP und die rassistische British National Party. Angesichts dieses Wahlergebnisses wagte der ehemalige britische Europaabgeordnete Gary Titley die Prognose, dass dies die letzte Europawahl in Großbritannien war, da 2014 das Land nicht mehr zur EU gehören wird.

DEUTSCHE UND BRITISCHE INTEGRATIONSKONZEPTE IM VERGLEICH

Nicht nur Zustimmung

Die Integration muslimischer Zuwanderer ist eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre sowohl für Deutschland als auch Großbritannien. Im Mai dieses Jahres lud daher das FES-Büro in London zusammen mit der deutschen Botschaft und der School of Oriental and African Studies (SOAS) Politiker, Islamwissenschaftler und Vertreter der deutschen und britischen Muslimverbände zu einer Konferenz nach London ein, um die Erfahrungen in Deutschland und Großbritannien zu vergleichen. Von deutscher Seite wurde von dem Vertreter des Bundesinnenministeriums, Gabriel Goltz, die Arbeit der Deutschen Islamkonferenz vorgestellt, die zum

Ziel hat, das Verhältnis zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen und sie besser zu integrieren.

Die britische Regierung konzentriert sich auf ein Programm, das Prävention als Bekämpfung des Extremismus in den Mittelpunkt stellt. Der Abteilungsleiter im britischen Ministerium für Gemeinschaften und Lokalverwaltung, David Rossington, schilderte die wesentlichen Maßnahmen und Ziele des PREVENT-Programms. Dazu gehört, gezielt radikalisierte Jugendliche zu identifizieren, sie vom Islamismus

abzubringen und die Gegner der Islamisten zu stärken. Die deutschen und britischen Regierungsansätze fanden nicht nur Zustimmung. So kritisierte zum Beispiel der ehemalige Hamburger Europaabgeordnete Vural Öger die Konzentration der Islamkonferenz auf muslimische Verbände. Auch der einseitige Fokus der britischen Regierung auf sicherheitsorientierte Politik missfiel einigen Teilnehmern.

+++ FES+++ KURZ GEFASST +++

+++ Zur **Rolle der Gewerkschaften in der EU** wurden im FES-Europabüro in Brüssel Spitzenvertreter der Gewerkschaftsjugend aus Ungarn und der Türkei geschult. Im Zentrum stand dabei der Europäische Soziale Dialog als eine privilegierte Form für Gewerkschaften, Gesetzgebung und Vereinbarungen im wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereich auf europäischer Ebene voranzubringen. +++

Europäische Öffentlichkeit schaffen

Die europäische Öffentlichkeit leidet darunter, dass vielfach entschiedene Europa-Befürworter auf konsequente Europa-Gegner treffen. Was fehlt, ist eine wohlwollende, aber „konstruktive Opposition“. Die EU hat sich zu einem Eliteprojekt entwickelt und bislang keinen bürgernahen Politikmodus etablieren können. „Contribution of an ‘European Public Sphere’ to European Integration“ lautete daher der Anspruch einer Fachtagung, die das Referat Mittel- und Osteuropa in Kooperation mit der Zeitschrift Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte am 2. und 3. Juni in Berlin veranstaltete. Vertreter sozialdemokratischer Magazine aus Ost- und Westeuropa diskutierten darüber, welchen

Beitrag Zeitschriften für Politik und Kultur zur Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit leisten können.

Die osteuropäischen Mitgliedsländer der EU sind in diesem Prozess doppelt herausgefordert. Einigen fällt es schwer, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlangte Souveränität wieder an die europäischen Institutionen abgeben zu müssen. Zudem fehlt in Europa das einende „Projekt“, wie es anfänglich die Friedenssicherung war, später die wirtschaftliche Integration. Die soziale Integration könnte diese Lücke füllen, müsste aber entsprechend vermittelt werden. Zum Ende der Tagung vereinbarten die Teilnehmer eine nachhaltige Kooperation der Zeitschriften



Vertreter sozialdemokratischer Magazine aus Ost- und Westeuropa kamen zur Strategiediskussion in Berlin zusammen.

zur Stärkung der europäischen Öffentlichkeit: Die Internetseiten der teilnehmenden Magazine werden verlinkt, monatlich wird es einen Austausch über die jeweiligen Debatten geben und einzelne englischsprachige Texte sollen zum Abdruck in den anderen Zeitschriften zur Verfügung gestellt werden.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST

+++ „**Mehr Demokratie in Europa wagen**“ ist der Titel eines von der Europaabgeordneten Prof. Dr. hc. Christa Randzio-Plath herausgegebenen Buches, das am 23. Juni im Brüsseler Büro der FES vorgestellt wurde. Beiträge von Jo Leinen, Martin Schulz, Angelica Schwall-Düren, Michael Sommer und Frank-Walter Steinmeier zeigen auf, wie viel Demokratie auf europäischer Ebene erreicht werden kann. Kopräsentator Jo Leinen wies darauf hin, dass das Europäische Parlament momentan lediglich über eine Kontroll- und Aufsichtsfunktion verfügt. Nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags werde es aber mit dem Europarat gleichberechtigter Gesetzgeber sein. Mit der Ratifizierung würde somit der Schritt vom Europa der Staaten zum Europa der Bürger gelingen. +++

+++ Der europäische Wohnungsmarkt steht sowohl aus sozialer als auch aus klimapoli-

tischer Sicht vor großen Herausforderungen. Die meisten Gebäude tragen aufgrund ihres schlechten energetischen Zustands einen beträchtlichen Anteil zu den gesamten CO₂-Emissionen bei. Da in vielen europäischen Mitgliedsstaaten staatliche Förderprogramme fehlen oder nicht ausreichen, bietet die EU im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) seit 2007 für neue Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, **Programme zur energieeffizienten Sanierung von Wohnraum** zu finanzieren. Zwei Wochen, nachdem das Europäische Parlament einer neuen Regulierung zugestimmt hatte, die energetische Gebäudesanierung für Haushalte mit niedrigem Einkommen aus den Mitteln des EFRE auch in alten Mitgliedsstaaten anrechnungsfähig macht, veranstaltete die FES-Brüssel gemeinsam mit dem Internationalen Mieterbund ein Expertenseminar zu diesem Thema. +++

IG-Metall-Vorsitzender
Huber in Russland

Arbeitnehmerrechte grenzüberschreitend

— ZWEI STUNDEN NAHM SICH RUSSLANDS PREMIER VLADIMIR PUTIN für ein Gespräch mit dem ersten Vorsitzenden der IG Metall Berthold Huber Zeit.

Mit einer kleinen Delegation besuchte Berthold Huber, der auch Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes ist, Anfang Juni die Russische Föderation. Das von der



Austausch über gemeinsame Interessen: Der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber traf in Moskau mit Russlands Premierminister Wladimir Putin zusammen.

FES organisierte Programm sah Treffen in Moskau, Kaluga und Magnitogorsk vor, bei denen er weitere Politiker traf wie den Duma-Abgeordneten, Mitglied

des Sozialausschusses und Vorsitzenden der Russischen Hütten- und Bergarbeitergewerkschaft Michail Tarassenko sowie Vertreter der Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften und der neuen Gewerkschaften. Es war nicht der erste Russland-Besuch des deutschen Gewerkschaftsbosses, aber mit Sicherheit der vom Zeitpunkt her wichtigste. Denn Russland und Deutschland suchen in der schweren Wirtschaftskrise gemeinsame Wege. So begrüßte Huber, dass in Russland bei transnationalen Unternehmen wie Volkswagen in Kaluga Arbeitsplätze geschaffen werden. Er betonte aber auch, dass in solchen Konzernen international gleiche Rechte für Arbeitnehmer zu gelten haben. Gewerkschaften waren auch

das vorrangige Thema beim Gespräch mit Premier Putin in seiner Residenz Novo-Ogarjowa. Putin gab zu, dass die Transformation in Russland noch nicht abgeschlossen sei. Beide waren sich einig, dass zur Modernisierung des Landes gerade die Gewerkschaften ihren Teil beitragen müssten.

Die Kooperation russischer und deutscher Gewerkschaftsarbeit treibt die FES-Moskau seit dem Beginn ihrer Tätigkeit vor 20 Jahren voran, im Mandat des DGB und der IG Metall.

Inzwischen sind es nicht nur die Nachfolger der sowjetischen Gewerkschaften, sondern auch neue, die sich oftmals für die Arbeitnehmerrechte in transnationalen Unternehmen einsetzen – und Erfolge vorzuweisen haben.

— Europäische Kooperation mit Belarus

„Das östliche Partnerschaftsprogramm muss die Kooperation zwischen der EU und den Nachbarländern, darunter auch Belarus, stärken“, betonte der brandenburgische Staatssekretär Dr. Gerd Harms am 2. Juli in Minsk bei dem vom FES-Büro Minsk organisierten Gesprächskreis „Östliche Partnerschaft - weitere Möglichkeiten für Belarus“.

Die „Östliche Partnerschaft“ sei kein Einstieg in die EU-Mitgliedschaft, sondern eine Chance für diese Länder, in Zusammenarbeit mit der EU konkrete Projekte zu entwickeln, machte Harms deutlich. Themen wie Energiesicherheit, Arbeitsmarktmobilität, Kontakte zwischen Institutionen,

zivilgesellschaftliche Kontakte und Begegnungsprogramme hob er besonders hervor. Gemeinsame Projekte mit Belarus sind nicht nur in Politik und Wirtschaft möglich. Der Präsident der Universität Viadrina, Günter Pleuger, berichtete über Studenten- und Dozentenaustauschvorhaben mit der Belarussischen Staatsuniversität.

„Wir sind froh, dass solche Veranstaltungen nicht nur die Ideen der europäischen Kooperation bekannt machen, sondern sie auch die mit konkreten Informationen und Vorschlägen ausfüllen“, sagte am Ende der Veranstaltung die Moderatorin und Trägerin des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung, Zhanna Litvina.

Der nächste Winter kommt bestimmt

Die wiederkehrenden winterlichen „Gaskrisen“ im ukrainisch-russisch-europäischen Verhältnis haben eines deutlich werden lassen: Die Zukunft der Energieversorgung der Ukraine kann nicht dauerhaft darin liegen, fast ausschließlich auf die Importe fossiler Energieträger angewiesen zu sein. Auch eine Rückkehr zu Kohle, die im Land reichlich vorhanden ist, oder Atomstrom werden die Probleme im Land der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl nicht nachhaltig lösen können. Mögliche Auswege bieten die Steigerung der Energieeffizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energien. Denn hiermit können sowohl die Abhängigkeiten (z. B. vom großen Nachbarn Russland) verringert als auch das

Problem des Klimawandels adäquat angegangen werden. Der deutsch-ukrainische Gesprächskreis der FES widmete sich am 17. Juni dieser Thematik als einer der Schlüsselstellen künftiger Kooperation und versuchte, einen politischen Prozess hin zu einer energetischen Umorientierung zu stützen. Ukrainische und deutsche Experten diskutierten mit den MdBs Dr. Bärbel Kofler und Rolf Hempelmann die gesamte Bandbreite des Themas. Von der neuen EU-Richtlinie zu erneuerbaren Energien über den Emissionshandel bis hin zu konkreten Projekten der Energieeffizienz auf

kommunaler Ebene bieten sich viele Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Politik mit „win-

win“-Aspekten. Umweltpolitisches Handeln kann im Fall der Ukraine Hand in Hand gehen mit den außenwirtschaftlichen Interessen sowohl Europas als auch des Landes selbst.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Über **Sexismus in der Werbung** diskutierten in zahlreichen, über die ganze Ukraine verteilten Veranstaltungen NGO-Vertreter, lokale Politiker, Journalisten und Werbeprofis. Das FES-Regionalbüro Kiew hat dieses kontroverse Thema in Zusammenarbeit mit dem Frauenkonsortium der Ukraine in die öffentliche Debatte gebracht. Die hohe Attraktivität des Tabubruchs sehen viele Teilnehmer als Hauptursachen dieser Art von Werbung an. Viele ausländische, auch deutsche Firmen bedienen sich in der Ukraine sexistischer Werbespots, die in ihren Herkunftsländern unmöglich wären. Parallel zu den Veranstaltungen zeigten die Partner eine Ausstellung in Hochschulen, Bibliotheken und Rathäusern. +++

+++ Um nichts Geringeres als die **Zukunft der lettischen Küstenstadt Jurmala** ging es in einer Diskussion zwischen den Bürgern und ih-

ren Kommunalpolitikern. Im März dieses Jahres stoppte das lettische Verfassungsgericht das, was der Stadtrat in Hinterzimmern für einen der beliebtesten Badeorte des Baltikums eronnen hatte. „Mangelnde Bürgerbeteiligung“, lautete die Begründung der höchsten Richter. Im Kern geht es um die Frage, ob Jurmala offiziell den Kurort-Status anstreben soll. Einerseits wären damit restriktive Auflagen verbunden, andererseits würden dadurch staatliche und europäische Gelder fließen. Jahrelang versuchten Bürgervereine sich in die Stadtplanung einzumischen – vergebens. Kurz vor den lettischen Kommunalwahlen schien der Zeitpunkt jedoch günstig. So lud die lokale Bürgerinitiative „Verein zum Schutze Jurmalas“ am 21. Mai Einwohner und Kommunalpolitiker ein, um den ersten Schritt der Annäherung zu gehen. Das Bürgergespräch wurde von der FES organisatorisch unterstützt. +++

Keine Annäherung

Georgiens Wirtschaft wuchs zwischen 2005 und 2007 durchschnittlich um über zehn Prozent pro Jahr. Im gleichen Zeitraum vervierfachten sich die ausländischen Direktinvestitionen. In atemberaubendem Tempo wurden Staatsunternehmen privatisiert, staatliche Aufsichtsbehörden abgeschafft und die Märkte dereguliert. Doch inzwischen zeigt sich, dass viele der wirtschaftspolitischen Reformen über das Ziel hinaus geschossen sind: Einen Regulierungsrahmen, der einen fairen Wettbewerb garantieren, Arbeits- und Sozialstandards überwachen und Qualität in Produktion und Vertrieb sicherstellen würde, gibt es in Georgien nicht mehr. Vor diesem Hintergrund hat das FES-Regionalbüro Südkaukasus zu-

sammen mit dem wirtschaftswissenschaftlichen Think Tank CEPR in Tiflis das Projekt „Development of Economic Regulatory Institutions in Georgia“ ins Leben gerufen. Im Rahmen des Projektes untersuchten georgische Wirtschaftswissenschaftler die Folgen der Deregulierungspolitik und entwickelten Vorschläge für einen staatlichen Regulationsrahmen, der Georgien stärker an europäische Wirtschafts- und Sozialstandards heranführen würde. Als besonders reformbedürftig zeigte sich dabei der Arbeitsmarkt. Das vom georgischen Parlament im Jahr 2006 verabschiedete Arbeitsgesetz erlaubt, Arbeitnehmer ohne Nennung von Gründen und ohne Kündigungsfrist zu entlassen. Damit steht das Gesetz

im Spannungsverhältnis zu der Europäischen Sozialcharta und den von Georgien unterzeichneten ILO-Konventionen. Ob der politische Wille zu einer besseren Regulierung der georgischen Wirtschaft existiert, darf allerdings angezweifelt werden. Die ultraliberale Wirtschaftspolitik der Regierung wird auch von Oppositionskreisen kaum in Frage gestellt. Selbst zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Sowjetunion gelten staatliche Eingriffe den meisten Entscheidungsträgern noch immer als Instrument aus der sozialistischen Vergangenheit. Bleibt diese Einstellung bestehen, ist die Annäherung des Landes an ein Europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell (EWSM) jedoch nur schwer zu verwirklichen.

Neue Eskalation nicht ausgeschlossen

Der Südkaukasus ist eine der krisenanfälligsten Regionen

der Welt. Mit den ungelösten Territorialkonflikten um Abchasien und Südossetien sowie um die armenische Enklave Berg-Karabakh in Aserbaidschan ist die Region immer wieder Schauplatz bewaffneter Konflikte.

Zwischen den Regierungen der betroffenen Staaten findet kein Dialog statt. Von einem Friedensprozess kann nirgendwo gesprochen werden. Selbst zwischen den Zivilgesellschaften der betroffenen Staaten ist der Dialog unterentwickelt. Der Er-

fahrungsaustausch zwischen Armeniern und Aserbaidschanern, Georgiern, Südosseten und Abchasen ist selten.

Vor diesem Hintergrund organisierte das Südkaukasus-Büro der FES im April eine regionale Sicherheitskonferenz, bei der Vertreter aus Georgien, Armenien, Aserbaidschan sowie aus den separatistischen Regionen Abchasien, Südossetien und Karabakh in der armenischen Stadt Tsaghkadzor zusammenkamen. Wichtigstes Ziel war es, ein gemeinsames Verständnis

von den Ursachen und den Lösungsmöglichkeiten der Konflikte zu bekommen.

Wie schwierig dies war, zeigte sich vor allem bei den Diskussionen zum Südossetien-Krieg im August 2008. Zwischen den georgischen und den südossetischen Teilnehmern gab es sich grundsätzlich widersprechende Auffassungen von Ursa-

chen, Verlauf und Lösungsmöglichkeiten des Konfliktes. Einig waren sich die Teilnehmer einzig darin, dass nur friedliche Mittel und ein kontinuierlicher Dialog zum Erfolg führen kann. Im Falle des Karabakh-Konfliktes wurde angesichts der stetig steigenden Militärhalte Armeniens und Aserbaidshans die Gefahr eines

neuen Krieges erwogen. Einige Teilnehmer betonten, dass der Konflikt keineswegs als „eingefroren“ betrachtet werden dürfe. Falls beide Regierungen bei ihrer kompromisslosen Haltung blieben, sei eine Eskalation nicht ausgeschlossen.

— Verhaftung von ehemaligem FES-Mitarbeiter sorgt international für Empörung

Anfang Juli wurden die beiden aserbaidshanschen Bürgerrechtler Emin Milli und Adnan Hajizadeh in einem Restaurant in Baku von offenbar bestellten Schlägern angegriffen und verletzt. Als sie in einer Polizeiwache Anzeige gegen die Angreifer erstatten wollten, wurden sie festgenommen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu zwei Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Bei einer Verurteilung drohen ihnen bis zu fünf Jahren Haft. Nach Einschätzung aserbaidshanscher und internationaler Menschenrechtsorganisationen ist die Verhaftung von Milli und Hajizadeh politisch motiviert und auf ihr Engagement für Demokratie und Menschenrechte in Aserbaidshans zurückzuführen. Beide sind engagierte Vertreter der aserbaidshanschen Zivilgesellschaft und haben sich in Internet-Blogs kritisch über die politische Situation ihres Landes

geäußert. Emin Milli war zudem von 2002 bis 2004 Leiter des Ortskraftbüros der FES in Aserbaidshans. Er ist Gründer der Nicht-Regierungsorganisation AN-Network, einer Partnerorganisation der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die FES unterstützt das AN-Network bei dem Aufbau eines e-Think-Tanks und der Organisation von Diskussionsveranstaltungen zur politischen Entwicklung in Aserbaidshans.

Die Verhaftung hat internationale Proteste hervorgerufen. Neben der EU und der USA setzt sich auch die Bundesregierung intensiv für Emin Milli und Adnan Hajizadeh ein. Der Menschenrechtsbeauftragte der Deutschen Bundesregierung, Günther Nooke, und der Berichterstatter des Europarates für politische Gefangene in Aserbaidshans, MdB Christoph Strässer, verurteilten die Verhaftung scharf.

KOSOVO

Wirkt die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU?

Mit rund 2.000 entsandten Polizisten, Richtern, Gefängnisaufsehern und Zollbeamten ist die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo (EULEX) die größte EU-Mission und die bislang einzige mit dem klaren Auftrag der Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien. Zielsetzung ist es, die anhaltend hohe Kriminalität einzudämmen und den Schutz der

Bevölkerung sicherzustellen. Bei einem Diskussionsforum der FES am 28. Mai in Brüssel sollte eine Bestandsaufnahme der seit Dezember 2008 operativ tätigen Mission erfolgen und deren Akzeptanz unter Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben analysiert werden. Als ersten Erfolg wertete der EULEX-Vertreter, dass es seit Beginn der Mission zu keinen größeren

Gewaltausbrüchen mehr gekommen sei. Ebenso wurden bereits über 100 juristische Fälle behandelt – zuvor waren die Gerichte geschlossen. Mit Blick auf die weitere Entwicklung wurde angemerkt, dass es dringend einer politischen Lösung für den Kosovo bedürfe, da das EU-Engagement nur zeitlich begrenzt durchgeführt werden könne.

SERBIEN

Serbisch-orthodoxe Kirche und die Demokratie

Historisch war die Zugehörigkeit zur serbischen Nation immer gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zur serbisch-orthodoxen Kirche. Die Selbstdefinition der Orthodoxie als oberste Sachwalterin der serbischen Nation steht allerdings im Widerspruch zum Selbstverständnis einer pluralistischen Demokratie und deren religiösem Toleranzgebot. Stabilität und Reife der serbischen Demokratie wird man daher immer auch daran messen können, wie sich die Kirche in das demokratische Gemeinwesen einordnet und wie die demokratischen Institutionen mit den politischen Interventionen der Kirche umgehen. Hier war es im Frühjahr 2009 zu Irritationen gekommen. Gegen ein vom Parlament ver-

abschiedetes Antidiskriminierungsgesetz, das, den üblichen internationalen Standards folgend, unter anderem die Diskriminierung abweichender religiöser Bekenntnisse und sexueller Orientierungen verbietet, legte die orthodoxe Kirche im Namen der Nation ein „Veto“ ein – worauf das Gesetz zurückgezogen, dann allerdings in nur wenig veränderter Form noch einmal verabschiedet wurde. Damit stellte sich die Frage: Darf die Kirche „im Namen der Nation“ ein Veto gegen ordnungsgemäß zustande gekommene Gesetze einlegen?

Diese Frage war Gegenstand einer von der FES im Rahmen des Demokratischen Politischen Forums organisierten Diskussionsveranstaltung, die am 6.

April in Belgrad stattfand. Dabei wurde hervorgehoben, dass sich die orthodoxe Kirche zu sehr mit politischen, nicht aber mit sozialen Fragen befasse; dass sie in Serbien eine starke Diskriminierung der Nichtgläubigen durchgesetzt habe; dass sie eher mit dem Staat als mit der Gesellschaft und den Individuen interagiere; und dass sie enge Beziehungen zu extremistischen und ultranationalistischen Organisationen pflege. An der Diskussion beteiligten sich unter anderem Vertreter des Parlaments, des Kultus- und Arbeitsministeriums, der Glaubensgemeinschaften, der akademischen Gemeinschaft, der Nichtregierungsorganisationen sowie mehrerer internationaler Organisationen.

— Über den Horizont hinaus

Knapp ein Jahr nach Gründung der Union für das Mittelmeer startete die FES ihren neuen Mittelmeerdiallog. Dieses Forum soll zur besseren Vernetzung von Politikern aus EU und dem Mittelmeerraum beitragen. Der FES-Mittelmeerdiallog wird sich vor allem mit den Themen „Nachhaltige Energiepolitik“, „Einwanderung“ und „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ befassen. Am 17. Juni standen in Berlin zunächst die ersten beiden Themen im Vordergrund. Insgesamt neun Länder waren während der Auftaktveranstaltung vertreten. Dabei gelang es, die Debatte auf eine politische Ebene zu lenken und explizit sozialdemokratische Positionen aufzugreifen und zu diskutieren.

„Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, den Barcelona-Prozess zur Union für den Mittelmeerraum fortzuentwickeln“, betonte Günter Gloser, MdB und Staatsminister im Auswärtigen Amt, bei

der öffentlichen Podiumsdiskussion. Béatrice Patrie, MdEP aus Frankreich und Lale Akgün, MdB, brachten die Positionen der EU und Deutschlands in die Diskussion ein. Tahar Sioud, Handelsminister und Botschafter a. D., warb für die tunesische und maghrebische Perspektive, Zafer Üskül, Mitglied des türkischen Parlamentes, formulierte die Interessen der Türkei.

Vor allem aber am Israel-Palästina-Konflikt schieden sich die Geister: Tahar Sioud betonte, dass eine Lösung dieses Konflikts die Voraussetzung für einen erfolgreichen Start der Union für den Mittelmeerraum sei, während Béatrice Patrie und Lale Akgün erklärten, dass dieser Streit vor allem durch die Zusammenarbeit innerhalb der Union beigelegt werden könne. Einigkeit herrschte in den Wünschen für die Zukunft der Kooperation: Es müsse „eine Zusammenarbeit sein, die beide Seiten bereichert“, forderte Akgün.

Das zweite Johannes-Rau-Symposium in Tel Aviv

Verflechtung statt Assimilation

— PROF. YEHUDA BAR SHALOM IST DIREKTOR DER ABTEILUNG FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN am David Yellin College of Education in Jerusalem und erforscht Möglichkeiten der Integration von Zuwanderern und Minderheiten in die israelische Gesellschaft.

Für ihn geht es jedoch nicht um deren Assimilation, sondern um die Verflechtung unterschiedlicher Lebensentwürfe. Ziel müsse letztlich der „Übergang von monolithischen zu offenen Identitäten“ sein. Doch welche Faktoren wirken einem gleichberechtigten Nebeneinander der Kulturen in heterogenen Gesellschaften entgegen? Das zweite Johannes-Rau-Symposium der FES suchte unter dem Titel „Bildung in multikulturellen Gesellschaften – ein deutsch-israelischer Dialog“ am 2. Juli in Tel Aviv nach Antworten. Hannelore Kraft, SPD-Vorsit-

zende in Nordrhein-Westfalen, analysierte in ihrem Einführungsvortrag die deutsche Situation. Auch hier müsse Bildung eine Erziehung hin zu „Demokratie, Toleranz und interkultureller Verständigung“ anstreben, wenn Integration gelingen solle, sagte sie. Bei dem lebhaften Dialog mit Prof. Bar Shalom, Dr. Nohad Ali von der Universität Haifa und der ehemaligen Staatssekretärin im israelischen Bildungsministerium Shlomit Amichai wurde deutlich, dass beide Gesellschaften



gerade wegen der Ähnlichkeit vieler ihrer Probleme in der Bildungspolitik voneinander lernen können.

Deutsch-israelischer Dialog zu Bildungsfragen: Hannelore Kraft, SPD-Vorsitzende in NRW (re.), trifft mit israelischen Experten zusammen.

— Holocaustüberlebende und Journalisten: Diskrepanz in der Wahrnehmung

Nahezu täglich finden sich in den israelischen Medien Artikel oder Berichte über den Holocaust – ob sie von Barack Obamas Besuch in Buchenwald, dem Prozess um den KZ-Wärter Demjanjuk, der Rede Benedikts XVI. in Yad Vashem oder der Rückgabe von Kunstschätzen in Polen handeln. Angesichts dieser umfassenden Berichterstattung ist es umso überraschender, dass gerade die persönliche Dimension des Holocaust – die der Überlebenden – chronisch unterrepräsentiert ist. Die vom Beit Berl Academic College und der FES organisierte Konferenz „Holocaustüberlebende im Spiegel der israelischen Medien 1980 - 2009“, die am 8. Juli in Tel Aviv stattfand, widmete sich diesem Widerspruch.

Grundsätzlich herrschte Einigkeit in der Diskussion zwischen Überlebenden, Journalisten, Politikern und Medienwissenschaftlern über die Tendenz der Analyse: Das in den Medien vermittelte Bild entspreche weder dem Selbstverständnis der Überlebenden, noch der Realität. Ela Bauer von der Universität Haifa machte dies an der Fernsehberichterstattung deutlich. Überlebende würden vornehmlich als „krank und hungrig“ dargestellt, sagte sie. Der Beitrag von Holocaustüberlebenden zum Aufbau Israels werde hingegen unzureichend gewürdigt. Die Konferenz zeigte deutlich, wie groß das Spannungsfeld zwischen individueller und kollektiver Wahrnehmung des Holocaust in Israel ist.

FES-GESCHÄFTSFÜHRER IN BEIRUT

Libanon vor den Wahlen

Lange Zeit diente der Libanon als Arena für die Auseinander-

dersetzung zwischen verschiede-

nen Lagern im Nahost-Konflikt. Syrien, Saudi Arabien und westliche Mächte hatten sich massiv in die Innenpolitik eingemischt. Doch Walid Jumblatt, Vorsitzender der Progressiven Sozialistischen Partei und Druzenführer, bekräftigte kurz vor den libanesischen Parlamentswahlen im Juni im Gespräch mit dem Geschäftsführer der FES, Dr. Roland Schmidt, dass die Rahmenbedingungen für einen freien und fairen Verlauf der Wahlen ohne Einmischung von außen günstig seien. Den historischen Charakter der Parlamentswahlen unterstrich auch Innenminister Ziad Baroud: Erstmals seit Ende des

Bürgerkriegs 1990 würden die Wahlen landesweit an einem Tag durchgeführt und nicht wie sonst üblich, über mehrere Wochen verteilt. Um diese logistische Herausforderung zu meistern und transparente Wahlen zu garantieren, wurden weitreichende Maßnahmen, wie die intensive Ausbildung und Vorbereitung von Wahlbeobachtern sowie eine durch die Medien gestützte Aufklärungskampagne gegen Stimmenkauf und Korruption, getroffen. Die FES leiste in diesem Zusammenhang einen wertvollen Beitrag bei der Ausbildung von Wahlbeobachtern, erklärte Baroud.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++

+++ Um den Dialog zwischen Deutschland und Großbritannien zu fördern, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg die „**Young Königswinter Alumni**“ ins Leben gerufen. Alljährlich treffen sich die deutsch-britischen Young Professionals, um über ein aktuelles Thema zu konferieren. In diesem Jahr besuchten sie Israel und die Palästinensischen Gebiete, um sich ein umfassendes Bild von dem vielschichtigen Konflikt im Nahen Osten zu verschaffen. Vom britischen Generalkonsul, Richard E. Makepeace, und dem Leiter des deutschen Vertretungsbüros in Ramallah, Dr. Klaus Burkhardt, erfuhren die 45 Young Professionals mehr zur aktuellen politischen Situation in den Palästinensischen Gebieten und zu den Schwierigkeiten im stockenden Friedensprozess. Die Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jerusalem organisierte den Besuch. +++

+++ Die feierliche Eröffnung des **Deutsch-Palästinensischen Kommunalforums** durch die Bonner Oberbürgermeisterin, Bärbel Dieck-

mann, bildete den Abschluss der erfolgreichen Kooperation zwischen der FES, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und weiteren deutschen politischen Stiftungen. Die gemeinsamen Bemühungen zielten auf den Ausbau demokratischer Strukturen auf lokaler Ebene, die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Bürgern und Gemeindevertretern, die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft sowie die Professionalisierung der kommunalen Planung. Auf Gemeindeebene habe sich Demokratie zu bewähren, wenn sie auch auf regionaler und nationaler Ebene Erfolg haben sollte, betonte Dieckmann in ihrer Eröffnungsrede. +++



SUDAN

Entwicklungspolitischer Ansatz kaum erkennbar

„Die Berichterstattung über den Sudan ist sehr einseitig“, stellte Anja Dargatz fest. Die Leiterin des Büros der FES im Sudan war im Rahmen der Reihe *Politik am Mittag* im Hamburger Julius-Leber-Forum angetreten, um ein schiefes Bild zurechtzurücken. „Sudan ist nicht gleich Darfur“, betonte sie. Der Sudan als größtes Land Afrikas ist auf dem Reißbrett entstanden. Die Macht konzentriert sich in Khartoum und die nordsudanesischen Elite dominiert die Politik. Die länd-

lichen Regionen leiden dagegen unter starken Defiziten. Dieses Missverhältnis ist das Grundübel, auf dem die Konflikte basieren, so Dargatz. Das gilt sowohl für Darfur als auch für den Süden, wo es weder Zugang zu Bildung noch zu den Ressourcen des Landes gibt. Nach Ansicht der FES-Expertin lässt die deutsche Politik einen konkreten entwicklungspolitischen Ansatz für den Sudan nur schwerlich erkennen. Auch mit Blick auf das Engagement im Rahmen einer UN-Mission

sei Deutschland schwach aufgestellt: Von 250 vom Bundestag bewilligten Soldaten für die UNAMID-Mission sind derzeit lediglich sieben vor Ort.



SUDAN

Ein Mosaikstein für friedliche Wahlen

Im Sudan wird 2010 zum ersten Mal seit 1986 wieder gewählt: Unwissenheit, Misstrauen und Konfliktpotenzial sind erheblich. Gemeinsam mit ihren Partnern stellt sich die FES im Sudan daher seit 2006 diesen Herausforderungen mit unterschiedlichen Aktivitäten. Ein erfolgreiches Beispiel ist der Abschluss eines Verhaltenskodex in Kerrari.

Kerrari ist eine weitläufige Gemeinde im Nordwesten der sudanesischen Hauptstadt Khartoum, in der sich neben alteingesessenen Familien Bürgerkriegsflüchtlinge niedergelassen haben. Das Konfliktpotenzial in dieser Gemeinde wurde von einer dort ansässigen zivilgesellschaftlichen Organisation erkannt und an das FES-Projekt herangetragen.

Zunächst wurden in einem Training Hintergrund und Ablauf der Wahlen erklärt. In einem zweiten Schritt wurde ein Entwurf für einen Verhaltenskodex entwickelt, der schließlich in den Parteien weiterdiskutiert wurde. Drei Wochen nach dem Workshop wurde in einem letzten Treffen der Kodex im Konsens verabschiedet.

Darin vereinbaren alle Beteiligten unter anderem:

- im Wahlkampf jede Form von Beleidigung des politischen Gegners zu vermeiden,
- im Wahlkampf keine ethnischen und religiösen Gefühle zu schüren sowie keine religiösen Orte zum Wahlkampf zu nutzen,
- die Rolle von Frauen im Wahlprozess zu stärken und

die 25%-Quote zu erfüllen,

- mit den nationalen und internationalen Wahlbeobachtern konstruktiv zusammenzuarbeiten,
- den rechtlichen und institutionellen Rahmen der Wahlen zu respektieren,
- die Wahlergebnisse, wie sie von der Wahlkommission verkündet werden, zu akzeptieren,
- ein Komitee zu gründen, das die Einhaltung des Kodex überwacht.

Zwar sind bereits weltweit viele „Code of Conducts“ zu Wahlen formuliert worden, doch ist die Akzeptanz in Kerrari ungleich höher, weil es sich um ein auf lokaler Ebene selbst entwickeltes Produkt handelt.

TANZANIA

Sicherung der eigenen Geschichte

„Die zukünftigen politischen Führer Tansanias müssen Ihre eigene Geschichte besser kennen, um richtige Entscheidungen in der Politik und für die Menschen im Lande treffen zu können“: Pius Msekwa, der stellvertretende Vorsitzende der Regierungspartei CCM und ehemaliger Parlamentspräsident hob die Bedeutung der Aufbereitung und Archivierung der historischen Dokumente seit der Unabhängigkeit 1961 hervor. Diese Schätze der Ver-

gangenheit Tansanias sollten auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, besonders den Studierenden der „zukünftig größten Universität in Ostafrika in Dodoma“. Msekwa dankte der FES für die Unterstützung der CCM beim Aufbau der Bibliothek, des Zentralarchivs und bei der Vernetzung mit Universitäten und nationalen Archiven. Neben Informations- und Ausbildungsprogrammen für das Bibliothekspersonal wird die FES vor allem beim

Sichern der Originaldokumente mithelfen. Darunter befinden sich Gesprächsprotokolle der Unabhängigkeitsverhandlungen zwischen Staatsgründer Julius Nyerere und der britischen Kolonialregierung sowie Konzepte und Erfahrungsberichte zu den politischen Entwicklungsprogrammen des tansanischen Sozialismus, „Ujamaa“, und der „Arusha Declaration“. Das erste Kooperationsabkommen zwischen FES und CCM wurde dazu bereits 1980 abgeschlossen.

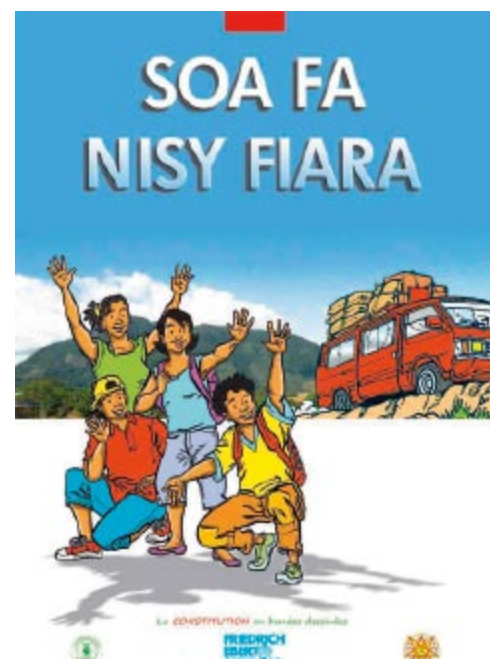
+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++

+++ Zwei Tage lang bewiesen über 50 Frauen aus den 23 Wahlkreisen des Urambo Districts in Tabora, dass Politik in Tansania zukünftig nicht mehr hauptsächlich Männersache sein wird. Über 100 Kilometer legten manche der Teilnehmerinnen zurück, um an einem **FES-Training zur Förderung von Frauen in der Lokalpolitik** mitzuwirken. Die Teilnehmerinnen wurden über ihre Rechte informiert, aktiv und passiv an Wahlen teilzunehmen. Ebenso sollten sie dadurch motiviert werden, in ihren Wahlkreisen Mitverantwortung für das Schulwesen, die Wasserversorgung und die Gesundheitsversorgung zu übernehmen. Auch sollte das Training dazu beitragen, ein soziales Netz politisch engagierter Landfrauen zu etablieren. +++

+++ Wie es um die **Menschenrechte in Madagaskar** aktuell bestellt ist, konnte die Konferenz der FES und von Amnesty International Mauritius im Juni in Antananarivo nur in Ansätzen diskutieren: es fehlt an gesicherten Studien, gerade nach den blutigen Ereignissen und dem Regierungswechsel im März 2009. „Erst im Jahr 2010“, so der Präsident von Amnesty International Mauritius, Kavi Pyneandy, „hoffen wir, das die madagassische Situation in unserem Jahresbericht untersucht wird.“ Ein Schwerpunkt der Men-

schenrechtsarbeit in Madagaskar müsse in der Vermittlung bereits vorhandener Rechte liegen – und dies auch mit unkonventionellen Mitteln, da knapp 80 % der Bevölkerung Analphabeten sind, betonte der Jurist und Vizepräsident der Universität Antananarivo, Jean-Eric Rakotoarisoa. +++

+++ „Unsere Idee war es, die Bürger aktiver in die Diskussion um eine neue **Verfassung in Madagaskar** einzubeziehen“, fasst der Generalsekretär der wichtigsten lokalen Organisation zur politischen Bildung von Wahlbeobachtern in Madagaskar, Dr. Bruno Rakotoarison, zusammen, „und so haben wir sie in ein Comic übersetzt.“ Während einer Konferenz in Kooperation mit der FES wurde der innovative Ansatz Mitte Juni der Öffentlichkeit vorgestellt. Durch die anstehende Verfassungsreform bekommt die Diskussion über das wichtigste Gesetz des Landes eine besondere Aktualität. Diese und weitere Publikationen unter: **www.fes-madagascar.org** +++



Umbruchphase nutzen

Madagaskar befindet sich seit einigen Monaten im Umbruch. Nach den turbulenten Ereignissen der ersten Monate hofft das Land, den Weg in Richtung Demokratie zurückzufinden. Für die FES und das „Observatoire Genre“ Gelegenheit, Mitte Mai zu einer Konferenz über Gender-Mainstreaming in demokratischen Institutionen einzuladen.

Im Vergleich zu anderen Staaten innerhalb der Southern African Development Community (SADC) liegt Madagaskar im Hintertreffen. Lediglich die Demokratische Republik Kongo

hat eine noch niedrigere Frauenquote im Parlament. Spitzenreiter sind Angola (37,3 %), Mosambik (34,8 %), Südafrika (32,6 %) und Tansania (30,4 %). Dies sind die einzigen vier Staaten, die die Frauenquote von 30 %, die die SADC in ihrer Resolution „Gender and Development“ 1997 beschlossen hat, einhalten. Die Konferenz erarbeitete Vorschläge für die neue Verfassung, das Wahl- und Parteiengesetz. „Wenn wir an diesen Texten etwas verändern können, dann jetzt in der Umbruchphase“, fasste eine madagassische Teilnehmerin zusammen,



„es reicht jedoch nicht, die Gesetzestexte allein anzupassen, wenn nicht auch die Realität verändert wird.“

Mit großem Engagement dabei: In Arbeitsgruppen wurden Vorschläge für die neue Verfassung sowie das Wahl- und Parteiengesetz verabschiedet.

Zeichen der Systemtransformation?

In den meisten Ländern des südlichen Afrikas regieren unangefochten die ehemaligen Befreiungsbewegungen. In jüngerer Vergangenheit sehen sie sich jedoch durch Parteiabspaltungen und neue Oppositionsgruppen herausgefordert. Der bekannteste Fall ist die nach einer Abspaltung vom südafrikanischen ANC 2008 neu entstandene Oppositionspartei COPE (The Congress of the People). Bereits 2007 wurde in Namibia nach einer Parteiabspaltung von der SWAPO die Rally for Democracy and Progress (RDP) als neue Oppositionspartei gegründet, und in Mosambik entstand nach einer Abspaltung von der RENAMO im März 2009 mit dem Mozambique Democra-

tic Movement (MDM) eine ernst zu nehmende Oppositionspartei für die regierende FRELIMO. Vor diesem Hintergrund hatten die FES-Vertretung in Mosambik und die Parteischule der FRELIMO vom 17. bis 19. Mai zum vierten regionalen Parteienforum der regierenden Parteien des südlichen Afrika nach Maputo eingeladen. Teilnehmer kamen aus Angola (MPLA), Botswana (BDP), Mosambik (FRELIMO), Namibia (SWAPO), Sambia (MMD), Südafrika (ANC) und Tansania (CCM). Die Analyse der Ursachen für Parteiabspaltungen ergab, dass diese vielfach mit Unzufriedenheit über die Nachfolgeregelungen für die Partei- und Staatsführung zusammenhängen sowie

mit der parteiinternen politischen Kultur. Aus Sicht der Parteivertreter spielt es eine große Rolle, dass sich die meisten Regierungsparteien in der Region nach wie vor über den Befreiungs- und Unabhängigkeitskampf legitimieren. Dadurch verlieren sie jedoch an Glaubwürdigkeit gerade bei jungen Menschen, die den Befreiungskampf nicht erlebt haben, und stattdessen konkrete Antworten auf die Probleme des täglichen Lebens erwarten. Alle Diskussteilnehmer stimmten darin überein, dass sich die Regierungsparteien in der Region stärker an den aktuellen politischen Herausforderungen ihrer Länder orientieren müssten.

NIGERIA

Zehn Jahre Demokratie (fast) ohne Demokraten

Nigerias Demokratie feierte im Mai einen runden Geburtstag: gerade einmal zehn Jahre ist es her, dass die letzte Militärdiktatur überwunden wurde. Aber abgesehen von der Regierung waren sich nahezu alle Kommentatoren einig, dass die Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger enttäuscht wurden und dass man in Nigeria noch nicht wirklich von einer „Demokratie“ sprechen könne. Dies war auch der Tenor einer im Juni von der FES in Lagos organisierten Konferenz. Führende Sozialwissenschaftler des Landes ließen darin die Entwicklung Revue passieren: Korruption ist noch immer all-

gegenwärtig, Armut weitverbreitet, die Infrastruktur sowie das Bildungs- und Gesundheitssystem des Landes vernachlässigt und die Wahlen seit 1999 weder fair noch frei. Ein Prozess der nachhaltigen Entwicklung, der jenseits des Ölexports Arbeitsplätze schafft, sei nicht in Gang gekommen. Als positivste Errungenschaften wurde neben der Rede- und Pressefreiheit die Tatsache gesehen, dass das Militär in diesem Zeitraum nicht wieder in die Politik eingegriffen hat. Um eine Alternative zur gegenwärtig enttäuschenden Politik der Regierung zu entwickeln, unterstützt die FES den ni-

gerianischen Gewerkschaftsdachverband Nigerian Labour Congress (NLC) darin, eine Entwicklungsagenda für das Land zu erarbeiten. Der NLC gilt als die eigentliche politische Opposition im Lande, da er regelmäßig kritisch zu politischen Inhalten Stellung nimmt. Im Juni wurde ein Entwurf der Agenda vorgestellt und diskutiert, bevor eine endgültige Fassung erarbeitet wird. Das längerfristige Ziel ist es, die Politiker und Parteien mit Blick auf die nächsten Wahlen 2011 dazu zu ermutigen, politische Visionen und Programme zu entwickeln und umzusetzen.

FES-TRAINING ZU DEMOKRATIE, ISLAM UND DER ROLLE VON JUGENDLICHEN

Nigeria: Wenn der Imam an die Wahlurne bittet

Die letzten Wahlen Nigerias im Jahr 2007 waren geprägt von politischer Gewalt und organisiertem Wahlbetrug. Zu Wahlkampfzeiten engagieren Politiker arbeitslose Jugendli-

che, damit diese die politische Auseinandersetzung als öffentliche „Störenfriede“ oder Schlägertruppen beeinflussen. Um diese Instrumentalisierung von Jugendlichen sowie die Rolle von Parteien in einem demokratischen System zu erörtern, kamen im Mai rund 100 Jugendliche, Gemeindeführer und Imame in der nordnigerianischen Stadt Sokoto zusammen. Gemeinsam mit der Partnerorganisation Rural Women and Youth Development (RUWOYD) hatte die FES ein dreitägiges Trainingsprogramm organisiert, bei dem die eigentlichen Aufgaben von politischen Parteien, die Be-

teiligung von Frauen, die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie sowie die Aufgaben einer gewählten Regierung geklärt werden sollten.

Da die Imame die wichtigsten lokalen Autoritäten im Norden Nigerias sind, war ihre Teilnahme für den Erfolg des politischen Bildungsprozesses unverzichtbar.

Gegen Ende des Trainings wurde von Imamen und Jugendlichen gemeinsam beschlossen, dass Imame zukünftig verstärkt Themen wie Demokratie, politische Parteien und konstruktives politisches Engagement unterrichten werden.

Für den Erfolg des Trainings war die Teilnahme der Imame unverzichtbar. (Foto: FES Nigeria)



Öl als Segen oder Fluch

Im Juni 2007 wurden nennenswerte Ölreserven vor der Küste Ghanas gefunden. Auf der einen Seite werden hohe Erwartungen an die Einkünfte aus der Ölproduktion für die Entwicklung des Landes geknüpft. Auf der anderen Seite sind die Befürchtungen groß, dass Ghanas demokratische Errungenschaften und die politische Stabilität durch die Öl- und Gasfunde gefährdet werden könnten, wie es in vielen anderen ölfördernden Ländern auf dem Kontinent der Fall ist. Einige Bevölkerungsgruppen werden sehr direkt betroffen sein. Besonders die Fischer befürchten eine weitere Reduzierung des seit Jahren rück-

läufigen Fischfangs sowie Umweltverschmutzungen. Die Existenzangst der Fischer und ihrer Familien, die zumeist ausschließlich von Fischfang und der Weiterverarbeitung leben, stellt ein ernstzunehmendes Konfliktpotential dar. Die Fischer und andere Gruppen, die an der Küste der Ölförderregion angesiedelt sind, erwarten eine direkte Beteiligung an den Einkünften aus der Ölproduktion. Vor diesem Hintergrund hat die FES Ghana zusammen mit ihrem Partner Corporate Social Responsibility Movement einen Dialogprozess zwischen den Fischern, der Regierung und den Ölkonzernen initiiert, um gemeinsam nach-



haltige Lösungen zu entwickeln. Seitens der Fischer und der Regierung ist das Interesse sehr groß, während sich die Ölförderunternehmen bisher noch zurückhaltend zeigen.

Existenzangst bei Ghanas Fischern: Durch die Ölförderung befürchten sie rückläufigen Fischfang sowie Umweltverschmutzungen.

— Afrikanisches Medienbarometer erstmals in Nigeria

Nigerias Medienlandschaft gilt als eine der lebendigsten auf dem afrikanischen Kontinent. Rund 140 Millionen Nigerianerinnen und Nigerianer werden Tag für Tag von mehreren tausend privaten und öffentlichen Zeitungen, Zeitschriften, Radiosendern, Fernsehsendern und weiteren Medien versorgt. Die Pressefreiheit gilt seit dem Ende der Diktatur 1999 gemeinhin als hohes Gut. Das African Media Barometer (AMB) ist ein Instrument zur (Selbst-)Einschätzung der jeweiligen nationalen Medienlandschaft. Es wurde 2005 vom FES-Medienprojekt in Namibia entwickelt und wird seitdem gemeinsam mit den FES-Landesbüros auf dem ganzen Kontinent durchgeführt. Im Juni präsentierte die FES in Abuja nun den ersten AMB-Bericht für Nigeria. Der Bericht ist das Ergebnis einer strukturierten Diskussion und Einschätzung von Experten des Landes, darunter Medienschaffende wie Medienkonsumenten. Als Hauptkritikpunkte wurden identifiziert, dass in Nigeria die Medieneigentü-

mer die Berichterstattung gezielt in ihrem Sinne beeinflussen, dass Bezahlung und professionelle Standards in den meisten Fällen sehr niedrig sind und dass damit Korruption, Selbstzensur und der Instrumentalisierung Tür und Tor geöffnet sind. **Alle AMB-Berichte: www.fesmedia.org**

+++ FES+++KURZ GEFASST +++

+++ Die möglichen **Auswirkungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** sowie die Prozesse der regionalen und kontinentalen Integration in Afrika standen auf der Tagesordnung einer Konferenz der FES, bei der am 8. Juli Vertreter der Afrikanischen Union, der EU-Kommission, Gewerkschaften und Think-Tanks in Brüssel zusammenkamen. Obwohl sich die Verhandlungen um die Partnerschaftsabkommen nun schon über acht Jahre hinziehen, gibt es nach wie vor eine ganze Reihe strittiger Punkte zwischen der EU und den AKP-Staaten. Um diesen Debatten eine Grundlage zu geben, wurden auf der Konferenz vier Szenarien vorgestellt, die unter Federführung der FES-Cotonou ausgearbeitet wurden. +++

Die neue Afghanistan-Pakistan-Strategie der USA

Kritik an Europa

— WAS IST DAS LANGFRISTIGE ZIEL DES EINSATZES IN AFGHANISTAN? Diese grundlegende Frage, die bisher weder in Nordamerika noch Europa klar beantwortet wurde, stellte Botschafter Francesc Vendrell auf einer Veranstaltung, die die FES Anfang Juni zusammen mit dem kanadischen North-South Institute in Ottawa organisierte.

Der ehemalige EU-Sondergesandte in Afghanistan war mit weiteren hochrangigen politischen, militärischen und akademischen Vertretern nach Kanada gekommen, um sich über die politische Zukunft Afghanistans und Pakistans auszutauschen. Vendrell kritisierte die neue Afghanistan-Pakistan-Strategie der USA, die sich den Sieg über al-Qaida als Hauptziel gesetzt hat. Es sei nicht klar, wie dies zu

wenigen Ausnahmen nicht genug für die Stabilisierung der Sicherheitslage in Afghanistan getan.

Deutliche Worte fand US-Admiral William J. Fallon mit Blick auf die militärischen Beiträge der Europäer zur *ISAF*-Mission in Afghanistan. Der frühere Kommandeur des *US Central Command*, zuständig für das US-Militär in Europa, im Nahen Osten und Zentralasien, kritisierte militärische

Vorbehalte der US-Verbündeten. Gleichzeitig aber räumte er Fehler der eigenen Administration ein, die die Ziele des Einsatzes gegenüber der eigenen

Probleme in den beiden Ländern in einem Zusammenhang, aber Afghanistan und Pakistan seien so grundverschieden, dass eine gemeinsame Strategie unweigerlich scheitern müsse. Einig waren sich alle Teilnehmer, dass die Komplexität der Herausforderungen enorm gewachsen sei, diese jedoch mit stetigem und langjährigem Engagement bewältigt werden könnten: der Aufbau und die Stärkung verantwortlicher staatlicher Institutionen in Afghanistan und Pakistan, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen können und frei von Korruption sind; die Durchsetzung unabhängiger Justizsysteme; die Bekämpfung politischer Extremisten und Terroristen; der Aufbau einer florierenden Wirtschaft mit Alternativen zum Drogenanbau; die Sicherung der Nuklearwaffen in Pakistan und die Normalisierung der Beziehungen zwischen Pakistan und Indien. Worauf es jetzt ankomme, sei eine klare und konsistente Definition der politischen Ziele für den Einsatz in Afghanistan und die Unterstützung für Pakistan sowie deren Vermittlung an die Bevölkerung in den USA, Kanada, Europa und in der Region.

erreichen wäre. Zudem warnte er davor, von einem Extrem – dem Versuch, den Wiederaufbau Afghanistans losgelöst vom Nachbarn Pakistan zu betrachten – ins andere Extrem zu fallen: die Fokussierung auf Pakistan. Die Probleme beider Länder seien eng miteinander verzahnt. Vendrell sparte aber auch nicht mit Kritik an Europa. Die Europäer hätten mit

Bevölkerung und den afghanischen, europäischen und kanadischen Partnern nicht klar genug gemacht habe. Janice Stein, Direktorin des *Munk Centre for International Studies* an der Universität von Toronto und bekannte kanadische Buchautorin, bezeichnete die neue Afghanistan-Pakistan-Strategie der USA als falsch. Zwar stünden die Pro-

DAS FES-BÜRO IN AFGHANISTAN

Stabilisierung und Wiederaufbau

Es ist später Nachmittag an einem Samstag in der Kabuler FES-Vertretung: aus dem Konferenzsaal strömen die Zuschauer in den grünen Garten und lassen sich im Schatten nieder. Im Rahmen des „Women Film Club“ haben sie gerade einen Dokumentarfilm über Frauen im Afghanischen Parlament gesehen und werden nun mit der Regisseurin und Abgeordneten diskutieren. An vorherigen Samstagen saßen an gleicher Stelle Vertreter der afghanischen Frauen-Fußballnationalmannschaft, der Wahlkommission oder von Frauenhäusern, um mit jungen Afghanen, Journalisten, Politikern und zivilgesellschaftlichen Aktivisten nach Filmvorführungen zu diskutieren.

Afghanistan befindet sich in einer kritischen Phase der Stabilisierung und des Wiederaufbaus, deren Erfolg sich nicht automatisch einstellen wird, sondern deren weiterer Verlauf von internationaler Unterstützung abhängig ist.

Die Aktivitäten der FES konzentrieren sich auf Themen und Arbeitsbereiche, die strategische Bedeutung für die Stabilisierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Konfliktbearbeitung und -transformation haben. Angesichts der Gewaltdominanz und der paternalistischen politischen Traditionen ist die Förderung einer Kultur des konstruktiven Dialogs von immenser Bedeutung.

Anfang 2002 hatte Kabul geschätzte 800.000 Einwohner, 2009 sind es ca. 4,5 Millionen. Das Büro der FES liegt mit-tendrin, im Herzen der „Neustadt“, in der reges geschäft-

liches Treiben das Straßenbild prägt. Das Haus aus den 1920er Jahren strahlt mit seinen alten Holzdecken Giedigenheit aus, ein wunderschöner Garten bietet Platz für ein Zelt, welches Teilnehmer von Workshops und Gesprächsrunden beherbergt. Der Kern des Teams, die Bürohilfen, der Fahrer, die Wächter und der Verwaltungsleiter, arbeiten seit Beginn der Stiftungsarbeit im Jahr 2002 bei der FES. Die Sekretärin und die beiden Projektkoordinatoren sind in den vergangenen Jahren zum Team gestoßen, die derzeitige Büroleiterin ist seit Dezember 2008 an Bord. In einem Land mit unzähligen internationalen Organisationen, deren Personal stark fluktuiert, steht die FES als langfristiger Partner vor allem für Kontinuität und

Vertrauen. Einer neuen Generation von Afghanen, die sich politisch in ihrem Land engagieren will, fehlt es an Zugängen zu Entscheidungsträgern und Führungs- und Team-

Kompetenzen. Wichtige Aufgabe der Stiftung ist daher die Ausbildung und Förderung von Young Leaders, die aktive Rollen und Führungsaufgaben in Politik und Gesellschaft übernehmen, und von jungen Nachwuchsjournalisten, die eine transparente, friedliche Auseinandersetzung über politische Themen fördern.

Die Entwicklung einer besseren Regierungsführung und die Stärkung gewählter Organe steht bei der Kooperation mit Provinzräten und dem Parlament im Vordergrund der Arbeit. Meinungsfreiheit, Vergangenheitsbewältigung und die Stärkung politischer Parteien sind weitere zentrale Handlungsfelder der FES in Afghanistan. Deren krisenbewährtes Team hat in den vergangenen Jahre viel in Bewegung gesetzt.

INDIEN UND PAKISTAN

Medien tragen Verantwortung für den Frieden

Riefen die Medien zu Objektivität auf: Die Schriftstellerin Arundhati Roy und der Autor und Journalist Anirudha Bahal. (Foto: Foundation for Media Professionals, FMP)

„Heizt der Hurra-Patriotismus der Medien die Spannungen zwischen Indien und Pakistan an?“. Über diese Vermutung wurde auf der vierten gemeinsamen Podiumsdiskussion der Foundation for Media Pro-

und Journalisten, darunter die Literaturpreisträgerin und Sozialaktivistin Arundhati Roy, riefen die Medien auf beiden Seiten der Grenze dazu auf, Zurückhaltung und Objektivität zu wahren. Sie warnten davor,

die zwischenstaatlichen Spannungen durch eine extrem patriotische Berichterstattung weiter anzuheizen.

Unter den über 200 Veranstaltungsteilnehmern gab es eine kleine Gruppe von Mitgliedern der hindu-nationalistischen Organisation Sri Rama Sena, die die Diskussion mit lauten Zwischenrufen störten, die gegen

Pakistan gerichtet waren. Sie konnten aber rasch aus dem Saal gedrängt werden. Prompt folgten die Medien jedoch ihrer

eigenen Dynamik: Während die Podiumsdiskussion unter Polizeischutz fortgesetzt wurde, berichteten indische und pakistanische Medien fälschlicherweise schon, dass es in Delhi einen gewaltsamen Übergriff auf pakistanische Journalisten gegeben hätte. Dieser Zwischenfall spiegelt in zweifacher Weise die Dringlichkeit wider, die Verantwortung der Medien für den Erhalt des Friedens zu erörtern: Zum einen ist ein sachlicher Meinungs-austausch zwischen Indien und Pakistan notwendig, um zwischenstaatliche Spannungen und Intoleranz in beiden Gesellschaften abzubauen. Zum anderen ist deutlich zu machen, dass eine sensationalistische und die Tatsachen verzerrende Berichterstattung die Chancen auf Frieden und Zusammenarbeit verschlechtert.



professionals und der FES in New Delhi am 15. April heftig gestritten. Bekannte indische und pakistanische Journalistinnen

— Indien: Kritische Fragen zu den Schwächen der Demokratie

Obwohl das indische Durchschnittsalter für Frauen und Männer bei 24 Jahren liegt, werden politische Aktivitäten mit wenigen Ausnahmen erst bei 50-jährigen ernstgenommen. Die indische Demokratie ähnelt immer noch einer Gerontokratie: Nur 79 von 545 Parlamentariern sind jünger als 40 Jahre und 36 sind weit über 70 Jahre. Keine guten Voraussetzungen, um jungen Inderinnen und Indern Teilhabe und Mitspracherecht in der Demokratie zugänglicher zu machen. Seit 2007 trifft sich daher regelmäßig auf Einladung der FES eine Gruppe junger Führungskräfte aus allen Teilen Indiens, um die Probleme des Landes und insbesondere die ihrer Generation zu diskutieren. Auf Studienreisen nach Deutschland und Brüssel haben die jungen Leute sich eingehend mit außenpolitischen

Konzepten und internationaler Zusammenarbeit befasst. Weil die Gruppe dabei viel Engagement und Interesse zeigte, hat die FES ihre Zusammenarbeit mit ihr in diesem Jahr vertieft. Die Young Leaders haben entschieden, einen Think-Tank zu bilden, der die Stiftung demnächst mit Analysen, Inputs und Vorschlägen zu gemeinsamen Veranstaltungen berät. Die Young Leaders stellen kritische Fragen zu den Schwächen der Demokratie in Indien und den Herausforderungen der neuen Regierung. Sie fragen, wie die schnell wachsende junge Bevölkerung besseren Zugang zu Bildung, sozialer Sicherung und „decent work“ bekommt und wie sich Kindersterblichkeit, Unterernährung und Analphabetentum überwinden lassen.

Thailand

Unterstützung in schwierigen Zeiten

— APRIL 2009, BUDDHISTISCHES NEUJAHR IN BANGKOK: An einem Ende der Stadt feiern Touristen und Einheimische ausgelassen das Songhkran-Fest. Nur wenige Straßenzüge weiter gehen Soldaten gegen Tausende rot gekleideter Demonstranten vor.

Die Regierungsgegner haben gerade den Abbruch des regionalen ASEAN-Gipfels in Pattaya erzwungen. Nun haben sie Gastankwagen gekapert und drohen, sie in die Luft zu sprengen. Den Sicherheitskräften gelingt es, die Straßenkrawalle zu beenden. Doch die „rote Bewegung“ ist nicht bereit aufzugeben; ihr Ziel: Rücktritt des Premierministers und Neuwahlen.

Thailands junger Premier Abhisit Vejjajiva steht mit seiner Demokratischen Partei vor großen Herausforderungen. Seit Dezember 2008 durch eine Regierungsumbildung im Amt, kämpft er nicht nur gegen die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise, sondern gegen die tiefe politische Spaltung im Land. Die Anhänger des früheren Premiers Thaksin Shinawatra werfen ihm vor, mit Unterstützung des 2006 putschenden Militärs und der alten Bangkok-Elite die Regierung übernommen zu haben, obwohl sie seit den Dezember-Wahlen 2007 ihnen zustand. Die Partei der Thaksinisten wurde in Folge monatelanger Demonstrationen und Blockaden einer der Demokratischen Partei zugeneigten, „gelben Bewegung“ vom Verfassungsgericht disqualifiziert. In Thailand tobt

seit gut drei Jahren ein Machtkampf, dessen Ende noch nicht absehbar ist.

Braucht Thailand eine militärisch „gelenkte Demokratie“, in der die Parlamentarier teils von Gerichten benannt werden, um Stimmenkauf und die Korruption neuer Oligarchie-Netzwerke zu unterbinden? Das ist nur eine der Forderungen, mit der die Gelben die politisch enttäuschten, aber wohlhabenden urbanen Mittelschichten hinter sich scharen konnten. Oder geht es zunächst um die formale Durchsetzung grundlegender demokratischer Institutionen, ungeachtet der zahlreichen Schwächen im politischen System? Darauf setzen die Roten, die von den nördlichen Provinzen des Landes unterstützt werden.

Entscheidende Kreise stellen sich die Frage, inwieweit Thailands autoritär geprägte Gesellschaft demokratiefähig ist. Die friedliche Austragung von Interessenkonflikten und Toleranz gegenüber Andersdenkenden sind weder bei den Roten noch bei den Gelben ausreichend vorhanden.

Wie kann die FES, die seit über 30 Jahren in Thailand aktiv ist, in einer solchen Situation unterstützend wirken? Die zahlreichen thailändischen Partner

aus Politik und Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien sind sich einig: Es muss gelingen, die politischen Auseinandersetzungen in friedlichen Dialogforen weiterzuführen, in denen möglichst viele Interessengruppen vertreten sind. Die Erfahrungen der deutschen Demokratiegeschichte und der sozialen Demokratie sind in diesem Zusammenhang besonders interessant. Welche Rolle spielen Rechtsstaatlichkeit, der Sozialstaat, politische Bildung und eine lebendige Zivilgesellschaft für ihr Gelingen? Eine Gelegenheit, diese Fragen zu erörtern, ergab sich nur eine Woche nach den Songhkran-Unruhen. Die FES organisierte in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen Vorträge und Dialogforen mit dem Politikwissenschaftler und lang-

jährigen Leiter der politischen Akademie der FES, Prof. Dr. Thomas Meyer. Das parlamentarische Think-Tank KPI, die Wahlkommission, der neue Beirat für politische Reformen und die Universität luden dialogbereite Akteure jeglicher politischer Schattierung zum Gespräch. Es gelang aufgrund des

hohen Vertrauens, das die FES bei beiden Konfliktparteien genießt, moderate Rote und Gelbe in einer gemeinsamen Runde zusammenzubringen.

Der klare Höhepunkt war ein Gespräch mit dem Premierminister. Abhisit Vejjajiva lud Thomas Meyer und die Bangkokere FES-Repräsentantin ins Regie-

runghaus, um Erfahrungen mit Versöhnungs- und politischen Reformprozessen in anderen asiatischen Ländern zu diskutieren. Die Bemühungen der FES, als neutraler „Dialogbroker“ zu agieren und Unterstützung in schwierigen Zeiten zu bieten, wurden vom Premier als hilfreich gewürdigt.

KAMBODSCHA

Ein Lohn zum Leben!

Die Textilindustrie in Kambodscha boomt seit Jahren und ist eine bedeutende Beschäftigungsmöglichkeit für die weiblichen Arbeitskräfte aus ländlichen Gebieten. Doch die wachsende Unzufriedenheit über niedrige Löhne treibt die Textilarbeiterinnen immer häufiger zu Streiks. Eine von der FES in Auftrag gegebene Studie hat ergeben, dass der durchschnittliche Monatslohn im Textilsektor Kambodschas unterhalb des *living wage* liegt.

Viele Textilarbeiterinnen können mit ihren Löhnen selbst die grundlegenden Lebenshaltungskosten nur schwer decken.



Ein solcher Lohn ermöglicht, das innerhalb der regulären Arbeitszeit das Einkommen verdient werden kann, das einer Arbeiterin und ihrer Fami-

lie ein menschenwürdiges Leben und Rücklagen für soziale Ausgaben ermöglicht. Mit dem in der Studie begründeten und errechneten *living wage* wollen die führenden Gewerkschaftsverbände der kambodschanischen Textilindustrie eine Kampagne starten. Dies ist angesichts der internationalen Wirtschaftskrise sicherlich kein leichtes Unterfangen. Doch für den Kampagnensprecher stellt das *living wage* einen positiven Wettbewerbsfaktor dar: „Nur wenn die Lebensbedingungen der Arbeiter gesichert sind, sind sie motiviert, ihre Produktivität zu erhöhen“.

Bei einem von der FES organisierten Sozialdialog formulierte die Arbeitgeberseite einen umgekehrten Zusammenhang zwischen Lohn und Produktivität. Der stellvertretende Generalsekretär des kambodschanischen Textilherstellerverbands räumte zwar die schlechten Lebensbedingungen vieler Arbeiterinnen ein, sieht aber die niedrigen Löhne in der geringen Fertigungstiefe gerechtfertigt. Aus seiner Sicht spielen die Kosten gerade auch in der

Wirtschaftskrise weiterhin die entscheidende Rolle bei der Standortentscheidung der Unternehmen. Ein Vertreter eines internationalen Markenherstellers spitzte zu: „Die Regierung kann Kambodscha attraktiver machen, indem sie die Gesetze klarer formuliert, die Produktivität der Arbeiter erhöht und Korruption eliminiert.“

Die Wirtschaftskrise hat in Kambodscha bereits zu Fabrik-schließungen geführt. Folglich verhallt der Ruf nach einer Lohnanpassung auf das Niveau des *living wage* bislang. Doch die Destabilisierung in der Textilindustrie wird immer deutlicher. Viele Arbeiterinnen verlassen die Fabriken, weil sie mit ihren Löhnen selbst die minimalen Lebenshaltungskosten nur schwer decken können. Da kein soziales Sicherungsnetz existiert, bedeutet dies für viele unweigerlich die Flucht in den berückichtigten, aber lukrativeren Unterhaltungssektor.

MEHR ZUM THEMA

Die Studie zum *living wage* ist erhältlich über enquiries@fesspore.org

VIETNAM

Reform des Arbeitsgesetzes nimmt Fahrt auf

Vietnam ist einer der weltweit beliebtesten Standorte für ausländische Investoren. Das Wirtschaftswachstum gehörte über die letzten Jahre hinweg durchgängig zu den höchsten der Welt, nur noch übertroffen von dem Chinas. Dieser Erfolg wurde zum Teil durch kluge gesetzliche Reformen herbeigeführt. Die Wirtschaftsentwicklung, die zunehmende Integration Vietnams in den Weltmarkt und die rasante Entstehung neuer Unternehmensformen erzwingen immer weitere Änderungen der

gesetzlichen Rahmenbedingungen in nahezu allen Bereichen. Für viele Arbeitnehmer werden die gesetzlichen Sozialabgaben nicht abgeführt. Viele können ihren Rechtsanspruch auf einen Arbeitsvertrag und die damit verbundenen Schutzrechte nicht durchsetzen. Fragt man Dang Nhu Loi, den stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeits- und Sozialausschusses der Nationalversammlung Vietnams, so sind genau dies einige der Probleme, die im Rahmen der Novelle des Arbeitsgesetz-

buches angegangen werden sollen. Bis spätestens 2011, so sieht es der Arbeitsplan des hohen Hauses vor, soll ein neues arbeitsrechtliches „Gebäude“ verabschiedet sein, dass die Attraktivität für in- und ausländische Investoren mit verbesserten Schutzrechten für Arbeitnehmer verbinden soll. Das Büro Hanoi der FES arbeitet dazu gleichermaßen intensiv mit dem Parlamentsausschuss, dem zuständigen Fachministerium und dem Gewerkschaftsdachverband zusammen.

VIETNAM

Soziale Sicherungssysteme werden wichtiger

In jeder Wohnung, in fast jedem Geschäft Vietnams fällt zuerst der Ahnenschrein auf, der für den Zusammenhalt der Familie und den Schutz steht, den der breite traditionelle Generationenvertrag dem Einzelnen bietet. Und doch mehren sich die Fälle von Alten, Kranken oder Kindern, die ohne ausreichenden familiären Schutz und Für-

sorge klar kommen müssen. Die Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen in den großen Metropolen werden immer differenzierter und nicht jede Familie kann wenigstens ein Mitglied zu den Modernisierungsgewinnern zählen. Historisch ist Vietnam für diese neuen Herausforderungen vergleichsweise schlecht aufge-

stellt. Der Staatssozialismus und die Planwirtschaft kannten per definitionem viele soziale Probleme nicht. So gab es offiziell beispielsweise keine Arbeitslosigkeit, gegen die folglich auch keine Sicherungssysteme aufgebaut werden mussten. Viele Sozialleistungen wurden von den Staatsbetrieben oder den Massenorganisationen der Partei direkt erbracht, oftmals als Belohnung, nie aber mit Rechtsanspruch. Derzeit bereitet Vietnam eine sozialpolitische Strategie vor, bei deren Entwicklung deutsche Erfahrungen nachgefragt werden. Die FES unterstützt die sozialpolitischen Überlegungen Vietnams im Rahmen der langjährigen Kooperationen mit Nationalversammlung, Sozialministerium und Gewerkschaftsdachverband.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ „Die Europäische Union ist das beste Beispiel in der Weltgeschichte der Konfliktlösung“, bekräftigte Friedensnobelpreisträger John Hume (Bild) in seiner Rede auf dem **6. Asia-Europe Roundtable**. Rund 40 Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis aus 22 Staaten Asiens und Europas erarbeiteten vom 10. bis 12. Juni in Irland Vorschläge für den Umgang mit Minderheitenkonflikten im Rahmen des Asia-Europe Meeting (ASEM). Der Asia-Europe Roundtable wird seit 2001 vom Regionalbüro der FES in Singapur in Ko-

operation mit der Asia-Europe Foundation und dem Singapore Institute of International Affairs durchgeführt. +++

Der Bericht vom 6. Asia-Europe Roundtable über enquiries@fesspore.org



In die Offensive

Weite Teile Asiens gelten als Terra incognita für die Sozialdemokratie. Bei genauerem Hinsehen erscheinen dem Beobachter jedoch Farbtupfer, die zumeist klein sind, dafür aber in einem konservativen bis autoritären Umfeld hervorstechen. Dieser Flickenteppich aus Parteien, sich im Parteiwerden befindenden Gruppen sowie sozialen Bewegungen soll mit Unterstützung der FES und dem Olof Palme International Center nun dichter und heller werden. Mit den Zielen, sozialdemokratische Positionen zu nationalen und regionalen

Themen zu artikulieren, wurde das Netzwerk der Sozialen Demokratie in Asien am 22. Mai in Manila ins Leben gerufen. Während der politische Kern aus Parteien aus Indonesien, von den Philippinen und Malaysia besteht, ist die Beteiligung in diesem Netzwerk weitgehend offen. So fanden sich bei der Gründungsveranstaltung Repräsentanten von Parteien, Gewerkschaften und NROs aus Thailand, Pakistan, Sri Lanka, Korea, der Mongolei und Burma. Die auch Asien stark betreffende Finanz- und Wirtschafts-

krise hat Themen wie eine universale Sozialpolitik sowie Arbeitslosenversicherung in die Diskussion gebracht, die noch vor kurzer Zeit als sozialistisch und damit unpassend für die Region galten. In dieser sich ändernden Stimmungslage ist es, wie im Communiqué formuliert, Aufgabe von Sozialdemokraten, den wachstumsfördernden Charakter von Sozialpolitik, Investitionen in öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und Wohnungsbau sowie einer verbesserten Regulierungsfähigkeit des Staates zu verdeutlichen.

CHINA

„Die Lahmen zum Gehen bringen“

„Den Pflegebedürftigen, die nur liegen können, das Sitzen zu ermöglichen, jenen die nur sitzen können, das Stehen ermög-

lichen und die Lahmen zum Gehen bringen“, mit diesen Worten stellte der Leiter des Pflegeheimes des Minhang-Bezirks in Shanghai das Konzept der Pflegeheime in China vor. Doch dass dies bei vielen Patienten, die häufig über Jahre hinweg gepflegt werden müssen, ein Wunschtraum bleiben muss, war auf dem Workshop zum Thema Pflegeversicherung des FES-Büros Shanghai und der Fudan Universität allen beteiligten Experten klar.

„Überalterung“ ist ein Thema, das auch Schwellenländer wie China erreicht hat, auch wenn der Bevölkerungsanteil der aus dem Arbeitsprozess Ausgeschiedenen in China momentan noch niedriger liegt

als in Deutschland. Die chinesische Ein-Kind-Politik hat das Generationsverhältnis verändert und damit tritt das Land in raschem Tempo in den Kreis der Länder hinein, in denen eine kleiner werdende Gruppe von Leistungserbringern einer stetig wachsenden Gruppe von Leistungsempfängern gegenübersteht. Eine deutsche Antwort auf die Herausforderungen durch hohe Pflegekosten und drohende Generationenkonflikte stellt die Pflegeversicherung dar, die 1995 in Deutschland eingeführt wurde. Auf dem Workshop in Shanghai wurde neben dem deutschen Modell auch die japanische Variante der Pflegeversicherung vorgestellt.

+++ FES+++ KURZ GEFASST +++

+++ In Manila erstmals einer asiatischen Öffentlichkeit vorgestellt, zeigt die **Ausstellung „Frei und Links“** zur sozialdemokratischen Programmgeschichte und politischen Praxis, den langen Weg von einer revolutionären zu einer Regierungs- und Volkspartei. Die Ausstellung, die auch in Indonesien und Sri Lanka gezeigt wird, zielt weniger auf die Vermittlung historischer Detailkenntnis als auf die Stimulierung politischer Diskussionen. Sie sendet die Botschaft, dass Programmatik und Organisationsfähigkeit Hand in Hand gehen müssen und dass Demokratie nicht ohne soziale Gerechtigkeit zu haben ist. Das FES-Büro der Philippinen plant an Universitäten öffentliche Foren zu organisieren um Menschen zu ermutigen, das politische Schicksal des Landes in die eigenen Hände zu nehmen. +++

„Gesellschaft der Angst“

In Lateinamerika sterben heute durchschnittlich doppelt so viele Menschen in Folge krimineller Gewalt als noch zu Beginn der 90er Jahre. 30 oder mehr Morde pro 100.000 Einwohner und Jahr sind für einige Länder – El Salvador, Venezuela, Brasilien, Kolumbien – traurige Realität. Dies sind Werte, bei denen die WHO von einer Epidemie spricht.

Welche Rolle spielt vor diesem Hintergrund die Polizei? Muss sie reformiert werden und ist sie reformierbar? Diese Fragen stellten die beiden FES-Projekte Nueva Sociedad und FESCOL in dem Expertengespräch „Polizeireform und Bürgerrechte in Lateinamerika“ an aktive Polizisten, Kriminologen und Politiker aus verschiedenen Ländern des Subkontinents. Die Antworten fielen vernichtend aus: Eine „Gesellschaft der Angst“ habe sich in vielen

Ländern etabliert. Die politische Teilhabe der Bürger wird so behindert und es wächst die Tendenz zu sozialen Säuberungen – d. h. die Tötung mutmaßlicher Verbrecher durch die Polizei. „Die Polizei Lateinamerikas finanziert sich durch Korruption“, fasste ein Teilnehmer seine Sicht des Problems zusammen.

Für Ausbildung, Ausrüstung und angemessene Arbeitsbedingungen gibt es kein Geld. Einigkeit bestand in einem Punkt: Mehr Polizei, schärfere Gesetze, eine „Politik der harten Hand“, haben in allen Ländern der Region nicht nur keine Ergebnisse gebracht, sondern die Lage noch verschlimmert. Die Polizei in Lateinamerika so zu reformieren, dass ihre Arbeit als öffentliche Dienst-

leistung angesehen und anerkannt wird, bedarf langfristiger politischer Intervention. Auch die inzwischen zahlreichen fortschrittlichen Regierungen in Lateinamerika haben es versäumt, die öffentliche Sicherheit zu einem strategischen

Thema ihrer politischen Agenda zu machen, so die Kritik der Experten.

— Von Stiftung zu Stiftung

Neben Europa ist der Cono Sur weltweit die einzige Region, in der es ein „regionales Netzwerk politischer Stiftungen und Institute“ gibt. Dieses ist 2004 mit Unterstützung der FES ins Leben gerufen worden.

Die FES arbeitet heute mit dem Stiftungsnetzwerk im Cono Sur zusammen. Aktivste und bekannteste Mitglieder des Netzwerks sind die seit 1995 existierende, der chilenischen Regierungskoalition Concertación nahestehende Stiftung Chile 21 sowie die ein Jahr später durch die brasilianische Arbeiterpartei (PT) gegründete Stiftung Perseu Abramo. Auch das vom ehemaligen argentinischen Vizeminister und aktuellen Generalsekretär des Mercosurs, Carlos Álvarez,

ins Leben gerufene Institut CEPES wie auch die der uruguayischen Frente Amplio nahestehende Stiftung Liber Seregni sind Teil des regionalen Zusammenschlusses.

Durch eine Informationsreise der Geschäftsführer/innen des regionalen Stiftungsnetzwerks nach Deutschland sollten sowohl Einblicke in das deutsche Stiftungswesen gegeben als auch der Erfahrungsaustausch zwischen politischen Stiftungen aus dem Süden und dem Norden gefördert werden. Neben organisatorischen Fragen standen in Bonn und Berlin Gespräche mit politischen und gewerkschaftlichen Partnern zu aktuellen Herausforderungen im Mittelpunkt.

Neue Publikationen der FES

- Bessing, Nina – **Unternehmen Vereinbarkeit: reif für die neuen Väter?** (Forum Familienpolitik) – <http://library.fes.de/pdf-files/do/06480-20090625.pdf>
- Bildungsstandards als Instrument schulischer Qualitätsentwicklung:** Zementierung des Selektionsprinzips oder Mittel zur Chancengerechtigkeit? Dokumentation des Netzwerks Bildung (Netzwerk - Bildung) (Zukunft 2020) – <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06428.pdf>
- Bindel-Kögel, Gabriele (Hg.). – **Jugendliche Mehrfach- und „Intensivtäter“:** Entwicklungen, Strategien, Konzepte (Berliner kriminologische Studien; 8)
- Börnsen, Arne – **Breitband? Sofort! Aber wie? Technik und Strategien für die Umsetzung vor Ort** – Kurzstudie (EU-Medienpolitik; 7) – <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06481.pdf>
- Draheim, Peter – **Bildung macht reich: mehr Praxisorientierung in Bildung und Weiterbildung;** Thesenpapier der Arbeitsgruppe Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik des Managerkreises der FES
- Einheit, wa!?:** Ein Magazin über Teilung und Einheit - 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution (Forum Politik und Gesellschaft) – <http://library.fes.de/pdf-files/do/06488.pdf>
- Eschment, Beate – **Stabilität und Sicherheit in Zentralasien unter besonderer Berücksichtigung Afghanistans** – (Materialien zum Thema „Demokratieförderung“)
- Feldmann, Holger – **Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag 1980 - 1990: Abgeordnete der SPD in Regierung, Parlament und Gremien der Fraktion** – Archiv der Sozialen Demokratie
- The Geneva scenario on global economic governance 2020** – <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/06597.pdf>
- Grote, Stefanie – **Kinderrechte ins Grundgesetz!** (Forum Familienpolitik) – <http://library.fes.de/pdf-files/do/06432.pdf>
- Hasebrink, Uwe; Schulz, Wolfgang; Held, Thorsten – **Macht als Wirkungs-potenzial: zur Bedeutung der Medienwirkungsforschung für die Bestimmung vorherrschender Meinungsmacht** (Medien-Kurzanalysen) – <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06294.pdf>
- Krekel, Elisabeth M.; Ulrich, Joachim Gerd – **Jugendliche ohne Berufsabschluss: Handlungsempfehlungen für die berufliche Bildung;** Kurzgutachten (Zukunft 2020) – <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06430.pdf>
- Löschel, Andreas – **Die Zukunft der Kohle in der Stromerzeugung in Deutschland: eine umweltökonomische Betrachtung der öffentlichen Diskussion** (Energiepolitik; 1) – <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06520.pdf>
- Meyer-Stamer, Jörg – **Moderne Industriepolitik oder postmoderne Industriepolitik?** – <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06519.pdf>
- Molthagen, Dietmar (Hg.) – **Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus** (Forum Berlin)
- Mörschel, Tobias – **Migration, Religion, Integration** (Policy - Politische Akademie; 30)
- Neumann, Peter R. – **Terrorismus im 21. Jahrhundert: der Rechtsstaat als Leitlinie für die deutsche Politik** (Kompass 2020/Zukunft 2020) – <http://library.fes.de/pdf-files/iez/06599.pdf>
- Scheuer, Alexander; Kuhr, Martin – **Informationsvermittler in der Pflicht?!: Verantwortlichkeit und Haftung bei Presse, Rundfunk und Internet** (EU-Medienpolitik; 6) – <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06267.pdf>
- Schuldts-Baumgart, Nicola – **Alter, Arbeit, Armut?: Altersarmut von Frauen verhindern!** / (Zukunft 2020) – <http://library.fes.de/pdf-files/do/06489.pdf>
- Schuldts-Baumgart, Nicola – **Für moderne und realistische Altersbilder: der Beitrag des bürgerlichen Engagements älterer Menschen** (Forum Politik und Gesellschaft) – <http://library.fes.de/pdf-files/do/06575.pdf>
- Sokoll, Karsten – **Der verfassungsrechtliche Rahmen für ein neues Medienkonzentrationsrecht** (Medien-Kurzanalysen) <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06295.pdf>
- Soziale Demokratie in der Zeitenwende:** Reader zur Sommeruniversität 2009, Abteilung Gesellschaftspolitische Information.
- Wolfrum, Edgar – **Von der improvisierten zur gelungenen Demokratie: Deutschlands schwieriger Weg im 20. Jahrhundert** (Gesprächskreis Geschichte; 82)
- Ziegler, Uwe – **Wie sieht eine sozial gerechte Familienpolitik aus?** (Forum Familienpolitik) – <http://library.fes.de/pdf-files/do/06600.pdf>

Internationale Politikanalyse

Bärwaldt, Konstantin; Leimbach, Berthold; Müller, Friedemann – **Globaler Emissionshandel: Lösung für die Herausforderungen des Klimawandels?**
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06287.pdf>

Busemeyer, Marius R. – **Die Europäisierung der deutschen Berufsbildungspolitik: Sachzwang oder Interessenpolitik?** –
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06512.pdf>

Džihic, Vedran; Kramer, Helmut – **Kosovo after independence: is the EU's EULEX mission delivering on its promises?**

Der EuGH und das soziale Europa: für eine Aufwertung sozialer Grundrechte im EU-Rechtssystem
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06391.pdf>

Ehrke, Michael (Hrsg.) – **Die globale Krise an der europäischen Peripherie: ein Blick aus Zentral- und Südosteuropa** –
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06290.pdf>

Für einen Kurswechsel: Forderungen an die neue EU-Kommission –
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06371.pdf>

Hassel, Anke – **Der Krise Perspektive geben: Markt und Staat in der europäischen Sozialdemokratie**
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06536.pdf>

Jobelius, Matthias – **Länderanalyse Südkaukasus: Krise und Kriegsgefahr?** –
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06298.pdf>

Kellermann, Christian; Kammer, Andreas – **Stillstand in der europäischen Steuerpolitik: welche Wege aus dem Wettbewerb um die niedrigsten Steuern?** –
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06258.pdf>

Pinzler, Petra – **Euroland auf dem Prüfstand: die Währungsunion und die Finanzmarktkrise** <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06376.pdf>

Erdmenger, Katharina – **Die soziale Dimension der EU: Binnenmarkt und faire Arbeitsbedingungen - ein Gegensatz?**

Vogel, Hansfrieder – **Kleiner Schritt - große Wirkung?** Die Chancen eines FMCT nach dem Durchbruch auf der Abrüstungskonferenz –
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06509.pdf>

WISO-Diskurs

Altenburg, Sven; Gaffron, Philine; Gertz, Carsten – **Teilhabe zu ermöglichen bedeutet Mobilität zu ermöglichen:** Diskussionspapier des Arbeitskreises Innovative Verkehrspolitik –
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06482.pdf>

Ark, Bart von, Jäger, Kirsten, Manole, Vlad, Metz, Andreas – **Productivity, Performance, and Progress – Germany in International Comparative Perspective**
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06289.pdf>

Bartsch, Klaus, unter Mitarbeit von Leithäuser, Gerhard; Temps, Claudia – **Szenarioanalyse zur Zukunft des sozialen Deutschland** –
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06285.pdf>

Beicht, Ursula; Granato, Mona – **Übergänge in eine berufliche Ausbildung – Besonders schwierige Wege und geringere Chancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund**

Bendel, Petra – **Europäische Migrationspolitik: Bestandsaufnahme und Trends (Zukunft 2020)** (Gesprächskreis Migration und Integration) –
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06306.pdf>

Bormann, René; Gehrmann, Michael; Holzapfel, Helmut; Knobloch, Matthias; Jungbluth, Marion; Mirbach, Joan; Mietzsch, Oliver; Stuber, Martin – **Eckpfeiler einer zukünftigen nachhaltigen Verkehrspolitik**

Bormann, René; Dauderstädt, Michael; Fischer, Michael; Schreyer, Markus – **Deutschland 2020: aus der Krise in eine soziale Zukunft;** Ergebnisse des Projektes Zukunft 2020 der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zukunft 2020) –
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06453.pdf>

Bormann, René; Fiedler, Eckart; Hermann, Christopher; Knieps, Franz; König, Peter; Lang, Armin; Nae-

Impressum

Herausgeber:
 Friedrich-Ebert-Stiftung
 Kommunikation und Grundsatzfragen
 ✉ D-53170 Bonn
 📍 Godesberger Allee 149
 D-53175 Bonn
 Telefon: 0228/883-7031/7032
 Internet: www.fes.de
 E-Mail: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaiki, Pressestelle Berlin
 Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
 Telefon: 030/269 35-7038
 Telefax: 030/269 35-9244
 E-Mail: peter.donaiki@fes.de
 Herstellung, Satz & Layout:
 Publix, Harald Eschenbach, Berlin
 Druck: braunschweig druck GmbH, Braunschweig
 Titelfoto: picture-alliance/dpa (links)/fotolia.com (rechts)
 Printed in Germany, September 2009
 Gedruckt auf 90 g matt gestrichen chlorfrei gebleicht Offset
 ISSN 0942-1351

gele, Gerhard; Reichert, Monika; Rothgang, Heinz; Schaeffer, Doris – **Zukunft des Gesundheitssystems: solidarisch finanzierte Versorgungssysteme für eine alternde Gesellschaft** (Zukunft 2020) (Gesprächskreis Sozialpolitik) – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06531.pdf>

Dobischat, Rolf; Kühnlein, Gertrud – **Politische Gestaltung des kommunalen Übergangsmanagements an der Passage von der Schule in die Arbeitswelt** – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06494.pdf>

Gerstlberger, Wolfgang; Siegl, Michael – **Öffentliche Dienstleistungen: unverzichtbarer Baustein der Daseinsvorsorge!** Zwei Jahrzehnte Privatisierung: Bilanz und Ausblick Memorandum des Arbeitskreises Dienstleistungen – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06514.pdf>

Habschick, Marco; Gitter, Rotraud – **Verbraucher-macht im Internet** (GK Verbraucherpolitik) – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06490.pdf>

Hilbert, Josef; Evans, Michaela – **Mehr Gesundheit wagen!: Gesundheits- und Pflegedienste innova-**

tiv gestalten; Memorandum des Arbeitskreises Dienstleistungen – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06386.pdf>

Lorenz, Frank; Wannöfel, Manfred – **Unter Ausschluss der Öffentlichkeit? Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht; eine Herausforderung für Politik und Gewerkschaften** (Arbeitskreis Dienstleistungen) – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06323.pdf>

Meinhardt, Volker; Grabka, Markus – **Grundstruktur eines universellen Alterssicherungssystems mit Mindestrente** (Gesprächskreis Sozialpolitik)

Rixen, Thomas; Seipp, Klaus – **Mit mehr Transparenz zu einem gerechten Steuersystem** (Zukunft 2020) – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06535.pdf>

Walenzik, Anke – **Finanzierungsalternativen im Gesundheitswesen** (Gesprächskreis Sozialpolitik) – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06491.pdf>

Walenzik, Anke – **Steuerfinanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung** (GK Sozialpolitik) – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06513.pdf>

WISO direkt

Bogedan, Claudia – **40 Jahre aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland** – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06495.pdf>

Bormann, René; Rixen, Thomas; Seipp, Klaus – **Mit Transparenz zu einem gerechten und effizienten Steuersystem** – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06534.pdf>

Botsch, Andreas – **Auswirkungen der finanz- und realmarkt-wirtschaftlichen Entwicklung auf die sozialen Sicherungssysteme** – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06483.pdf>

Caspers, Markus – **Verbraucherfreundliche Finanzmärkte sind möglich** – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06533.pdf>

Dauderstädt, Michael – **Krisenzeiten: Was Schulden vermögen und was Vermögen schulden** – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06529.pdf>

Gerstlberger, Wolfgang – **Zwei Jahrzehnte Privatisierung in deutschen Kommunen:**

Herausforderungen und Argumente für den Erhalt der Stadtwerke – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06374.pdf>

Greß, Stefan – **Mit gleichen Rahmenbedingungen zu einem fairen Wettbewerb im Gesundheitssystem** – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06372.pdf>

Rhode, Wolfgang – **Erste Priorität: Arbeitsplätze sichern! Zu den Perspektiven der Beschäftigung in der Metallindustrie** <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06547-20090727.pdf>

Schäfer, Claus – **Soziale Polarisierung in Deutschland - ein Mythos?** – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06543.pdf>

Spahn, Heinz-Peter – **Wirtschaftspolitik zwischen Deflation und Inflation** – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06401.pdf>

Reihe „Dialogue on Globalisation“

Frenkel, Roberto and Rapetti, Martin – **Some Reflections on the Current Global Crisis from a Developing Countries Perspective** – DoG Briefing Paper No. 6, FES Buenos Aires

Wichterich, Christa – **Trade - A Driving Force for Jobs and Women's Empowerment? Focus on China and India** – DoG Briefing Paper No. 7, FES Berlin

Rugumamu, Severine M. – **Does the UN Peacebuilding Commission Change the Mode of Peacebuilding in Africa?** – DoG Briefing Paper No. 8, FES Berlin

Mold Andrew; Prizzon Annalisa – **How Bad is Bad? The Prospects for Development Finance in the Light of Credit Crisis** – DoG Briefing Paper 9

Gowan, Richard; Batmanglich, Sara – **Democracy Support: A Fresh Start?** –

DoG Briefing Paper No. 10, FES New York

Baker, Dean – **Re-defining the global economy /**

DoG Occasional papers No. 42, New York –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/06293.pdf>

Floro, Maria S.; Meurs, Mieke – **Global trends in women's access to "decent work"** – DoG

Occasional papers No. 43, Geneva –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/06399.pdf>

Kaiser, Jürgen; Knoke, Irene; Kowsky, Hartmut – **Towards a renewed debt crisis?: Risk profiles of the poorest countries in the light of the global economic slowdown** – DoG Occasional

papers No. 44 –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/06444.pdf>

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Hintergrundinformationen – Afrika:

Dalichau, Oliver; Raveloson, Jean-Aimé –

Machtkampf in Madagaskar: erste Ergebnisse der nationalen Tagung

Dalichau, Oliver; Raveloson, Jean-Aimé –

Machtkampf in Madagaskar: Staatspräsident Marc Ravalomanana gibt die Macht ab - und nun?

Kurzberichte – Afrika:

Dirksen, Uta – **EU Ante portas?: Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen als Gefahr oder Chance für Westafrika?** –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06518.pdf>

Elischer, Helmut; Becker, Stefan – **Die Qual der Wahl: bedroht Wählerapathie Botswanas Demokratie?** –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06502.pdf>

Kramme-Stermose, Friedrich, Sambou, Pascal – **Guinea-Bissau und die Konfliktregion an der Westspitze Afrikas: politischer Stillstand und risikoreiche internationale Verwicklungen** –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06245.pdf>

Schmidt, Axel – **Die Südafrikaner haben entschieden: Jacob Zuma wird neuer Präsident Südafrikas** –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06351.pdf>

Zwischen Hoffen und Bangen: Simbabwe neue Regierung und die internationale Gemeinschaft.

Kurzberichte – Lateinamerika und Karibik:

Blanke, Svenja – **Die neue alte Distanz? Wahlen in Mexiko als Spiegel der Krisen** –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06451.pdf>

Detsch, Claudia – **Was will Correa? Der Wahlsieg des ecuadorianischen Staatspräsidenten ist bereits sicher - die Zielsetzung seines politischen Projekts und seines Bündnisses aber bleiben weiter unklar** –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06292.pdf>

Ganter, Sarah – **Ein Putsch - ist ein Putsch - ist ein Putsch: Hintergründe des gewaltsamen Umsturzes in Honduras**

Langer, Michael – **Panama nach dem Rechtsruck** – <http://library.fes.de/pdf-files/iez/06387.pdf>

Reichert, Stephan – **Historischer Wahlsieg - Mauricio Funes strebt eine sozialdemokratische Regierung in El Salvador an** –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06271.pdf>

Wachendorfer, Achim – **Zwischenwahlen in Argentinien: herbe Niederlage für das Regierungslager** –

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06544.pdf>

Textbeiträge in dieser Ausgabe des FES-Info:

Jörg Bergstermann; Julia Bläsius; Kristina Birke; Ursula Bitzegeio; Tina Marie Blohm; Nina Bobkova; Friedhelm Boll; Beatrix Bouvier; Ruth Brandherm; Max Brändle; Mario Bungert; Annira Busch; André Castrup; Oliver Dalichau; Anja Dargatz; Sina Dürrenfeldt; Steffen Eggebrecht; Michael Ehrke; Matthias Eisel; Stefanie Elies; Annette Euskirchen; Iva Figenwald; Philipp Fink; Ilse Fischer; Michael Fischer; Sarah Ganter; André Gärber; Alex Geiger; Martin Gey; Petra Giertz; Steffen Grammling; Rainer Gries; Anne Haller; Elmar Haug; Peter Häussler; Mirko Herberg; Katrin Hierl; Pham Huong Giang; Peter Hurrelbrink; Christiane Jansen; Matthias Jobelius; Marei John-Ohnesorg; Johannes Kandel; Türkan Karakurt; Anna Kellner; Joachim Knoop; Peter König; Dirk Kohn; Christian Krell; Anja Kruke; Reinhard Krumm; Sabine Kurz; Nora Langenbacher; Susanne Langsdorf; Yvonne Lehmann; Lilia Löwen; Gero Maass; Marco Martini; Simone

Mayer; Kathrin Meissner; Stefan Meuser; Anja Minnaert; Helmut Mörchen; Jan-Hendrik Müller; Taras Mykhalniuk; Nicole Nestler; Nina Netzer; Michael Oberstadt; Manfred Öhm; Tim Petschulat; Barbara Richter; Vesna Rodic; Michael Roll; Adalbert Schlag; Karl-Heinz Spiegel; Katharina Schwarz; Uli Schulte Döinghaus; Felix Schmidt; Horst Schmidt; Franziska Schröter; Michael Schultheiß; Günther Schultze; Alexander Schulz; Beyhan Sentürk; Anne Seyffert; Barbara Stiegler; Stephan Thalhofer; Rudolf Traub-Merz; Markus Troemmer; Urban Überschär; Winfried Veit; Helmut Weber; Anja Wehler-Schöck; Martin Weinert; Carsten Werner; Frederic Werner; Almut Wieland-Karimi; Sunita Wijithapala; Christoph Wielepp; Petra Wilke; Meik Woyke; Olga Yavorska-Ratushna; Nicole Zeuner; Rüdiger Zimmermann; Harald Zintl; Magdalene Zynda



Serge Embacher

Demokratie! Nein danke?
Demokratieverdruss in Deutschland

135 Seiten, Broschur
12,80 Euro
ISBN 978-3-8012-0390-0
www.dietz-verlag.de/0390

Die Demokratie steckt in der Krise und das nicht erst seit dem Wahljahr 2009. Zunehmende soziale Ungleichheit erzeugt Politikverdruss und Demokratiedistanz. Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung präsentiert einen alarmierenden Befund und zeigt, wo die künftigen Aufgabenfelder von Politik und Gesellschaft liegen.

In zahllosen Verlautbarungen wird vor einer Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche gewarnt. Dieses Buch, das die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammenfasst, zeigt: Es ist schon fast zu spät. Nicht nur Menschen, die in prekären sozialen Verhältnissen leben und unter Armut leiden, sondern auch immer mehr Angehörige der gesellschaftlichen Mittelschicht verlieren das Vertrauen in politische Entscheidungen, das Interesse an der Politik insgesamt und den Glauben an die Demokratie als Form der Meinungs- und Entscheidungsbildung. Politikskepsis und Demokratieverdruss müssen in den Fokus der Politik gelangen, wenn gesellschaftliche Integration auch künftig gelingen soll.